



21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: **Hauptausschuss**
Sitzungstermin: **Mittwoch, 08.07.2015, 17:00 Uhr**
Ort, Raum: **R. 280 a, Stadthaus**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015**
- 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
15/SVV/0468 Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4 Förderung Extavium Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
15/SVV/0498
- 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die Ortslage Marquardt -Vorlage wird nachgereicht-
- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte Fraktion Die Andere
11/SVV/0874
- 6.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
14/SVV/0896
- 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
15/SVV/0046
- 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße Fraktion DIE LINKE

14/SVV/1079

- | | | |
|-----|--|--|
| 6.5 | Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt
15/SVV/0223 | Fraktion CDU/ANW
Wirtschaftsrat |
| 6.6 | Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen
15/SVV/0388 | Fraktion CDU/ANW, SPD |
| 7 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 7.1 | Evaluierung Luftschiffhafen
15/SVV/0481 | Oberbürgermeister, FB Schule und Sport |
| 7.2 | Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte | |
| 7.3 | Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum aktuellen Sachstand
15/SVV/0502 | Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung |
| 7.4 | Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule gemäß Beschluss: 14/SVV/0922 | halbjährliche Berichterstattung |
| 7.5 | Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
15/SVV/0378 | Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation |
| 7.6 | Bericht zur Korruptionsprävention 2014
15/SVV/0508 | Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte |
| 8 | Sonstiges | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|---|
| 9 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015 | |
| 10 | Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden (Gemarkung Potsdam, Flur 8, Flurstücke 83, 54, 71) in 14478 Potsdam
15/SVV/0497 | Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit |
| 11 | Entscheidung zum Vergabeverfahren | -Vorlage wird nachgereicht- |

Touristische Dienstleistungen 2016 ff

12 **Mitteilungen der Verwaltung**

12.1 Berichterstattung über Vergabe von Gutachten und Untersuchungen 2013 Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

15/SVV/0409

12.2 Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

15/SVV/0479

12.3 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

15/SVV/0509

12.4 Angelegenheiten der KUBUS gGmbH

12.5 Sachstand WagenHausBurg Hermannswerder aus HA 11.03.2015

13 **Sonstiges**



21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: **Hauptausschuss**
Sitzungstermin: **Mittwoch, 08.07.2015, 17:00 Uhr**
Ort, Raum: **R. 280 a, Stadthaus**

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015**
- 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Vorlage: 15/SVV/0468
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4 Förderung Extavium
Vorlage: 15/SVV/0498
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die Ortslage Marquardt
-Vorlage wird nachgereicht-
- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere + MV ProPotsdam
- 6.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen
Vorlage: 14/SVV/0896
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
- 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
SBV
- 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079
Fraktion DIE LINKE
- 6.5 Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale
Fraktion CDU/ANW

	Innenstadt Vorlage: 15/SVV/0223	Wirtschaftsrat
6.6	Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen Vorlage: 15/SVV/0388	Fraktion CDU/ANW, SPD Wirtschaftsrat: 23.06.2015
7	Mitteilungen der Verwaltung	
7.1	Evaluierung Luftschiffhafen Vorlage: 15/SVV/0481	Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
7.2	Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte	
7.3	Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum aktuellen Sachstand Vorlage: 15/SVV/0502	Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung
7.4	Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule gemäß Beschluss: 14/SVV/0922	halbjährliche Berichterstattung
7.5	Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht Vorlage: 15/SVV/0378	Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
7.6	Bericht zur Korruptionsprävention 2014 Vorlage: 15/SVV/0508	Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte
8	Sonstiges	
<u>Nicht öffentlicher Teil</u>		
9	Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015	
10	Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden (Gemarkung Potsdam, Flur 8, Flurstücke 83, 54, 71) in 14478 Potsdam Vorlage: 15/SVV/0497	Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
11	Ausschreibung Tourismusdienstleistungen Vorlage: 15/SVV/0516	Oberbürgermeister, Bereich Recht und Versicherungen
12	Mitteilungen der Verwaltung	
12.1	Berichterstattung über Vergabe von Gutachten	Oberbürgermeister, FB Steuerung

	und Untersuchungen 2013 Vorlage: 15/SVV/0409	und Innovation
12.2	Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen Vorlage: 15/SVV/0479	Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
12.3	Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH Vorlage: 15/SVV/0509	Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
12.4	Angelegenheiten der KUBUS gGmbH	
12.5	Sachstand WagenHausBurg Hermannswerder	aus HA 11.03.2015
13	Sonstiges	



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0468

Betreff:

öffentlich

Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Erstellungsdatum 16.06.2015

Eingang 922: 16.06.2015

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.07.2015	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam legt spätestens bis zum 11.07.2015 Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 10.07.2014 (GVBl. I. Nr. 29) ein.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:****Kosten der kommunalen Verfassungsbeschwerde:**

Die Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgericht Brandenburg ist grundsätzlich kostenfrei (§ 32 Abs. 1 VerfGGBbg). Wird die Beschwerde als unzulässig verworfen oder ist sie offensichtlich unbegründet, so kann das Gericht dem Beschwerdeführer eine Gebühr bis zu 500,00 EUR auferlegen (§ 32 Abs. 2 VerfGGBbg).

Daneben sind die Kosten, die bei der Beauftragung eines Anwaltes entstehen, zu berücksichtigen. Der Gegenstandswert wird sich vermutlich an dem nicht berücksichtigten Jahresaufwand orientieren. Die Anwaltskanzlei LOH bietet eine Vertretung für die Landeshauptstadt Potsdam für eine Pauschalvergütung von 9.000 EUR netto an.

Die auf die LHP entfallenden Finanzaufwendungen für die Beauftragung der Anwaltskanzlei werden aus dem Unterproduktkonto 1113100.5431530 zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

--

--

Begründung:

Mit der Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) vom 20. Dezember 2012 wurde § 46 a SGB XII neugefasst und geregelt, dass der Bund den Ländern im Jahr 2013 = 75 % und ab 2014 = 100 % der Nettoaufwendungen für die Ausführung der Aufgabenerfüllung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erstattet.

Darüber hinaus wurde mit dem neu eingefügten § 46 b SGB XII geregelt, dass die zuständigen Träger für die Ausführung der Aufgabenerfüllung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Landesrecht bestimmt werden.

Dem ist das Land Brandenburg mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch gefolgt, verkündet im Gesetzblatt (GVBl. I Nr. 29) am 11.07.2014. In § 16 AG SGB XII wurde geregelt, dass die Erstattungsbeträge des Bundes in Höhe der Nettoaufgaben den jeweiligen örtlichen Sozialhilfeträgern weitergeleitet werden.

In § 4 Abs.2 AG SGB XII wurde die Zuständigkeit zur Aufgabenerfüllung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf die Kommunen übertragen.

Nicht geändert wurde in der Gesetzesänderung § 15 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII), in dem der Ausgleich für die seitens der örtlichen Träger bei der Aufgabenerledigung aufzuwendenden Personal- und Sachkosten geregelt ist. Die darin enthaltene Regelung bezieht sich nur auf die Aufgaben nach § 4 Abs. 1 AG-SGB XII (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Blindenhilfe). Ein Ausgleich der für die Aufgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entstehenden Personal- und Sachkosten ist gesetzlich nicht vorgesehen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat für 2014 ein Ergebnis von rund 10,5 Mio € im Aufwand für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für 2015 sind 11,8 Mio € geplant.

Mit den Leistungsgewährungen sind ein Arbeitsgruppenleiter sowie acht Sachbearbeiter beschäftigt. Einschließlich der Sachkosten entsteht ein Jahresaufwand von ca. 720,0 T€ für diese jetzt neu als Auftragsangelegenheit übertragenen Aufgaben, der nicht erstattet wird.

Damit genügt das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen des strikten Konnexitätsprinzips gem. Art. 97 Abs. 3 der Landesverfassung.

Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund gelangten die Vertreter der vier kreisfreien Städte zu der Auffassung, dass eine Verfassungsbeschwerde angezeigt ist. Der Städte- und Gemeindebund empfiehlt auch aus verbandspolitischer Sicht ein geschlossenes Vorgehen der kreisfreien Städte. In dem - als Anlage - beigefügten Kurzgutachten der Rechtsanwaltskanzlei LOH (Rechtsanwalt Dr. Baum) vom 28.05.2015 werden die Aussichten für eine kommunale Verfassungsbeschwerde wegen nicht berücksichtigter Personal- und Verwaltungskosten ebenfalls positiv beurteilt.

Zur Wahrung der Beschwerdefrist gemäß § 51 Abs.2 VerfGGBbg muss die Verfassungsbeschwerde spätestens am 11.07.2015 beim Landesverfassungsgericht eingereicht werden.

LOH | Rechtsanwälte | Leipziger Platz 7 | 10117 Berlin

Landeshauptstadt Potsdam
Geschäftsbereich 1
Herrn Bürgermeister Burkhard Exner
Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81
14469 Potsdam

Per E-Mail: geschaeftsbereich1@rathaus.potsdam.de

12. Juni 2015

Sekretariat: Andrea Dembny (ADE)
Durchwahl: 030 850 700-230
Unser Zeichen: 0490/15.38

Landeshauptstadt Potsdam
Kommunale Verfassungsbeschwerde AG-SGB XII 2014

Sehr geehrter Herr Exner,

wie besprochen, möchte ich Ihnen auf diesem Wege eine kurze Einschätzung zu der von der Landeshauptstadt avisierten kommunalen Verfassungsbeschwerde gegen das AG-SGB XII übermitteln:

I.

Hintergrund der eventuellen Auseinandersetzung beim Landesverfassungsgericht ist die stufenweise Steigerung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 46a SGB XII auf 75 Prozent der Nettoausgaben im Jahr 2013 und auf 100 Prozent ab dem Jahr 2014 durch das Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 2012. Da der Finanzierunganteil des Bundes damit 50 Prozent übersteigt, führen die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger der Sozialhilfe die betreffenden Aufgaben seit dem

BERLIN-MITTE

DR. ERNESTO LOH
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt für Arbeitsrecht

DR. ANJA BÖCKMANN
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Arbeitsrecht

DR. DAVID KOUBA
Rechtsanwalt
zugleich internationale Zulassung
Tschechische Republik

DR. ULRICH BECKER
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Richter des Verfassungsgerichts des
Landes Brandenburg

DR. CORNELIUS RENNER
Rechtsanwalt
Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz
Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht

DR. RENI MALTSCHIEW
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

DR. CHRISTOPH GEORG BAUM
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

DR. RENÉ WEISSFLOG
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht

DR. ALEXANDER WIENCKE
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt für Arbeitsrecht

DR. MATTHIAS BLESSING
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

MARIE-KATHRIN MEYER
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Arbeitsrecht

OLAF GRATZKE
Rechtsanwalt

MGR. SILVIE GUBOVÁ, LL.M.
Advokát (Tschechische Republik)

MGR. KATEŘINA PEKÁREK, LL.M.
Advokát (Tschechische Republik)

DITA KEMROVÁ
Rechtsanwältin

ANJA REICHEL
Rechtsanwältin

BERLIN-SCHÖNEBERG

KARL-HEINZ LANGE
Rechtsanwalt
Dipl.-Ing. für Bauwesen

MIKE GROSSE
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

ULF BEUERMANN
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

ANDREAS WEISSLEDER
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

FRANKFURT/MAIN

ARMIN DIENST
Rechtsanwalt

THORSTEN BAUSCH
Rechtsanwalt

DR. UDO KRAUTHAUSEN, LL.M. (WELLINGTON)
Rechtsanwalt

1. Januar 2013 im Wege der Bundesauftragsverwaltung durch. Der Bundesgesetzgeber hat den Ländern daher in § 46b SGB XII aufgegeben, die sachliche Zuständigkeit im jeweiligen Landesrecht festzulegen. Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Kommunen richtet sich nach dem Brandenburgischen Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII).

Das Land Brandenburg ist dem Regelungsauftrag aus § 46b SGB XII nunmehr durch den Erlass des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des SGB XII vom 10. Juli 2014 (im Folgenden: ÄndGAG-SGB XII) nachgekommen. Mit diesem Gesetz wurde die sachliche Zuständigkeit der örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Grundsicherung im ambulanten Bereich in § 4 Abs. 2 Satz 1 AG-SGB XII festgelegt. Nach Art. 3 Abs. 1 ÄndGAG-SGB XII ist diese Vorschrift am Tag nach der Verkündung, also am 12. Juli 2014, in Kraft getreten. Zuvor galt insoweit eine provisorische verordnungsrechtliche Zuständigkeitsregelung. Die sachliche Zuständigkeit für die Grundsicherung im stationären Bereich folgt unverändert aus § 4 Abs. 1 AG-SGB XII i. V. m. § 97 Abs. 4 SGB XII.

Mit Blick auf die Finanzierung sind die neu gefassten Bestimmungen über die Kostenerstattung gemäß § 10 und § 16 AG-SGB XII für die Grundsicherung im stationären Bereich (§ 4 Abs. 1 AG-SGB XII) ab dem 1. Januar 2014 hervorzuheben. Insoweit ordnet § 16 Abs. 1 AG-SGB XII zunächst unverändert an, dass das Land die Bundeserstattung für die Zweckkosten unmittelbar an die Kommunen weiterleitet. Einen eigenständigen Zahlungsanspruch der Kommunen gegen das Land gewährt die Vorschrift hingegen nicht. Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 und 3 AG-SGB XII wird die Bundeserstattung mit den Finanzmitteln des Landes für die Kostenerstattung hinsichtlich der Aufgaben im Sinne von § 4 Abs. 1 AG-SGB XII verrechnet. Da der Bund ab dem 1. Januar 2014 die Zweckkosten für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch im stationären Bereich zu 100 Prozent trägt, gehören diese Kosten insgesamt nicht mehr zu den berücksichtigungsfähigen Aufwendungen. Die betreffenden Aufwendungen fließen daher nicht in das individuelle vorläufige Budget gemäß § 11 Abs. 2 und 3 AG-SGB XII ein, das vom Land zum Ausgleich der Kosten für die Aufgaben im Sinne von § 4 Abs. 1 AG-SGB XII gewährt wird. Dies hat zur Folge, dass die Landkreise und kreisfreien Städte ab dem 1. Januar 2014 keinen Ausgleich mehr für die Personal- und Sachkosten im Bereich der stationären Grundsicherungsleistungen erhalten. Denn die

hierfür in § 15 Abs. 1 AG-SGB XII vorgesehene pauschale Erstattung durch das Land errechnet sich auf Basis des vorläufigen Budgets gemäß § 11 Abs. 3 AG-SGB XII.

II.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unter folgenden Gesichtspunkten angezeigt, eine verfassungsgerichtliche Klärung herbeizuführen:

Zum einen ist es gut vertretbar anzunehmen, dass der Wegfall jeglicher Erstattung von Personal- und Sachkosten für die Erfüllung der Grundsicherungsleistungen im stationären Bereich bei den Aufgaben nach § 4 Abs. 1 AG-SGB XII ab dem 1. Januar 2014 gegen das strikte Konnexitätsprinzip des Art. 97 Abs. 3 LV verstößt. Möglicher Gegenstand einer kommunalen Verfassungsbeschwerde wäre insoweit § 10 Abs. 2 AG-SGB XII.

Zum anderen erscheint die Regelung in § 16 Abs. 1 AG-SGB XII verfassungsrechtlich bedenklich, da sie den kommunalen Aufgabenträgern keinen unmittelbaren Zahlungsanspruch gegenüber dem Land verschafft, sondern lediglich eine Pflicht des Landes zur Weiterleitung der Bundesbeteiligung begründet. Betrachtet man § 16 AG-SGB XII als Mehrbelastungsausgleich für die Aufgaben der ambulanten Grundsicherung gemäß § 4 Abs. 2 AG-SGB XII, so erweist es sich möglicherweise zudem als verfassungsrechtliches Defizit, dass die Bundesbeteiligung gemäß § 46a SGB XII nur die Zweckkosten, nicht aber die insoweit entstehenden Personal- und Sachkosten der Kommunen ausgleicht. Beide Gesichtspunkte könnten ebenfalls einen Verstoß gegen Art. 97 Abs. 3 LV darstellen.

Eine umfassende Bewertung der Erfolgsaussichten einer eventuellen kommunalen Verfassungsbeschwerde gegen die genannten Bestimmungen des AG-SGB XII ist nicht Gegenstand der vorliegenden Stellungnahme. In der gebotenen Kürze und mit einem Schwerpunkt auf der Betrachtung des ab 1. Januar 2014 geltenden Landesrechts ist Folgendes anzumerken:

Sollte das Landesverfassungsgericht hinsichtlich der Grundsicherungsleistungen im stationären Bereich gemäß § 4 Abs. 1 AG-SGB XII i. V. m. § 97 Abs. 4 SGB XII das Vorliegen einer neuen Aufgabe i. S. v. Art. 97 Abs. 3 LV bejahen, spricht

Überwiegendes dafür, dass eine mögliche Verfassungsbeschwerde begründet wäre, soweit der Nachweis einer Beschwer durch die Personal- und Sachkosten der kreisfreien Städte gelingt. Darauf deuten die mir vorliegenden Zahlen hin. Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 18. Dezember 1997 – VfGBbg 47/96, ist prinzipiell davon auszugehen, dass dieses die Verwaltungskosten der Kommunen in Fällen der Bundesauftragsverwaltung als gesondert erstattungsfähige und erstattungspflichtige Kostenposition ansieht.

Im Hinblick auf § 4 Abs. 2 AG-SGB XII hätte das Landesverfassungsgericht im Rahmen der Begründetheit darüber hinaus Gelegenheit zu entscheiden, ob § 16 Abs. 1 AG-SGB XII den Anforderungen des strikten Konnexitätsprinzips genügt. Wie bereits dargelegt, erscheint dies nicht unzweifelhaft. Denn es spricht viel dafür, dass ein Mehrbelastungsausgleich i. S. v. Art. 97 Abs. 3 Satz 3 LV eine eigenständige Leistungspflicht *des Landes* gegenüber den Kommunen begründen muss und umgekehrt einen von der Höhe der Bundesbeteiligung unabhängigen Leistungsanspruch der Kommunen *gegenüber dem Land*. Eine solche Leistungsbeziehung zwischen Land und Kommunen wird durch § 16 Abs. 1 AG-SGB XII indes nach dem erklärten Willen des Landesgesetzgebers gerade nicht begründet. Wie sich das Landesverfassungsgericht hierzu positionieren würde, ist nicht ohne weiteres zu prognostizieren, da es sich um eine ungeklärte Rechtsfrage handelt. Die Erfolgsaussichten einer möglichen kommunalen Verfassungsbeschwerde dürften in diesem Punkt davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Risiken zu verdeutlichen, die eine bloße Weiterleitungspflicht für die kommunalen Haushalte bedeuten kann.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christoph Baum
Rechtsanwalt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 21. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2015

Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Vorlage: 15/SVV/0468

Die Landeshauptstadt Potsdam legt spätestens bis zum 11.07.2015 Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 10.07.2014 (GVBl. I. Nr. 29) ein.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 6 Seiten beigelegt.

Potsdam, den 09. Juli 2015

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0498

Betreff:

öffentlich

Förderung Extavium

Einreicher: FB Kultur und Museum

Erstellungsdatum 25.06.2015

Eingang 922: 25.06.2015

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.07.2015	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Das Extavium wird 2015 einmalig in Höhe von 100.000,00 € gefördert.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Durch die Förderung des Extavium werden keine überplanmäßigen Aufwendungen benötigt. Es findet eine Umschichtung bereits geplanter Mittel innerhalb des Budgets des Fachbereichs 24 – Kultur und Museum vom Unterprodukt 2520100 in das Unterprodukt 2840105 „Einrichtungen freier Träger“ statt.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Im Rahmen der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung bezüglich der DS 14/SVV/1065 „Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger – Nummer 8: Erhalt und Förderung des Extavium“ wurde die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt, Lösungen zum Erhalt des Extavium zu suchen. Das Extavium soll seitens der Landeshauptstadt Potsdam mit einer einmaligen Anschubfinanzierung für konsumtive Ausgaben in Höhe von 100.000,00 € unterstützt werden.

Die dafür benötigten Gelder werden durch die im Haushalt 2015/2016 geplanten, und nach derzeitigem Stand nicht mehr erforderlichen, Aufwendungen für den Umzug der Depots des Potsdam Museums zur Verfügung gestellt.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

Betreff: Förderung Extavium

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 28401 Bezeichnung: Kulturpflege (2840105.5317100).

5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan							
Ertrag neu							
Aufwand laut Plan	37.000	0	0	0	0	0	0
Aufwand neu	37.000	100.000	0	0	0	0	100.000
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan	-37.000	0	0	0	0	0	0
Saldo Ergebnishaushalt neu	-37.000	-100.000	0	0	0	0	-100.000
Abweichung zum Planansatz	0	-100.000	0	0	0	0	-100.000

5. a Durch die Maßnahme entsteht keine Ent- oder Belastung über den Planungszeitraum hinaus bis in der Höhe von insgesamt Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan								
Investive Einzahlungen neu								
Investive Auszahlungen laut Plan								
Investive Auszahlungen neu								
Saldo Finanzhaushalt laut Plan								
Saldo Finanzhaushalt neu								
Abweichung zum Planansatz								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. 2520100 Bezeichnung Potsdam Museum-Forum für Kunst und Geschichte gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja

Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von Vollzeiteinheiten verbunden.
Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?

Nein Ja

9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Durch die Förderung des Extavium werden keine über-/außerplanmäßigen Aufwendungen benötigt. Es findet eine Umschichtung innerhalb des Budgets des Fachbereichs 24 – Kultur und Museum statt. Von den im Unterproduktkonto 2520100.5291100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen geplanten Mittel werden 100.000 € in das Unterprodukt 2840105 „Förderung von Kulturprojekten“ übertragen.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 21. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2015

Förderung Extavium
Vorlage: 15/SVV/0498

Das Extavium wird 2015 einmalig in Höhe von 100.000,00 € gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 3 Seiten beigefügt.

Potsdam, den 09. Juli 2015

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

11/SVV/0874

öffentlich

Betreff:

Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 14.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen des GEWOBA Potsdam werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Pachtzinserhöhungen für die sich in Erbbaupacht befindlichen Hausprojekte zurückgenommen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Pachtzinserhöhungen zahlreicher alternativer Wohnprojekte wurden kürzlich mit Verweis auf den erhöhten Preisindex für die Gesamtlebenshaltungskosten des Statistischen Bundesamtes erhöht.

Allerdings wurde bei dieser Argumentation die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste nicht berücksichtigt..

Am 09.11.2011 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Untersuchung die aufzeigt, dass die Löhne im letzten Jahrzehnt geringer stiegen als die Inflation, also die Lebenshaltungskosten. Betroffen sind nahezu alle Einkommensgruppen und besonders die Geringverdienenden.

http://www.diw.de/de/diw_01.c.388614.de/themen_nachrichten/lohnentwicklung_2000_bis_2010_ein_fuer_die_arbeitnehmer_verlorenes_jahrzehnt.html

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,796625,00.html>

Alle Hausprojekte haben das Ziel, bezahlbaren Wohnraum für junge, sozial schwache Menschen bereitzustellen. Dies wird durch Pachterhöhungen von bis zu 16,5% stark erschwert.

Oft wurden die Gebäude als Ausweichprojekte zur Beendigung von Hausbesetzungen angeboten. Die Häuser befanden sich zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich in einem unvermietbaren Zustand.

Angesichts der Explosion der Mieten in Potsdam werden alternative Hausprojekte immer wichtiger für den Erhalt einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur.

Es ist kaum vermittelbar, dass bei Immobilienverkäufen hohe Preisnachlässe gewährt werden, aber bei der Erhöhung der Pachtzinsen für alternative Wohnprojekte die vorhandenen sozialpolitischen Spielräume nicht genutzt werden.

Dies widerspricht den Zielsetzungen des städtischen Wohnkonzeptes und dem Selbstverständnis Potsdams als weltoffene und tolerante Landeshauptstadt.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0896

öffentlich

Betreff:

Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB
Freie Wähler

Erstellungsdatum 24.09.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.11.2014

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Stellen im Landkreis Potsdam Mittelmark Gespräche zu führen, um zu prüfen, ob kurzfristig, möglichst bis zum Fahrplanwechsel im Frühjahr 2015, am Werderpark in Werder ein ggf. nur temporärer und provisorischer Park & Ride Parkplatz eingerichtet werden und zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot angeboten kann.

Dem Hauptausschuss ist im Januar zu berichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Stadtentwicklungskonzept Verkehr sieht den Ausbau des P & R-Systems vor. Das tägliche hohe Verkehrsaufkommen im Berufsverkehr aus Richtung Werder führt regelmäßig zu erheblichen Staus und zu einer erhöhten Feinstaubbelastung, die ab 2015 von der EU vorgegebenen Richtwerten unterliegen. Die Parkmöglichkeiten am Bahnhof Pirschheide sind nicht ausreichend, da der Pkw-Nutzer, der aus Richtung Süden kommt, beim Erreichen des Parkplatzes Pirschheide bereits so lange im Stau gestanden hat, dass er nicht mehr in den ÖPNV wechselt. Ziel muss es daher sein, so schnell wie möglich für die Nutzer des MIV eine attraktive Alternative, die tatsächlich zeitliche Vorteile bietet, anzubieten. Die Bebauung der Flächen im Bereich Werderpark sind vermutlich vorgesehen, können bis dahin jedoch ggf. sinnvoll als Park & Ride Platz provisorisch hergerichtet und genutzt werden.

Dazu passend ist ein ÖPNV Konzept zu entwickeln, das für die Nutzung des MIV zur Weiterfahrt nach Potsdam eine echte Alternative darstellt. Dies könnte durch den Einsatz von Schnellbussen auf Busspuren erfolgen. Dazu sind entlang der Straße Werder – Geltow – Zeppelinstraße - wo immer möglich - separate Busspuren einzurichten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0046

öffentlich

Betreff:

Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Erstellungsdatum 13.01.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

28.01.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark zu prüfen. Dazu sollen Vorteile und Nachteile für beide Partner sowie gemeinsame finanzielle und verkehrspolitische Synergieeffekte aufgelistet werden. Mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark sind Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2015 Bericht zu erstatten.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Durch die 2015 wirksam werdende Aufspaltung der Havelbus auf die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland ermöglicht ein Zusammengehen von Potsdam mit Potsdam-Mittelmark zu einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft. Es ist nun denkbar, dass auf wirtschaftliche Weise das Angebot aus Tram und Bus optimiert, Parallelverkehre vermieden und Takte verdichtet werden können. Die längst überfällige wirkungsvolle Verbesserung in der Verflechtung der Verkehrsräume von Potsdam und Potsdam-Mittelmark, die bisher an der natürlichen Konkurrenz beider Unternehmen gescheitert ist, könnte nun zu besseren Verbindungen für die Fahrgäste und zu einer deutlichen Entlastung des MIV-Anteils führen. Besonders angesichts der anstehenden Investitionsentscheidungen für den Neubau von Tramstrecken ist es erforderlich, alle Optionen eines größeren, gemeinsamen Verkehrsbetriebes zu prüfen.

Anlage: PNN, 29.12.14, Enrico Bellin

Mut zum großen Wurf

Die Konkurrenz zwischen Havelbus und ViP ist einer der Gründe für das Verkehrschaos in Potsdam. Durch die neue Struktur bei Havelbus entsteht die Chance, das zu ändern. Eine Analyse von Enrico Bellin

Potsdam-Mittelmark - Feinstaub, Pfortnerampeln, Stau auf den Einfahrtsstraßen: Die Verkehrsbeziehungen zwischen der Stadt Potsdam und dem Umland sind seit Jahren angespannt. Die Mittelmärker fühlen sich von der Potsdamer Verwaltung drangsaliert und fragen sich, wie sie staufrei in die Stadt kommen sollen. Und der öffentliche Nahverkehr ist längst nicht immer eine Alternative zum Auto.

Ab dem kommenden Jahr entwickelt sich die einmalige Chance, die Bus- und Tramverbindungen zwischen Potsdam und dem Umland deutlich zu verbessern – durch dichtere Bustakte, neue Tramstrecken und einen gemeinsamen Fahrplan, durch die Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft aus Potsdamer ViP und mittelmärkischer Havelbus.

Denn das Unternehmen Havelbus wird 2015 aufgespalten, Potsdam-Mittelmark löst sich vom zweiten Gesellschafter, dem Landkreis Havelland (Kasten). Das macht einen nächsten und dringend gebotenen Schritt möglich, eine Verschmelzung der mittelmärkischen Busgesellschaften mit dem Verkehrsbetrieb in Potsdam. Die meisten Buslinien von Havelbus fahren in die Landeshauptstadt, das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Babelsberg. Die Folge: Ein erbitterter Streit um lukrative Strecken, während anderswo die Potenziale zur Taktverdichtung fehlen.

Es gibt zwar diese oder jene Absprache zwischen den Firmen. Einer echten Kooperation der Eigentümer – dem Landkreis und der Stadt Potsdam – sind aber sehr enge Grenzen gesetzt. Schließlich wollen beide, dass vor allem das eigene Unternehmen profitabel arbeitet. Bestes Beispiel dafür ist der inzwischen in der Versenkung verschwundene, aber sinnvolle Plan, eine Straßenbahn vom Potsdamer Süden nach Teltow zu bauen.

Es ist eine Verkehrsachse, die besonders stark durch Autopendler belastet ist. In eine durchschnittlich besetzte Tram passen Studien zufolge so viele Passagiere wie in 100 Autos, die Tramstrecke könnte also die Straßen in Teltow und Stahnsdorf sowie vor allem die Nutheschnellstraße – die am dichtesten befahrene Einfallsstraße in die Landeshauptstadt – womöglich massiv entlasten, und damit auch die komplette Potsdamer City. Der ViP hatte für die Tramanbindung schon vor Jahren eine Vorplanung erstellt. Die Strecke würde sich laut einem ersten Gutachten durchaus lohnen, bereits jetzt gibt es dort zwei Buslinien, die beide im 20-Minuten-Takt unterwegs und sehr gut gefüllt sind.

Darin liegt gleichzeitig die Krux, denn die Linien zählen zu den einnahmestärksten bei Havelbus. Eine Straßenbahn würde wohl vom ViP betrieben werden, der damit Erfahrung hat und Depot und Werkstatt unterhält. Würde sich Mittelmarks Landrat Wolfgang Blasig (SPD) für die Tram nach Teltow einsetzen, würde er dem eigenen Unternehmen schaden – denn Havelbus würde massiv Umsätze einbüßen. Solche Dilemmas lassen sich nur auf einem Weg lösen: durch eine gemeinsame Verkehrsgesellschaft.

Ein einziges Verkehrsunternehmen brächte viele Vorteile: So würde man beim Kauf von Bussen Geld sparen, da man statt Ausschreibungen in zwei Unternehmen nur noch eine bräuchte und die Busse günstiger werden, je mehr man bestellt. Auch bei der Verwaltung und bei der Wartung der Busse gibt es Einsparpotenziale, wenn Kapazitäten zusammengelegt werden – Nebeneffekte, die nicht zu unterschätzen sind.

Außerdem könnte ein weiteres großes Ärgernis aus dem Weg geschafft werden: unnötige Parallelverkehre von Bus und Straßenbahn. Zwar nähern sich ViP und Havelbus mit jedem

Fahrplanwechsel etwas an. Zuletzt wurde zum 14. Dezember die Buslinie aus Töplitz so angepasst, dass sie über Golm nach Bornstedt führt und auch für Potsdamer eine sinnvolle Verbindung ist. Doch es gibt noch immer genügend Strecken, auf denen ViP und Havelbus sich gegenseitig Fahrgäste abhocken.

So fährt abends und am Wochenende die Buslinie 631 nur stündlich von Werder (Havel) über Geltow nach Potsdam und ist gleichzeitig die einzige Linie, die dann überhaupt regelmäßig in beiden mittelmärkischen Orten unterwegs ist. Angesichts von zusammen 28 000 Einwohnern in Werder und Geltow ein völlig unzureichendes Angebot auf einer Strecke, die zudem besonders massiv von der Pfortnerung betroffen ist.

Die Autos stauen sich im Berufsverkehr bis nach Geltow und darüber hinaus, Berufspendler haben sich in Bürgerforen schon über mangelnde Alternativen im ÖPNV beschwert, zumal die Busse inzwischen an der Pfortnerampel mitwarten. Dabei könnten sie mit einem dichteren Takt ein echtes Angebot an die Berufspendler sein.

Würden die Busse von Werder außerhalb der Hauptverkehrszeit nicht zum Potsdamer Hauptbahnhof, sondern nur bis zum Bahnhof Pirschheide fahren, könnte man den Takt auf dem restlichen Stück ohne Mehrkosten verdoppeln. An der Pirschheide könnten Fahrgäste bequem in die Straßenbahn umsteigen, die die gleiche Strecke ins Potsdamer Zentrum fährt wie die Busse – und dabei bis zur Kastanienallee alles andere als ausgelastet ist. Ein dichter Takt würde deutlich mehr Berufspendler dazu bringen, ihr Auto stehenzulassen, und so auch den Stau vor der Pirschheider Pfortnerampel verkürzen. Doch bei Havelbus will man seine Fahrgäste durch die Potsdamer City selbst ans Ziel bringen – und nicht den Potsdamern und ihrer Tram überlassen.

Zu guter Letzt mischt auch noch die Belziger Verkehrsgesellschaft mit – mit einer Linie, die von Bad Belzig über Werder nach Potsdam fährt. Seit dem Fahrplanwechsel zwar in einem sauberen Stundentakt, doch fahren die Belziger Busse an den beiden Hauptumsteigeplätzen am Werderaner Plantagenplatz und am Potsdamer Platz der Einheit knapp vorbei. Anschlüsse an die Linien von Havelbus und ViP gibt es dadurch kaum, das Umsteigen ist extrem beschwerlich. Ein Irrsinn.

Für einen kundenfreundlichen Nahverkehr, der die Menschen zum Umsteigen in Bus und Tram motiviert, kann es insgesamt betrachtet nur ein Ziel geben: Eine Verkehrsgesellschaft für Potsdam und Potsdam-Mittelmark, bei der alle Fahrpläne aus einer Hand gestaltet werden. Für diesen großen Wurf braucht es Mut, die seit mehr als 20 Jahren bestehenden und völlig unzeitgemäßen Strukturen aufzubrechen. Es wäre – mehr noch vielleicht als das immer noch ausstehende, gemeinsame Verkehrskonzept zwischen Potsdam und Potsdam-Mittelmark – ein riesiger Schritt, um den Feinstaub in Potsdam zu reduzieren und dem drohenden Verkehrsinfarkt in der Landeshauptstadt entgegenzuwirken.

Quelle: PNN, 29.12.2014, Enrico Bellin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/1079

öffentlich

Betreff:

Mieterinitiative Großbeerenstraße

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 18.11.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.12.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Pro Potsdam GmbH Gespräche mit der Mieterinitiative der Häuser Großbeerenstraße 214- 226 führt.

Ziel soll es dabei sein, dass

- die Mieter bei dem geplanten Verkauf dieser Häuser die realistische Möglichkeit erhalten, ihr Haus zu erwerben,
- der Verkauf unter dem Vorbehalt einer langfristigen Sicherung der Rechte der Mieter erfolgt
- oder auf Wunsch eine bezahlbare Wohnung zur Verfügung gestellt wird.

Der Hauptausschuss ist unmittelbar über den Fortgang zu informieren

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die städtische Wohnungsgesellschaft hat eine besondere Verantwortung bei der Wahrung der Rechte von Mietern. Das gilt insbesondere beim Verkauf von bewohnten Häusern. Dafür sind mit der Diskussion um die Heidesiedlung Maßstäbe gesetzt worden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0223

öffentlich

Betreff:

Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 17.03.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.04.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den zentralen Versorgungsbereich Innenstadt (Bereiche Luisenplatz, Hegelallee, Holländisches Viertel und Charlottenstraße) eine spezifische Erhebung des Einzelhandels, getrennt nach Branchen, durchzuführen, die Ursachen für die häufigen Wechsel zu analysieren und eine Expertenempfehlung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden, Arbeitsgruppen und Kammern für einen gesunden Händlermix in der Innenstadt zu erstellen. Erste Ergebnisse sind spätestens im IV Quartal 2015 im Hauptausschuss und Wirtschaftsrat vorzustellen. Spätestens im I Quartal 2016 ist der Auftrag abzuschließen und dem Hauptausschuss sowie dem Wirtschaftsrat zu berichten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 14/SVV/1134 geht hervor, dass es im zentralen Versorgungsbereich Innenstadt eine erhebliche Händlerfluktuation gibt. Gemäß Punkt 6.4.1 des Einzelhandelskonzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam vom Februar 2014 waren zu diesem Zeitpunkt im zentralen Versorgungsbereich Innenstadt 344 Einzelhandelsunternehmen ansässig.

Für eine attraktive und lebendige Innenstadt ist ein gesunder und Händlermix unabdingbar. Es ist daher im besonderen Interesse der Stadt, sich mit diesem Thema zu befassen und für das privatwirtschaftliche Engagement optimale Rahmenbedingungen auch in Form von Empfehlungen zu schaffen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0388

öffentlich

Betreff:

Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD

Erstellungsdatum 19.05.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

03.06.2015

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen zu erstellen und vor allem Möglichkeiten - auch unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen - zur Prüfung, finanzielle Mittel (Investitionen) für die Entwicklung und Aktivierung von Gewerbeflächen einsetzen zu können.

Dem Hauptausschuss ist bis Ende 2015 zu berichten, der Wirtschaftsrat ist einzubeziehen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Mitteilungsvorlage 15/SVV/0330 Gewerbeflächensicherungskonzept (GSK) Jahresbilanz 2014/15, wird darüber informiert, dass 2015/2016 keine finanziellen Mittel für die Entwicklung von Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.

Des Weiteren heißt es, dass bei gleicher Nachfrage ein Rückgang der Flächenpotentiale zu verzeichnen ist und kein ausreichendes Angebot an nachfragegerechten, kurzfristig verfügbaren und aktivierbaren Gewerbeflächen besteht. Damit bleibt die gewerbliche Inanspruchnahme von Flächen hinter der Entwicklung des Vorjahres zurück.

Als Gründe werden angeführt, dass die Umnutzung von Flächen zugunsten von Wohnungsbau zu einer Verringerung des Bestands an P 20-Flächen der für die gewerbliche Entwicklung in Potsdam außerordentlich wichtigen Standorttypen „höherwertiges Gewerbe/Gewerbepark“ und „Wissenschaft/Technologie/Medien“ führt. Gleiches gilt auch für den Fall, dass Entscheidungen zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber auf Gewerbeflächen getroffen werden. Damit wird sich diese Engpasssituation gravierend zuspitzen. Selbst die wenigen Flächenpotenziale werden ohne finanzielle Mittel zum großen Teil nicht aktivierbar sein. In der Folge bedeutet dies: Ansiedlungen und Existenzgründungen sowie Erweiterungen von Unternehmen des höherwertigen Gewerbes können nicht oder nicht ausreichend realisiert werden, die Abwanderungen von Unternehmen ins Umland oder nach Berlin sind zu erwarten. Dies alles wäre verbunden mit Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Steuereinnahmen in der Landeshauptstadt. Im Ergebnis verschärft sich die Flächenknappheit für höherwertiges Gewerbe weiter zum Nachteil der wirtschaftlichen Entwicklung der wachsenden Stadt.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0481

Betreff:
Evaluierung Luftschiffhafen

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 17.06.2015

Eingang 922: 17.06.2015

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

08.07.2015	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Evaluierung Luftschiffhafen

siehe Anlage

Anlage zur Mitteilungsvorlage für die Hauptausschusssitzung am 08.07.2015

Evaluierung Luftschiffhafen

Ausgangssituation

Am 14.05.2014 wurde der am 05.03.2014 von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss zur Evaluierung der LSH GmbH im Hauptausschuss erörtert. In Untersetzung des SVV-Beschlusses hatte die Verwaltung eine Mitteilungsvorlage (14/SVV/0411) mit einem Vorschlag einer detaillierten Aufgabenbeschreibung sowie einem groben Maßnahme- und Zeitplan erarbeitet. Aufgrund der Erforderlichkeit einer externen Gutachterbeauftragung schätzte der Fachbereich Bildung und Sport ein, dass das Ergebnis in etwa im Mai 2015 vorliegen könnte.

Im Zuge der Hauptausschussbehandlung wurde die Aufgabenbeschreibung beträchtlich erweitert. So wurden u. a. die Leistungsbausteine

- die Einbeziehung der verschiedenen Nutzergruppen am Areal Luftschiffhafen, insbesondere der Elternvertretung der Sportschule,
- das Verfahren der Erhebung und Abrechnung sowie die Angemessenheit der Nutzungsentgelte,
- der Kostenvergleich zur Alleinbewirtschaftung durch die Stadt
- Koordinierung von Nutzerkonkurrenzen, Interessenskollisionen

neu aufgenommen.

Projektverlauf

Im Vergleich zur groben Zeitplanung im Fachbereich 21 erfolgte die Beauftragung des externen Gutachtens einen Monat verspätet. Ursachen für den Verzug in der Auftragsvergabe waren durch die inhaltlich umfangreiche Vorbereitungen der Ausschreibungsunterlagen, die komplexe inhaltliche und vergabetechnisch Prüfung der Angebote und durch die Erforderlichkeit von Bietergesprächen begründet.

Die Auftaktveranstaltung mit der KPMG und dem Fachbereich 21 fand am 28.10.2014, so u. a. zum terminlichen Ablauf und zur Vorgehensweise der Prüfung statt. Nach damaliger Einschätzung des externen Gutachters (KPMG) war – trotz verspäteten Starts - keine Fortschreibung des Ablaufplanes – wonach die Berichterstattung im Mai 2015 vorgesehen war – als erforderlich gesehen worden.

Die Kick –Off – Veranstaltung unter Beteiligung der AG-Mitglieder und beider Unternehmen fand am 18.11.2014 statt. Vorgestellt wurden der Auftragsgegenstand, detaillierte Leistungsinhalte, die Terminplanung und Vorgehensweise, insbesondere die Erstellung einer Dokumentenanforderungsliste. Ferner wurden Absprachen zur Bereitstellung und zentralen „Verwaltung“ eines Dokumentenordners getroffen.

Beginnend im Januar wurden im 1. Quartal 2015 sowohl die Bestandsaufnahme als auch die Bestandsanalyse bearbeitet. Der Bearbeitungsstand der Evaluierung im 1. Quartal 2015 erforderte jedoch eine Fortschreibung des Projektplanes. Mit Schreiben vom 27.02.2015 teilte die KPMG mit, dass aufgrund der unfallbedingten Krankheit des Projektkoordinators und der verzögerten Bereitstellung von Dokumenten sowie der Komplexität der Prüfungssachverhalte eine Anpassung des Projektplanes als erforderlich gesehen wird. Ferner beabsichtige das RPA eine Betätigungsprüfung zum Sportpark am Luftschiffhafen und hat eine parallele Berichterstattung nach der Sommerpause in den städtischen Gremien empfohlen.

	Grobplanung	Fortschreibung
Behandlung der Mitteilungsvorlage im HA	14.05.2014	
Einarbeitung evtl. Änderungen/Ergänzungen	21./22. KW	
Angebotsaufforderung (7 Unternehmen)	06/2014	07/2014
Sichtung / Auswertung der Angebote	07/2014	08/2014
Beauftragung des externen Gutachters	08/2014	26.09.2014
Bestandsaufnahme durch den Gutachter	09–10/2014	ab Jan 2015
Bestandsanalyse durch den Gutachter	11–12/2014	ab Jan 2015
Erarbeitung eines Sollkonzeptes	01– 03/2015	lfd. bis 07/2015
Auswertung des Gutachtens verwaltungsintern	04/2015	08/2015
Vorstellung der Ergebnisse im HA / SVV		09/10/2015

Weiteres Vorgehen

Der Fachbereich 21 wird in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2015 über den aktuellen Stand des Projektes informieren.

Das Gutachten wird dem Fachbereich Bildung und Sport bis zum 17.07.2015 übergeben. Die verwaltungsinterne Auswertung des Gutachtens im Fachbereich 21 erfolgt im Monat August. Die Vorstellung des Gutachtens im Hauptausschuss und in der SVV ist in den Monaten September / Oktober geplant.



cutting through complexity™

Kurzdarstellung: Projektstatus

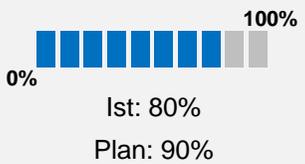
“Evaluierung der Strukturen
zur Betreibung des
Sportareals
am Luftschiffhafen”

Konkretisierung

Stand: Donnerstag, 11.06.2015



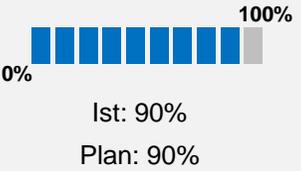
Projektstatus Leistungsbaustein 1: Infrastrukturelle Entwicklung

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 1: Infrastrukturelle Entwicklung</p> <hr/> <p>Ist-Fortschritt</p>  <p>Datenerhebung: <i>beendet</i></p> <p>Gutachtenerstellung: <i>In Bearbeitung</i></p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der infrastrukturellen Entwicklung des Sportareals am Luftschiffhafen; • Aufzeigen von Optimierungspotenzialen/Handlungsempfehlungen <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begehung Sportareal zur Schaffung eines Überblicks (Führung durch LSH/ProPotsdam) • Durchführung Interviews mit ausgewählten Vertretern der LHP, PP, LSH • Zur Erörterung Situation vor 2008: u.a. Durchführung Interview Hr. Albrecht • Erhalt Fotodokumentation zum infrastrukturellen Zustand vor 2008 • Darstellung der mangelhaften Erschließung des Areals vor 2008 • Inhaltliche Aufnahme & Analyse Grundstückübertragungsvertrag (2009) unter Berücksichtigung Ergebnisse Hänicke – Hurlin-Gutachten • Analyse Masterplan inkl. Darstellung Baufortschritt anhand Statusberichte • Analyse Status verwertbarer Grundstücke (u.a. Preußenkanu, Bolzplatz, Haus 33) • Beschreibung aktueller Status der Infrastruktur auf dem Sportareal (u.a. MBS-Arena, neue Turnerhalle, Werferhaus) • Beschreibung Situation Villa Carlshagen • Beschreibung zukünftig geplanter Maßnahmen • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen <p>Problembereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunikation LHP und LSH/PP verbesserungsfähig • Keine durchgängigen ex-ante/ex-post Steuerungsinstrumentarien zur Abbildung des infrastrukturellen Fortschritts im Zeitverlauf seit 2008; Erstellung Fortschrittsberichte verspätet; Steuerungsnutzung der Berichte intransparent • Oftmals komplexe Fördermittelstrukturen hatten langwierige Bauvorgänge zur Folge 	<ul style="list-style-type: none"> • Klärung von Detailfragen anhand vorhandener Dokumente (intern) • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellter Dokumente (siehe Dokumenten-anforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)

Projektstatus Leistungsbaustein 2: Bewirtschaftung

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 2: Bewirtschaftung</p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der Bewirtschaftung des Sportareals am Luftschiffhafen; • Aufzeigen von Optimierungspotenzialen/Handlungsempfehlungen <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung Interviews mit ausgewählten Vertretern LHP, PP, LSH • Darstellung Bewirtschaftung des Sportareals durch den Regiebetrieb Luftschiffhafen (u.a. auf Basis Interviewergebnisse Hr. Albrecht) • Beschreibung des Aufgabenportfolios (Regiebetrieb) • Inhaltliche Prüfung & Analyse Geschäftsbesorgungsvertrag im Hinblick auf: <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung der übertragenen Aufgaben • Darstellung des Übergangs des Personals vom ehemaligen Regiebetrieb in die LSH GmbH • Darstellung des Aufbaus und der Struktur der LSH GmbH • Darstellung der wahrgenommen Aufgaben der LSH GmbH • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Klärung der Pflicht zur Bewirtschaftung des Werferhauses • Klärung von Einzelfragen Plan-Anmeldung vs. Bewilligung (Prozessskizze) • Finale Klärung Aufgabenzuschnitt Regiebetrieb/ LSH • Klärung Ressourcenverfügbarkeit Regiebetrieb (gemäß Hr. Albrecht 16 VZÄ) vs. Personalkörper LSH GmbH heute) • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)
<p>Ist-Fortschritt</p>  <p>Ist: 80% Plan: 90%</p> <p><i>Datenerhebung: beendet</i></p> <p><i>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</i></p>	<p>Problembereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation Aufgabenerfüllung durch den Regiebetrieb, Start für LSH GmbH dadurch erschwert • Kalkulationsgrundlage Geschäftsbesorgungsvertrag (noch zu klären) • Kostendeckungsgrad des Geschäftsbesorgungsentgelts • Abstimmung Wirtschaftsplan LSH-LHP; Anmeldungen überstiegen wiederholt Bewilligung • Abstimmung Finanzierungsbedarfe, Quartalsbezogene Mittelbereitstellung zugunsten der LSH • Nutzungsentgelte für Events 	

Projektstatus Leistungsbaustein 3: Standortmarketing / Öffentlichkeitsarbeit / Nutzerangelegenheiten

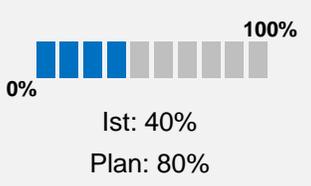
Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 3: Standortmarketing / Öffentlichkeitsarbeit / Nutzerangelegenheiten</p> <hr/> <p>Ist-Fortschritt</p>  <p>Datenerhebung: beendet</p> <p>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der Entwicklung Standortmarketing / Öffentlichkeitsarbeit /Koordination von Nutzerangelegenheiten für das Sportareal am Luftschiffhafen (Einbeziehung der Stakeholder (Nutzer, Eltern etc.)) in geeigneter Art und Weise; Aufzeigen von Optimierungspotenzialen / Handlungsempfehlungen • Koordination von Nutzungskonkurrenzen sowie der Effizienz & Neutralität der Entscheidungen und der Vorrang der öffentlichen Aufgabenerfüllung soll gewährleistet werden. <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung Nutzerbefragung unter allen Nutzern des Luftschiffhafens (39 Nutzer identifiziert und befragt; Rücklauf von 24 Nutzern) • Auswertung Nutzerbefragung • Durchführung & Auswertung Einzelinterviews mit relevanten Vertretern der LHP, LSH und großen Nutzern (z.B. Olympiastützpunkt, stützpunktttragende Vereine, Universität, Sportschule) zur Nutzerkoordination/-angelegenheiten, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit • Auswertung von vorliegenden, relevanten Dokumenten und Aufbereitung für den Leistungsbaustein • Analyse Nutzungsverteilung & -konkurrenzen • Aufnahme & Analyse Aktivitäten in den Bereichen Marketing-/Öffentlichkeitsarbeit LSH • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Quartalsberichte/Protokolle relevanter Gremien zu den Themen Nutzerkoordination/-angelegenheiten, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit • Formulierung von Empfehlungen zur Nutzerkoordination/-angelegenheiten, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)

Projektstatus Leistungsbaustein 4: Rechnungswesen & Controlling

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 4: Rechnungswesen & Controlling</p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der Entwicklung Rechnungswesen / Controlling <ul style="list-style-type: none"> • der Finanzbuchhaltung (Einrichtung und Führung) • der Erstellung des kommunalrechtlichen Jahresabschlusses des Areals Luftschiffhafen • des steuerrechtlichen Jahresabschlusses (Vorbereitungshandlungen sowie laufende Zuarbeiten) • der Organisation des Zusammenspiels der o.g. Themen Finanzbuchhaltung, kommunalrechtlicher Jahresabschluss und steuerrechtlicher Jahresabschluss insbesondere: Informationsfluss, Koordination der Zuarbeiten, Verantwortlichkeiten • Ordnungsmäßigkeit der Abrechnung des Geschäftsbesorgungsvertrages; Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens zur Erhebung, Abrechnung und der Angemessenheit der Höhe der Nutzungsentgelte für die Sportanlagen, insbesondere bei der MBS-Arena 	<ul style="list-style-type: none"> • Vervollständigung und Qualitätssicherung der Ergebnisse der Prozessaufnahmen • Vervollständigung Optimierungspotenziale & Handlungsempfehlungen • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)
<p>Ist-Fortschritt</p> <p>0% 100%</p> <p>Ist: 80%</p> <p>Plan: 90%</p> <p><i>Datenerhebung: laufend</i></p> <p><i>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</i></p>	<p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentenanalyse hinsichtlich Organisation und Prozesse Rechnungswesen / Controlling (Geschäftsbesorgungsverträge, Darstellungen der Leistungsbeziehungen, Protokolle von Sitzungen) • Prozessorientierte Aufnahme der Ist-Situation (Buchhaltung, Planung, Controlling, Berichtswesen) • Interviews zur historischen Entwicklung der Organisation / Prozesse sowie zum derzeitigen Ablauf (LSH GmbH, ProPotsdam, Hauptbuchhaltung, Steueramt) • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen insb. bezüglich Aufbau- und Ablauforganisation 	

1. Projektstatusbericht: "Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen"

Projektstatus Leistungsbaustein 5: Finanzielle Entwicklung des Sportareals

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 5: Finanzielle Entwicklung des Sportareals</p> <p>Ist-Fortschritt</p>  <p>Datenerhebung: laufend</p> <p>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der finanziellen Entwicklung zum Sportareal am Luftschiffhafen (Erarbeitung geeigneter Kennziffern als objektive Auswertungsgrundlage); • Aufzeigen von Optimierungspotenzialen / Handlungsempfehlungen auch im Vergleich zur Alleinbewirtschaftung, Darstellung des Verwaltungsmehraufwandes aus der privaten Betreiberschaft (Steuerungsaufwand) <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentenanalyse der vorhandenen Dokumente (vorhandene Jahresabschlüsse, Bilanzen, diverse Excel-Auswertungen, SAP-Daten) • Aufnahme der Ist-Situation • Interviews zur historischen Entwicklung der Organisation / Prozesse sowie zum derzeitigen Ablauf (LSH GmbH, ProPotsdam, Hauptbuchhaltung, Steueramt) • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vollständige Analyse der uns vorliegenden Quartals- und Halbjahresreportings für den BgA • <i>Hinweis: laufende Betriebsprüfung 2006-2010 – fehlende BgA-Abschlüsse zwischen 2008 und 2010, fehlende Vergleichbarkeit der wirtschaftlichen Daten über den Betrachtungszeitraum.</i> • Vervollständigung und Qualitätssicherung der Ergebnisse • Vervollständigung Optimierungspotenziale & Handlungsempfehlungen • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)

1. Projektstatusbericht: "Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen"

Projektstatus Leistungsbaustein 6: Kostenanalyse / Finanzielle Beteiligung Nutzergruppen

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 6: Kostenanalyse / Finanzielle Beteiligung Nutzergruppen</p> <p>Ist-Fortschritt</p>  <p>0% 100%</p> <p>Ist: 30%</p> <p>Plan: 80%</p> <p><i>Datenerhebung: laufend</i></p> <p><i>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</i></p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Analyse der Kosten, deren Verteilung sowie deren finanzielle Beteiligung im Hinblick auf die einzelnen Nutzungsanteile der verschiedenen Nutzergruppen im Sportareal LSH (Schulsport, Leistungssport, vereinsgebundener Breitensport etc.) • Aufzeigen von Optimierungspotenzialen / Handlungsempfehlungen / Angemessenheit <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikation Nutzergruppen • Erhebung Nutzungsintensitäten der Nutzer (Belegungspläne) • Beginn Analyse tatsächlich angefallener nutzerbezogener Kosten je Sportstätte • Beginn Analyse Verteilungsschlüssel (u.a. Bahnstunden) der Kostenumlage Sportstätte / Nutzer • Beginn Analyse Finanzierungsstrukturen je Sportstätte (u.a. Bund, Land etc.) • Zusammenstellung der vorhandenen Nutzerverträge, Gebührenkalkulationen, Zuwendungsbescheide, Kostenübersicht der Sportstätten (Kostenstellenberichte) • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Detaillierte Auswertung der Belegungspläne aller Sportstätten von 2008 bis 2014 • Detaillierte Auswertung der Kostenübersichten der Sportstätten (soweit vorhanden) von 2008 bis 2014 • Zuordnung von Nutzereinnahmen (Gebühren, Zuwendungen, Entgelte etc.) und Nutzungskosten zu einzelnen Sportstätten (soweit möglich) • Durchführung Abweichungsanalyse • Vervollständigung und Qualitätssicherung der Ergebnisse • Vervollständigung Optimierungspotenziale & Handlungsempfehlungen • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)

Projektstatus Leistungsbaustein 7/8: Darstellung / Überprüfung Vertragsbeziehungen/ Darstellung / Prüfung der Einwirkungsmöglichkeiten der LHP

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 7: Darstellung / Überprüfung Vertragsbeziehungen</p> <p>Leistungsbaustein 8: Darstellung / Prüfung der Einwirkungsmöglichkeiten der LHP</p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung und Überprüfung der Vertragsbeziehungen zwischen der LHP, der LSH GmbH und der Pro Potsdam auf kommunalrechtliche, wirtschaftliche, förderrechtliche, steuerrechtliche sowie sportfachliche Hinsicht unter Zugrundelegung der gutachterlichen Einschätzungen zum Zeitpunkt der Übertragung unter Beachtung der Zweckmäßigkeit, Effizienz, Entscheidungshoheit/Richtlinienkompetenz der LHP und des Verwaltungsmehraufwandes • Darstellung und Prüfung der Einwirkungsmöglichkeiten der LHP hinsichtlich der Aufgabenerfüllung aus der Schulträgerschaft, der Wohnheimträgerschaft und der Sportförderung <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme vertraglicher Vereinbarungen zwischen LHP, LSH, ProPotsdam einschließlich gesellschaftsrechtlicher Regelungen; • Interviews Rechtsamt, Steueramt, Hauptbuchhaltung und Teilnehmungsmanagement; • Identifikation der einschlägigen rechtlichen Grundlagen. <p>Hierauf aufbauend Beginn der Bewertung unserer Feststellungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Spiegelung der vorhandenen Verträge mit Domus-Konzept; • Abgleich der vorhandenen Verträge darüber hinaus mit den identifizierten rechtlichen Rahmenbedingungen; • erste Bewertung von Effizienz, Administrationsaufwand, Steuerungsmöglichkeiten, etc., soweit sich hierzu Anhaltspunkte aus den uns vorliegenden Verträgen entnehmen lassen; • erste Bewertung der Einflussnahmemöglichkeiten der LHP auf die Geschicke der LSH; • Erfassung der Organisation, der Zuständigkeiten, der inhaltlichen / zeitlichen Abläufe und der Kommunikationswege im Rahmen der Erfassung von Buchungsvorgängen, der Erstellung von Steuererklärungen und des Jahresabschlusses. 	<p>Offene Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für eine abschließende Evaluierung der Vertragssituation liegen noch nicht alle Informationen vor. Im Einzelnen: <ul style="list-style-type: none"> • liegen uns die Geschäftsbesorgungsverträge zwischen der ProPotsdam und der LSH bis auf den GBV ReWe noch nicht vor; • wurden die Eigentumsverhältnisse sowie genaue Bezeichnung der Grundstücke und Gebäude von der LHP noch nicht bestätigt und • konnte noch nicht festgestellt werden, ob der uns vorliegende Zuwendungsbescheid vom 16. März 2010 der ILB für den Bau der MBS-Arena mit dem Zuwendungsbescheid vom 16. März/ 11. Juni 2010 vollinhaltlich übereinstimmt.
<p>Ist-Fortschritt</p>  <p>Ist: 70% Plan: 80%</p>		<p>Ausstehende Bearbeitungsschritte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fehlende Unterlagen müssen noch bereitgestellt werden bzw. Abstimmungen erfolgen • Abschluss der Bewertung der Vertragsbeziehungen und bestehenden Einwirkungs-/ Steuerungsmöglichkeiten; • Entwicklung von Lösungsvorschlägen bezüglich festgestellter Regelungsdefizite; • Fertigstellung des Gutachtens.
<p><i>Datenerhebung: laufend</i></p>		
<p><i>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</i></p>		

Projektstatus Leistungsbaustein 9: Darstellung / Prüfung der Aufgabenorganisation / Zuständigkeitsabgrenzung

Leistungsabruf	Leistungsbeschreibung / Bisherige Aktivitäten	Offene Analysen/ Bearbeitungsschritte
<p>Leistungsbaustein 9: Darstellung / Prüfung der Aufgabenorganisation / Zuständigkeitsabgrenzung</p> <p>Ist-Fortschritt</p>  <p>0% 100%</p> <p>Ist: 60%</p> <p>Plan: 80%</p> <p><i>Datenerhebung: laufend</i></p> <p><i>Gutachtenerstellung: In Bearbeitung</i></p>	<p>Leistungsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung & Prüfung der Aufgabenorganisation und Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der LHP, LSH, ProPotsdam <p>Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikation der Aufgabenbereiche von LHP, LSH, ProPotsdam • Identifikation personenbezogener Doppelfunktionen • Spiegelung der Vertragssituation • Ableitung von Interessenskonflikten/Synergiepotenzialen • Kritische Würdigung Aufgabenorganisation / Zuständigkeitsabgrenzung • Identifikation von Optimierungspotenzialen und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Übersicht über Doppelfunktionen im Hinblick auf die Betreuung des Sportareals Luftschiffhafen • Vervollständigung und Qualitätssicherung der Ergebnisse • Vervollständigung Optimierungspotenziale & Handlungsempfehlungen • Abgleich & Konsolidierung aller zur Verfügung gestellten Dokumente (siehe Dokumentenanforderungsliste) • Vollständige Dokumentation des Leistungsbausteins (Gutachtenform)



cutting through complexity™

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
ein Mitglied des KPMG-Netzwerks unabhängiger
Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative ("KPMG
International"), einer juristischen Person schweizerischen
Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

The KPMG name, logo and “cutting through complexity” are
registered trademarks or trademarks of KPMG International.

The KPMG name, logo and “cutting through complexity” are
registered trademarks or trademarks of KPMG International.



Betreff:

öffentlich

Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum aktuellen Sachstand

bezüglich

DS Nr.:

Erstellungsdatum 25.06.2015

Eingang 922: 25.06.2015

Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

08.07.2015 Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Am 30. Mai 2015 fand die Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen statt. Hier wurden die Ergebnisse aus der dritten Arbeitsphase des Prozesses (siehe Anhang - Prozessplan) zusammengeführt, vorgestellt und mit den anwesenden Stadtverordneten diskutiert.

Es wurde dabei deutlich, dass der bisherige Prozess seine Funktion, eine Beratschlagung zwischen der ProPotsdam GmbH und den Initiativen der Mieterinnen und Mietern zu ermöglichen, erfüllt hat. Es sind für alle Siedlungen Handlungsansätze entwickelt worden, die konkrete Szenarien für die zukünftige Entwicklung abbilden und für die Mieterinnen und Mieter transparent sind. Für das Behlert-Gutenberg-Karree und für den Brauhausberg/Einsteinstraße wurden die Ergebnisse in Form von Eckpunktepapieren festgehalten, die zwar noch nicht abschließend sind – jedoch den bisherigen Diskussionsstand übersichtlich zusammenfassen.

Es zeigt sich aber auch, dass weiterer Beratungsbedarf besteht, der insbesondere auch Akteurinnen und Akteure aus Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung einschließen muss. Deswegen haben sich alle Konferenzteilnehmerinnen und Teilnehmer dafür ausgesprochen, den Prozess in die nächste geplante und vierte Phase zu führen.

Diese Phase sieht zuerst vor, bei Bedarf die Ergebnisse der Konferenz erneut in bilateralen Arbeitsgruppen zwischen den Initiativen der Mieterinnen und Mieter und der ProPotsdam aufzuarbeiten. Dies findet im Laufe des Juni 2015 statt.

Kernstück der vierten Phase ist ein Runder Tisch, der alle Beteiligten nebst Stadtverwaltung (Fachbereich Wohnen, Stadterneuerung, Stadtentwicklung) sowie Stadtverordnete zusammenbringt und die vertiefende Diskussion insbesondere strittiger Punkte ermöglicht sowie die Frage stellt, wie die Ergebnisse des Prozesses in die politische Beschlussfassung überführt werden können.

Der Runde Tisch ist für Samstag, den 04. Juli 2015 vorgesehen und wird gegenwärtig vorbereitet. Eine Mitwirkung insbesondere der zuständigen Fachbereiche und der Stadtverordneten ist dabei unerlässlich.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Keine

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Die inhaltlichen Gegenstände des Runden Tisches ergeben sich aus den Ergebnissen der Konferenz vom 30.05.2015 und können in der entsprechenden Dokumentation (siehe Anhang - Dokumentation) eingesehen werden. Im Folgenden sollen lediglich einige Kernpunkte skizziert werden:

1. Behlert-Gutenberg-Karree:

Vor dem Hintergrund, dass das Karree in keinerlei Förderkulisse liegt, haben die Initiative und ProPotsdam den Ansatz einer kostenverminderten Instandsetzung bei zeitgleicher Unterstützung des Vorhabens seitens der Mieterinnen und Mieter entwickelt. Da die ProPotsdam in dieser Hinsicht über keine Vorerfahrung verfügt und eine Sanierung im Bestand aus Eigenmitteln heraus Risiken birgt, möchte die ProPotsdam zuerst nur einen der drei Wohnblöcke der Siedlung – den Mittleren – in Form eines Pilotprojektes Instandsetzen.

Die Mieterinnen und Mieter stellen hierbei die Forderung auf, dass verbindlich geregelt wird, wie nach der Instandsetzung die Mieten gestaltet werden. Hierzu schlagen sie ein sogenanntes Drittel-Modell vor (siehe hierzu Anhang-Dokumentation, Tisch Behlert-Gutenberg-Karree). Hierzu hat die ProPotsdam ebenfalls Vorschläge unterbreitet, die sich unter anderem um Kappungsgrenzen nach Einkommen und Wohnungsgröße richten. Ebenfalls ist die Frage zu erörtern, wie die LHP durch das Mittel von Belegungsbindungen aus den verfügbaren Pools heraus hier einwirken kann.

Außerdem fordert die Initiative einerseits ein, dass bei Erfolg des Pilotprojektes die Übertragung auf die anderen beiden Wohnblöcke des Karrees verbindlich geregelt wird. Andererseits wird eingefordert, dass im Falle eines Scheiterns des Pilotprojektes eine Regelung gefunden wird, die die Veräußerung der anderen beiden Wohnblöcke verhindert. Hierzu wurden auf der Konferenz unterschiedliche Ansätze erörtert, wobei sich die ProPotsdam die Teilveräußerung in Falle eines nicht erfolgreichen Pilotprojektes als Alternative vorbehält. In dieser Hinsicht verweist die Initiative auf einen anders lautenden Beschluss der SVV (DS 13/SVV/ 0493).

Zudem ist zu klären, wie die Kooperation bei der angestrebten Umsetzung des Pilotprojektes zwischen der ProPotsdam und der Initiative sowie den Mieterinnen und Mietern vor Ort geregelt werden kann. Es ist dabei hervorzuheben, dass die im Rahmen eines informellen Beteiligungsverfahrens beratenen Eckpunkte nicht in die individuellen mietrechtlichen Verhältnisse zwischen ProPotsdam und Mietparteien eingreifen können. Und das die Initiative vor Ort keine formal juristische Person darstellt und daher auch nicht in einem justitiablen Sinne „in die Pflicht“ genommen werden kann. Dieser Widerspruch sollte in einer Beschlussfassung berücksichtigt werden.

2. Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße:

Im Hinblick auf diese beiden Siedlungen ist festzustellen, dass sie jeweils in Förderkulissen liegen und die ProPotsdam davon ausgeht, dass Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Daher sollen die Siedlungen mittelfristig den Förderrichtlinien entsprechend saniert werden. Hier steht im Mittelpunkt der Beratung einerseits die genaue Umsetzung der Sanierung, wobei etwa Fragen nach ökologischen Aspekten, der Notwendigkeit von Balkonen und der weiteren Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter aufgerufen werden. Andererseits stellen die Initiativen die Frage nach der Umsetzung der durch die Förderung entstehenden direkten und mittelbaren Belegungsbindungen und der Art und Weise, wie die ProPotsdam in Abstimmung mit der zuständigen Fachverwaltung dies Handhaben wird. Ziel ist dabei die Erhaltung des sozialen Milieus vor Ort mit einem Schwerpunkt auf dem Schutz der Bestandsmieterinnen und -mieter vor Verdrängung und der langfristigen Gewährleistung einer sozialen Durchmischung vor Ort.

Grundsätzlich lässt sich also festhalten, dass der Runde Tisch am 4. Juli 2015 sich in erster Linie mit der Diskussion der akuten Problemlagen in der Wohnsiedlung Behlert-Gutenberg-Karree und der Frage nach dem Umgang mit Belegungsbindungen in allen drei Siedlungen beschäftigen wird.

Derzeit ist geplant, die Ergebnisse des Runden Tisches bereits im Hauptausschuss am 8. Juli 2015 als Mitteilung der Verwaltung vorgestellt werden und so in eine entsprechende Diskussion der SVV gebracht werden. In welcher Form dies angesichts der kurzen Frist zwischen Runden Tisch und Sitzung des Hauptausschusses am besten geschehen kann, wird im laufenden Prozess zu klären sein.

Anlage

Dokumentation

Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg- Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße

Beratschlagender Beteiligungsprozess

– Dokumentation –

**03.Mai 2015, 13:00 bis 18:00 Uhr
Fachhochschule Potsdam (Alter Markt)
Friedrich-Ebert-Straße 4, Großer Hörsaal und Foyer
14467 Potsdam Ort**

Inhalt

Prozessverantwortliche	2
Prozessbeteiligte	2
Impressum.....	2
Für Eilige - Zusammenfassung	3
Zur Beteiligung	4
Hintergrund, Ablauf und Ziele des Prozesses	4
Prozessablauf	5
Bekanntmachungsstrategie	6
Format und Methodik der Konferenz	6
Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Veranstaltung	8
Initiative „Miete Schön – Fair wohnen in Potsdam“	8
ProPotsdam	10
Tisch Behlert-Gutenberg-Karree.....	11
Zentrale Problemstellungen	11
Redebeitrag der Initiative „Miete Schön: Behlert-Gutenberg-Karree“	11
Entwurf des Eckpunktepapiers zur Zukunft des Behlert-Gutenberg-Karrees	14
Fragen, Antworten und Diskussionsbeiträge	17
Tisch Brauhausberg/Einsteinstraße.....	19
Zentrale Problemstellungen	19
Entwurf des Eckpunktepapiers zur Zukunft der Wohnsiedlung Brauhausberg	19
Fragen, Antworten und Diskussionsbeiträge	23
Tisch Großbeerenstraße/Grünstraße	25
Zentrale Problemstellungen	25
Fragen, Antworten und Diskussionsbeiträge	26
Erörterung im Plenum.....	28
Inhaltliches Fazit der Konferenz.....	28
Stellungnahmen zum Beteiligungsprozess	29
Wie geht es weiter?	30
Die Beteiligung in Zahlen	30
Anhang 1: DS 13/SVV/0493.....	31
Anhang 2: Einladungsschreiben.....	31
Anhang 3: Präsentationen.....	31

Prozessverantwortliche

Das Beteiligungsverfahren wurde von der WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam begleitet und unterstützt. Der vorliegende Bericht über die Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen wurde ebenfalls von der WerkStadt für Beteiligung erstellt.

WerkStadt für Beteiligung (mitMachen e.V.)

Kay-Uwe Kärsten
kay@mitmachen-potsdam.de
Tel. 0176 666 50 849

WerkStadt für Beteiligung (Verwaltungsinternes Büro)

Nils Jonas
buergerbeteiligung@rathaus.potsdam.de
Tel. 0331 / 289 – 1055

Prozessbeteiligte

Initiative „Miete Schön“
Initiative „Miete Schön: Behlert-Gutenberg-Karree“
Initiative „Miete Schön: Brauhausberg/Einsteinstraße“
Initiative „Miete Schön: Großbeerenstraße/Grünstraße“
ProPotsdam GmbH
Zuständige Fachverwaltung
Stadtverordnetenversammlung

Impressum

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
WerkStadt für Beteiligung
Projektleitung und Redaktion: Kay-Uwe Kärsten, Nils Jonas
Potsdam, Juni 2015

Für Eilige - Zusammenfassung

Am 30. Mai 2015 fand in der Fachhochschule Potsdam (Alter Markt) im Großen Hörsaal und im Foyer die Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße statt. Der gesamte Dialogprozess ist ein beratendes Beteiligungsverfahren (deliberatives Verfahren) zwischen den Initiativen der Mieterinnen und Mieter der drei Wohnsiedlungen und dem kommunalen Wohnungsunternehmen ProPotsdam sowie der zuständigen Fachverwaltung und den Stadtverordneten.

Hintergrund des Verfahrens ist, dass nach einem langjährigen Restitutionsverfahren die benannten Wohnsiedlungen in das Eigentum der ProPotsdam übergegangen sind. Diese Siedlungen befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand, sodass kurzfristig tragfähige Lösungen zur Sanierung der Gebäude gefunden werden müssen. Die langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner und die ProPotsdam müssen nun – angesichts der angespannten Lage auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt und den damit verbundenen Entwicklungen der Mietpreise – Möglichkeiten für eine bedarfsgerechte, sozialverträgliche und finanziell tragbare Sanierung beratschlagen.

Die Konferenz am 30. Mai 2015 hatte das Ziel, die bereits entstandenen Ergebnisse in offenen Gesprächen vorzustellen und vertiefend zu diskutieren. Zudem wurden gezielt die Stadtverordneten eingebunden, um diese über den aktuellen Stand des Prozesses zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, erste Einschätzungen zu den unterschiedlichen Positionen der Prozessbeteiligten abzugeben. Hiermit sollte ein Grundstein für die Übertragung der Prozessergebnisse in die politische Diskussion und schließlich Beschlussfassung gelegt werden. Zudem diente die Konferenz dem Zweck gemeinsam mit den Prozessbeteiligten und den Stadtverordneten die Fortsetzung des Prozesses zu beraten.

Der Ablauf der Konferenz gliederte sich in drei Blöcke. Im ersten Teil wurde der aktuelle Arbeits- und Diskussionsstand von den drei Initiativen der Wohnsiedlungen sowie von der ProPotsdam präsentiert. Daraufhin folgten in einem zweiten Block vertiefende Gesprächsrunden an drei separaten Tischen zu den Wohnsiedlungen. Nach jeweils 30 Minuten bestand für die Stadtverordneten sowie alle weiteren Interessierten die Möglichkeit den Tisch zu wechseln, um an allen drei „Siedlungstischen“ gleichermaßen teilnehmen zu können. Das Ende der Konferenz bildete ein Abschlussgespräch im Großen Hörsaal. Alle anwesenden Stadtverordneten sowie die Initiativen und ProPotsdam fanden sich in einer Runde vor dem Publikum zusammen und gaben eine abschließende Stellungnahme zum Verlauf des Gesamtprozesses und der Konferenz ab.

Anschließend fand ein Pressegespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Presse statt, zu dem die Initiativen und die ProPotsdam den gleichen Zugang fanden. Dies resultierte in der einschlägigen Berichterstattung in MAZ und PNN vom 01.06.2015.

Insgesamt haben 68 Personen an der Veranstaltung am 30. Mai 2015 teilgenommen, davon waren 8 Stadtverordnete der Landeshauptstadt Potsdam vor Ort.

Zur Beteiligung

Hintergrund, Ablauf und Ziele des Prozesses

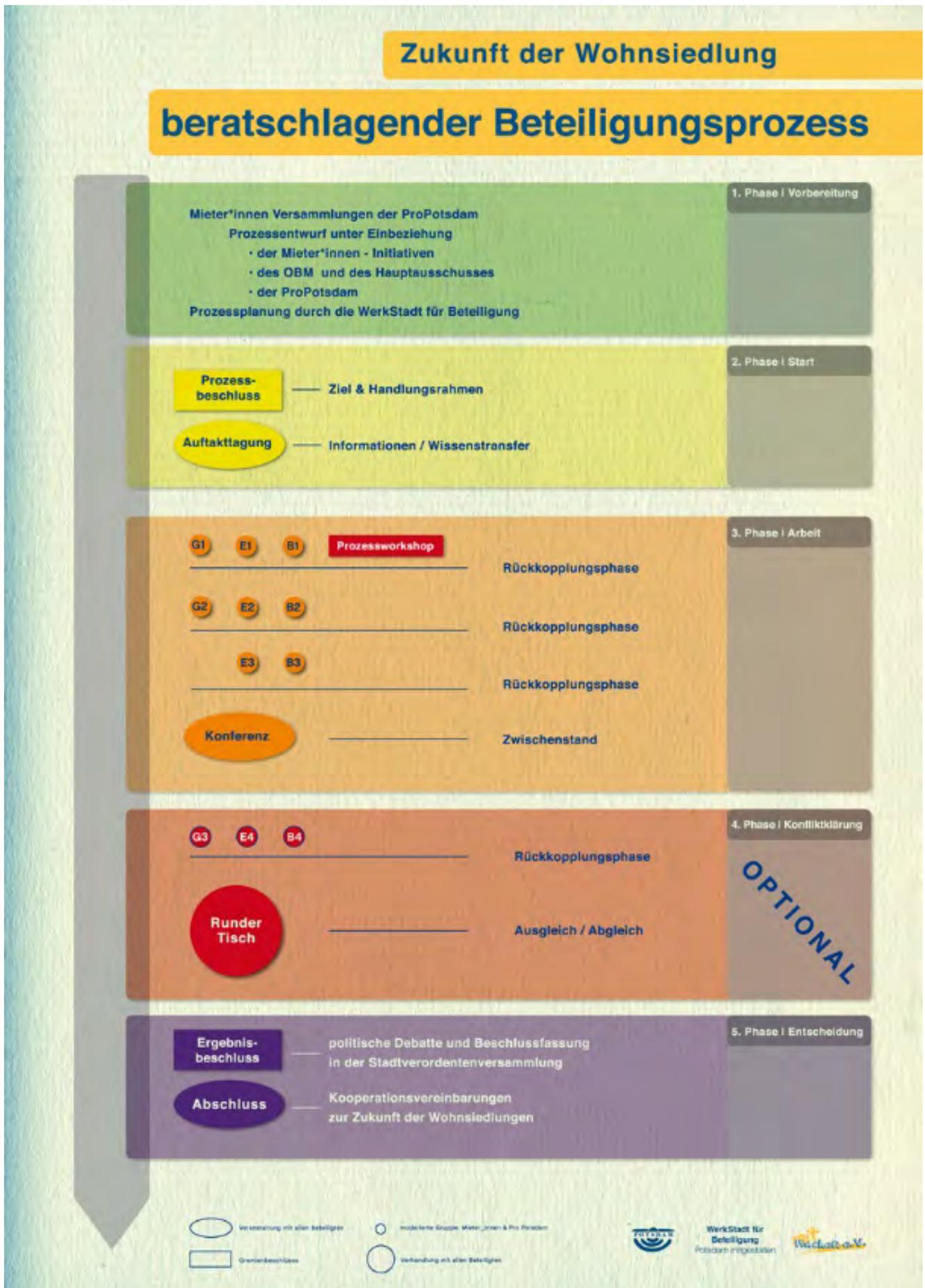
Nach einem langjährigen Restitutionsverfahren sind die Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße endgültig in das Eigentum der ProPotsdam übergegangen. Alle drei Siedlungen befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand, sodass Entscheidungen über die Zukunft der Wohnsiedlungen getroffen werden müssen.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass der Wohnungsmarkt in Potsdam bekanntlich angespannt ist und dass die Mieten in den drei in Rede stehenden Wohnsiedlungen aufgrund des bisher vergleichsweise niedrigen Standards innerhalb der Potsdamer Relationen sehr niedrig sind. Deswegen haben sich hier zum großen Teil Haushalte angesiedelt, die aufgrund ihrer jeweiligen Einkommenssituation bei der Mietentscheidung gezielt auf die niedrigen Mietsätze abgestellt haben. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Stadtverordnetenversammlung in der anliegenden Sache mit der Drucksache 13/SVV/0493 bereits Entscheidungen gefällt haben.

Aufgabe des deliberativen, also beratenden Beteiligungsprozesses ist es, gemeinsam mit der ProPotsdam, den Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten über Möglichkeiten zu beratschlagen, wie angesichts der angespannten Lage auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt und den damit verbundenen Entwicklungen der Mietpreise eine Instandsetzung oder Modernisierung der Wohnsiedlung sozialverträglich gestaltet werden kann. So soll die entsprechende politische Diskussion und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung um eine breite Informationsbasis sowie die klar artikulierten Positionen der Prozessbeteiligten bereichert werden.

Die Initiativen sind in der Arbeitsphase des Prozesses zuerst mit der ProPotsdam in einen von der WerkStadt für Beteiligung betreuten beratenden Dialog eingetreten. Im Oktober 2014 wurde als Vorbereitung dafür eine Tagung für alle Beteiligten durchgeführt. Hier sollte insbesondere den Bewohnerinnen und Bewohnern durch unabhängige Expertinnen und Experten ein Überblick über verschiedene Aspekte und Rahmenbedingungen im Sanierungsverfahren vermittelt werden. Dabei standen Fragestellungen im Mittelpunkt, die die Bewohnerinnen und Bewohner äußerten. Daraufhin bildeten sich Arbeitsgruppen zu den jeweiligen Siedlungen, in denen auf mehreren Treffen über Möglichkeiten zum bevorstehenden Sanierungsvorhaben diskutiert wurde. ProPotsdam-Vertretungen und Vertretungen der Initiativen entwickelten in den Arbeitsgruppentreffen erste Lösungsansätze und arbeiteten unterschiedliche Auffassungen heraus. Diese wurden bis zum jetzigen Stand für das Behlert-Gutenberg-Karree und die Einsteinstraße/Brauhausberg in Form von Eckpunktepapieren entwurfsartig festgehalten. Die in den Arbeitsgruppen entstandenen Ergebnisse galt es in der Konferenz am 30. Mai 2015 vertiefend zu diskutieren und in einem offenen Gespräch weiterzuentwickeln. Dabei sollen vor allem die Stadtverordneten in die Beratschlagung einbezogen werden, umso die nächste Phase des Prozesses, die Klärung, vorzubereiten. In dieser nächsten Phase sollen in einem intensiven Dialog zwischen allen Beteiligten und den Stadtverordneten die offenen und strittigen Punkte aus dem bisherigen Dialog aufgegriffen und bearbeitet werden.

Prozessablauf



Bekanntmachungsstrategie

Hauptzielgruppen für das beratende Beteiligungsverfahren sind einerseits das kommunale Wohnungsunternehmen ProPotsdam und andererseits die Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner sowie alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner der drei Siedlungen. Andererseits stand im Rahmen der Konferenz die Einbindung der Stadtverordneten im Vordergrund.

An die ProPotsdam wurden Einladungen per Mail versendet, die sie daraufhin in ihren eigenen Reihen weitergeleitet haben. Bewohnerinnen und Bewohner wurden per Hauspost über die Veranstaltung informiert und dazu eingeladen. Zusätzlich gab es in Zusammenarbeit mit den Initiativen Aushänge in allen Aufgängen der Siedlungen. Über interne E-Mail-Verteiler wurde die Einladung ebenfalls bekannt gemacht.

Die Stadtverordneten wurden über ihre Fraktionen mit einem separaten Anschreiben von der WerkStadt für Beteiligung eingeladen, unterstützend haben auf der Einladung ProPotsdam und Initiativen für eine rege Teilnahme geworben. Zudem wurde von der WerkStadt für Beteiligung telefonisch bei den Fraktionen angefragt.

Die Presse wurde über einen Mail-Verteiler für ein Gespräch im Anschluss an die Veranstaltung eingeladen.

Format und Methodik der Konferenz

Die Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen wurde als beratendes Beteiligungsverfahren ausgerichtet. Sie fand in der Fachhochschule Potsdam (Alter Markt), Großer Hörsaal und Foyer am 30.05.2015 von 13:00 bis 18:00 Uhr statt.

ProPotsdam, die Initiativen „Miete Schön – Fair wohnen in Potsdam“, die Initiativen der Wohnsiedlungen sowie die Stadtverordneten von Potsdam wurden zur Konferenz „Zukunft der Wohnsiedlungen“ eingeladen.

Ziel der Veranstaltung war der diskursive Austausch über die Möglichkeiten der Sanierungen der Wohnsiedlungen unter Berücksichtigung der dort gegebenen Miet- und Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Ergebnisse aus vorherigen Veranstaltungen des Beteiligungsprozesses, wie etwa der Tagung im Oktober 2014 und den Arbeitsgruppen, wurden nun im Rahmen der Konferenz den eingeladenen Stadtverordneten präsentiert und zur Diskussion gestellt. Hierfür wurde die Veranstaltung in drei Phasen gegliedert:

1. Begrüßung und Präsentationen der Initiativen sowie der ProPotsdam

Dieser Teil der Veranstaltung fand in der Zeit zwischen 13:00 – 14:30 Uhr im Großen Hörsaal der Fachhochschule statt. Alle drei Initiativen bekamen die Möglichkeit ihr Anliegen sowie den aktuellen Stand der Dinge in Form von Präsentationen darzustellen. Daraufhin präsentierte auch die ProPotsdam ihren Status Quo und nahm dabei Bezug auf alle drei Wohnsiedlungen.

2. Gesprächsrunden zu den drei Wohnsiedlungen

Die Gesprächsrunden fanden in Form einer Aquariums-Diskussionstechnik statt. Das heißt: Um einen Tisch herum wurden 12 Sitzplätze in einem sogenannten inneren Sitzkreis bereitgestellt. 4 Plätze für Stadtverordnete, 2 für die Vertretung der ProPotsdam, 2 für die Vertretung der Initiativen und 4 weitere freie Plätze. In einem äußeren Sitzkreis gab es weitere

zahlreiche Sitzplätze, auf denen Personen Platz nehmen können, um der Diskussion am Tisch zuzuhören. Diese können sich jederzeit auf einen der freien Plätze im inneren Kreis setzen und mitdiskutieren. Nachdem sie ihren Beitrag beendet haben, setzen sie sich wieder nach außen, um den Platz für den nächsten frei zu machen.

Diese Form der Gesprächsrunden wurde an drei Tischen zu den jeweiligen Siedlungen im Foyer der Fachhochschule durchgeführt. Insgesamt wurden 1,5 Stunden dafür eingeplant. Nach jeweils 30 Minuten bestand für die Stadtverordneten sowie alle weiteren Interessierten die Möglichkeit, den Tisch zu wechseln. Vor allem für die Stadtverordneten ist der Wechsel während der zweiten Phase der Veranstaltung von Bedeutung, da sie möglichst über alle Diskussionsinhalte der verschiedenen Siedlungen informiert werden und sich mit ihren Einschätzungen und Positionen einbringen sollten. Diese Gesprächsmethode verspricht einen angeregten Austausch zu den offenen Fragen und Diskussionspunkten. Jede und jeder erhält die Möglichkeit, sich mit Redebeiträgen einzubringen und in die Diskussion einbezogen zu werden.

3. Abschlussrunde

Die Abschlussrunde wurde von 17:00 – 18:00 Uhr mit den Stadtverordneten sowie den Vertretungen der Initiativen und der ProPotsdam in einem Gesprächskreis im Großen Hörsaal durchgeführt. Mit dieser Abschlussrunde sollten Statements der Stadtverordneten über den bisherigen Beteiligungsprozess sowie Empfehlungen zum weiteren Vorgehen eingeholt werden. Der Moderator stellte die Fragen in die Runde, woraufhin allen vorn sitzenden Vertreterinnen und Vertretern nacheinander ein Redebeitrag zugesprochen wurde.

4. Pressegespräch

Im Anschluss an die Konferenz bestand die Möglichkeit für ein Pressegespräch. Dafür wurde einer der Tische aus den Gesprächsrunden im Foyer genutzt, sodass Presse, ProPotsdam und Bewohnerinnen und Bewohner in einen fairen Austausch treten konnten.

Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Veranstaltung

Nachfolgend werden die Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Konferenz vorgestellt. Zuerst wurden im Plenum die Positionierungen der Prozessbeteiligten vorgenommen. Zu den Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße wurde dann an drei separaten Thementischen der Status Quo und die Ergebnisse der vorherigen Beteiligungsphasen aufgegriffen und diskutiert. Schließlich wurde im Plenum durch die Beteiligten ein erstes Fazit gezogen und der weitere Prozess verabredet.

Initiative „Miete Schön – Fair wohnen in Potsdam“

Nach vielen Jahren voller Unsicherheit bezüglich möglicher Sanierungs- und Verkaufspläne in den drei vertretenen Siedlungen, entstanden nach der Entscheidung in den Restitutionsverfahren unabhängig voneinander die jeweilige BürgerInneninitiativen. Im Rahmen der einzelnen Beteiligungsprozesse mit der Pro Potsdam kam es dann zu einem ersten Erfahrungsaustausch zwischen den drei Initiativen. Als Fazit dieser Gespräche stellte sich schnell heraus, dass die BewohnerInnen von ähnlichen Erfahrungen, aber auch von ähnlichen Ängsten und Wünschen berichteten. So entstand schnell der Entschluss auch zukünftig zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen zu wollen. In Folge des weiteren gemeinsamen Austausches kam es schließlich zur Entstehung der Initiative „Miete Schön - Fair wohnen in Potsdam“.

Die Initiative „Miete Schön“ positioniert sich mit dem vorliegenden Positionspapier als Zusammenschluss der drei Wohnsiedlungen Am Brauhausberg/ Einsteinstraße, Großbeeren-/Grünstraße und Behlert-/Gutenbergstraße, in der sich Mieterinnen und Mieter aus den Siedlungen organisiert haben, um im Angesicht der anstehenden Sanierungen der Siedlungen ihre Interessen zu vertreten. Die Initiative strebt eine Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam und dem kommunalen Wohnungsunternehmen Pro Potsdam an und lässt sich dabei von den folgenden grundsätzlichen Zielstellungen leiten:

1. Kommunalen Wohnungsbestand erhalten

Die Initiative spricht sich für den Erhalt der drei Wohnsiedlungen als kommunales Angebot für Wohnraum aus.

Als Negativbeispiel ist an dieser Stelle Dresden anzuführen. Hier kam es 2006 zu einem der größten Verkäufe eines kommunalen Wohnungsunternehmens. Dabei blieben die erhofften positiven Effekte aus, was blieb, war ein Anstieg der Verschuldungsquote und in Folge dessen erhebliche Defizite in der Stadtentwicklung. Im Nachhinein wurde daher sogar die Neugründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft diskutiert. Die Initiative vertritt die Auffassung, dass Potsdam diesem Beispiel in keinem Fall folgen darf!!

2. Sozialverträgliche Wohnräume erhalten und schaffen

Die Initiative ist der Auffassung, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Verantwortung trägt auch in der Innenstadt und Babelsberg dauerhaft sozialverträglichen Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Dabei sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dauerhaft eine größtmögliche Anzahl von Wohnungen mit einer maximalen Miete nach dem sozialgesetzlich festgelegten Kosten für Unterkunft zu sichern.

Dies ist nicht nur ein regionales, sondern ein überregionales, ja sogar deutschlandweites Problem. Dabei besteht auch in Potsdam starker Handlungsbedarf, wie unter anderem die BürgerInnenbefragung der Stadt Potsdam „Leben in Potsdam 2014“ zeigt. In dieser Umfrage bewerteten lediglich 6,2 % der befragten BürgerInnen die Aussage, dass Potsdam eine sozial-gerechte Stadt ist, mit völlig zutreffend. 60,9% (!) der befragten BürgerInnen stufen diese Aussage dahingegen als weniger oder überhaupt nicht passend ein (Vgl. S. 26). Dies ist gerade bei der generell sehr positiven Antworttendenz der Befragung ein sehr prägnantes Ergebnis. Vor allem, da das Thema sozial-gerechte Stadt durch die BürgerInnen als sehr wichtig erachtet wird. In der gleichen Studie ist ersichtlich, dass gerade MieterInnen unter 30 Jahren und RentnerInnen besonders betroffen sind, da diese Personengruppen im Durchschnitt über das geringste Einkommen verfügen (Vgl. S 16). Daher fordert die Initiative, dass sich Sanierungen und Modernisierungen am tatsächlichen Bedarf der Mieterschaft orientieren und nicht vorrangig auf lukrative Neuvermietung ausgerichtet sein sollten.

3. Keine Verdrängung von AltmietlerInnen

Es ist grundsätzlich sicherzustellen, dass alle AltmietlerInnen der drei Wohnsiedlungen insbesondere nach der Sanierung, aber auch davor, vor Ort wohnen bleiben können. Die soziale Durchmischung in den Siedlungen soll erhalten bleiben, um so der bereits stattfindenden Verdrängung finanzschwacher Haushalte an die Ränder der Stadt entgegenzuwirken.

Um die Gefahr der Verdrängung finanzschwacher Haushalte auch in den drei Wohnsiedlungen deutlich zu machen, ist an dieser Stelle anzumerken, dass der übermittelte, angepeilte Mietzins der Pro Potsdam für viele MieterInnen eine Verdoppelung des aktuellen Mietpreises bedeutet. Dies bedingt die Verdrängung bzw. den Auszug von MieternInnen mit geringem Einkommen. Einen Hinweis auf diese Problematik findet sich ebenfalls in der oben genannten BürgerInnenbefragung, in der „Wohnen“ als zweitgrößtes Problem in Potsdam benannt wurde (Vgl. S.23). In diesem Zusammenhang werden vor allem die zu hohen Mieten bemängelt (Vgl. S.24). Dieser Trend muss gestoppt werden!!

4. Leerstehende Wohnungen vermieten

In Anbetracht der angespannten Lage des Potsdamer Wohnungsmarktes vertritt die Initiative die Haltung, dass von unbegründetem Leerstand grundsätzlich abzusehen ist und alle verfügbaren Wohnungen so schnell wie möglich dem sozialen Wohnungsmarkt zuzuführen sind

Der Leerstand von Wohnungen der Pro Potsdam beträgt laut der Zufriedenheitsbefragung 2013 der Pro Potsdam lediglich 0,8%. Dieser ist in den hier vertretenen Wohnsiedlungen bedeutend höher. Nach eigenen Erhebung beträgt der Leerstand in der Siedlung am Brauhausberg aktuell etwa 10%, in der Siedlung Grünstraße/Großbeerenstraße ca. 20% und im Behlertkarree sogar 30%, sodass hier extra Sicherheitsdienst zum Schutz der leer stehenden Wohnungen engagiert wurde. Dabei fehlt es vor allem an preiswertem Wohnraum, wie auch der Wohnungsmarktbericht 2012 der Stadt Potsdam zeigt. Schon 2012 konnten 47,6% des Wohnungsbedarfs für Suchende mit WBS nicht gedeckt werden.

5. Einbeziehung der MieterInnen in Fragen der Sanierung

Die MieterInnen der drei Wohnsiedlungen sollen bei grundsätzlichen und individuellen Fragen der Sanierung und Gestaltung ihrer Wohnsiedlungen mitbestimmen. Dabei streben die MieterInnen eine langfristig sinnvolle ökologische Sanierung an. Hier verweist die Initiative auf die Ziele zum Klima- und Umweltschutz der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Pro Potsdam und fordert die Verantwortlichen auf, sich neuester Erkenntnisse und Methodiken zu bedienen. Zudem sollen gemeinsam mit den MieterInnen Konzepte zu Kosteneinsparungen und Sanierung erörtert werden.

Schließlich geht es nicht um leer stehende Blöcke, sondern um das Zuhause und somit auch um das Leben von Menschen, auf deren Anliegen und Bedürfnisse selbstverständlich zu achten ist. Den MieterInnen ist in diesem Zusammenhang vor allem das ökologische, energetische Sanieren wichtig, also zum Beispiel die Nutzung von ökologischen Bau- und Dämmstoffen sowie die Nutzung des Grauwassers.

6. Erhalt des jetzigen Charakters der Außenanlagen

Die gemeinschaftsfördernde Gestaltung der Außenanlagen ist im Sinne eines sozialen und gemeinschaftlichen Lebensraums bei einer Neugestaltung zu berücksichtigen. Dabei sind der vorhandene Baumbestand zu schützen und unversiegelte Flächen zu schonen.

Die Außenanlagen bieten einen wichtigen Raum für das gesellschaftliche Leben und die Pflege von nachbarschaftlichen Kontakten. Zudem dienen sie der Erholung und Gesundheitsförderung, was gerade in Anbetracht des Klimawandels und der zunehmenden Versiegelung von städtischen Flächen auch zukünftig an Relevanz gewinnen wird.

Die dargestellten Themen stellen die gemeinsamen Standpunkte der drei Bürgerinitiativen dar, die sich auch als roter Faden durch Arbeit der einzelnen Initiativen zieht. Wir möchten betonen, dass die gemeinsame Arbeit auch zukünftig unter dem Bündnis „Miete Schön“ fortgeführt und erweitert werden soll, da an einigen Stellen bereits Interesse an einer Mitarbeit oder Unterstützung aus anderen Siedlungen an die Initiative herangetragen wurde, was den Bedarf einer BürgerInneninitiative bestätigt.

Was das konkret für die einzelnen Siedlungen bedeutet und was bis dato in den jeweiligen Beteiligungsprozessen erarbeitet wurde, kann den einzelnen Darstellungen der drei Siedlungen entnommen werden.

ProPotsdam

Den Beitrag der ProPotsdam finden Sie als Anhang im Abschnitt Präsentationen in Form der vorgestellten Präsentationsfolien.

Tisch Behlert-Gutenberg-Karree

Zentrale Problemstellungen

- Wie kann das Pilotprojekt in einem Block des Behlert-Gutenberg-Karrees auch auf die anderen beiden Blöcke übertragen werden? Wie geht man mit den beiden anderen Blöcken um, wenn das Pilotprojekt scheitert? Wie geht man mit dem Vorhaben der ProPotsdam um, im Falle eines Scheiterns einen Teilverkauf der Siedlung anzustreben?
- Wie gestalten sich die Mieten nach der Instandsetzung? Gibt es hier verbindliche Zusagen oder Modelle, wie die Mieten gestaltet werden sollen und wie lassen sich die Mieten möglichst gering und dauerhaft stabil gestalten? Wie können sich Mietpreis und Belegungsbindungen gestalten lassen?
- Wie können die Mieterinnen und Mieter sowie deren Initiative in die Umsetzung des Pilotprojektes fair einbezogen werden? Und wie erreicht man eine gegenseitige Verbindlichkeit zwischen der Initiative und der ProPotsdam ohne dabei die Initiative in eine hauptverantwortliche Rolle zu drängen, die diese nicht wahrnehmen kann?

Redebeitrag der Initiative „Miete Schön: Behlert-Gutenberg-Karree“

Die BürgerInneninitiative „Miete Schön Behlert-Gutenberg-Karree“ vertritt 131 Wohneinheiten in Potsdamer Stadtmitte. Die Bewohnerstruktur ist geprägt durch eine generations- und einkommensübergreifende soziale Durchmischung, dort wohnen also nicht nur Studenten, WG's und Alleinstehende sondern auch viele Paare, Rentner und Familien mit Kindern. Die Siedlung zeichnet sich besonders durch gewachsene, feste nachbarschaftliche Strukturen aus, da nicht wenige Mieter dort seit mehr als 10 oder sogar 40 Jahren wohnen und dementsprechend fest sozialisiert und verwurzelt sind.

Seit etwa drei Jahren existiert die BürgerInneninitiative als ständige Vertretung der Bewohner. Dabei zählt, neben der Organisation von Events wie Hoffesten und Informationsveranstaltungen für die Bewohner, die Kommunikation und Kooperation mit verantwortlichen Akteuren zu deren Hauptaufgabe. Ein erster Erfolg in der Arbeit der Initiative konnte bereits mit der Verhinderung des Ausbaus der Behlertstraße erreicht werden. Nach über 25 Jahren in unsicherer Wohnsituation durch unkonkrete Sanierungs- und Verkaufspläne, ist seit etwa einem Jahr die Eigentümerschaft geklärt und seit wenigen Wochen liegen der Initiative erste Informationen zu einem Pilotprojekt vor, in dem ein Block mit 30 Wohnungen „probesaniert“ werden soll. Es zeigen sich also auch hier erste Anzeichen für konkrete Planungen. Die BürgerInneninitiative steht einer Instandsetzung der Blöcke generell offen und gesprächsbereit gegenüber, allerdings gibt es natürlich bestimmte Ziele, die die Bewohner verfolgen und die hier durch die Bürgerinitiative dargestellt und vertreten werden sollen.

Die Initiative fordert:

- **Kein Verkauf und Keine Genossenschaftsgründung**

Diese Forderung, speziell gegen einen Verkauf oder Teilverkauf des Areals, entspricht dem bestehenden Stadtverordneten Beschluss vom 6.11.2013. Wir fordern, dass dieser unbedingt in Kraft bleiben muss, da nur durch kommunalen Wohnungsbestand auch langfristig eine Einflussnahme auf den Wohnungsmarktbestand gewährleistet werden kann.

- **Erhalt der sozialen Durchmischung für das gesamte Karree**

In diesem Zusammenhang hat die Initiative ein Drittelmodell vorgeschlagen. Dabei sollen ein Drittel der Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsschein gesichert werden, ein Drittel der Wohnungen sowohl für Bestands- als auch für Neumieter zu erschwinglichen Preisen (auch für Personen, die knapp über Transferleistungsgrenze liegen) angeboten werden und das verbleibende Drittel kann, als Zugeständnis der BürgerInneninitiative, für Neuvermietung zur Verfügung stehen.

- **Aktuellem Leerstand der Wohnsiedlungen entgegenwirken**

Der Leerstand in der Siedlung steigt immer weiter. Mittlerweile stehen über 35 Wohnungen leer, was nicht nur unnötige Kosten verursacht, z.B. durch fehlende Mieteinnahmen und einen eigens engagierten Sicherheitsdienst zum Schutz der leeren Wohnungen auf Seiten der Pro Potsdam, aber auch durch höhere Heizkosten für die MieterInnen durch die dauerhaft unbeheizten Wohnungen. Vor allem fehlt aber dringend benötigter Wohnraum! In diesem Zusammenhang fordert die Initiative ebenfalls einen Stopp der Verdrängung von Untermietern nach dem Auszug des Hauptmieters. Daher fordern wir eine verbindliche Festlegung des Sanierungszeitraum um eine rechtmäßige Vermietung der Wohnungen wieder zu gewährleisten.

Diese Forderungen sind auch in dem Eckdatenpapier vom 5.5. an verschiedenen Stellen zu finden, welches gemeinsam mit der Pro Potsdam und unter großem Zeitaufwand erarbeitet wurde und in vielerlei Hinsicht aussagekräftig ist. Allerdings kann das Papier in dieser Form durch die Initiative nicht mitgetragen werden.

Dies liegt zum Einen an der Unvollständigkeit, da Punkte wie der oben genannte Leerstand nicht aufgenommen werden konnten und zum Anderem an der Ablehnung des starken Dissens, der zu Beginn formuliert ist und sämtliche Konsenzpunkte ad absurdum führt. An dieser Stelle möchten wir aus dem Eckdatenpapier zitieren:

1. „(...) dass sich die ProPotsdam bei einem Scheitern des (...) beschriebenen Pilotprojektes anderweitige Handlungsoptionen gegen den erklärten Willen der Initiative offen hält – so etwa auch einen Teilverkauf der dann noch unsanierten Wohnblöcke des Karrees.“

Dies spricht nicht nur gegen unsere Forderung gegen einen Verkauf des Areals und somit auch gegen den Stadtverordnetenversammlungs-Beschluss vom 6.11.2013, sondern auch gegen die Forderung eine Lösung für das gesamte Objekt zu finden.

2. „(...) fordert die MieterInnen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree die Stadtverordnetenversammlung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die ProPotsdam für die Umsetzung des (...) bezeichneten Pilotprojektes entsprechende Unterstützung aus dem kommunalen Haushalt erhält.“

Dies sieht die Initiative als Möglichkeit das Risiko eines Teilverkaufs zu minimieren. Leider zeigte die Pro Potsdam auch hier keine Bereitschaft dies mit zu tragen. Daher fordern wir die Stadtverordneten auf: Sie müssen helfen den gesamten bestehenden Wohnraum zu sichern!

An dieser Stelle muss noch einmal ganz klar gesagt werden: ES KANN durch die BürgerInneninitiative KEINE TEILLÖSUNG AKZEPTIERT WERDEN!!

Es besteht absolute Bereitschaft wesentliche Teile des Eckpapiers (Stand 5.5.) anzunehmen, sofern der Dissenz ausgeräumt werden kann. Unser Fazit des bisherigen Beteiligungsprozesses lautet, dass dieser zum jetzigen Zeitpunkt offensichtlich mit den falschen Akteuren geführt wurde. Daher sehen wir die absolute Notwendigkeit ab sofort politische Akteure in den Prozess mit einzubeziehen, da keine Einigung mit der Pro Potsdam in Aussicht ist, wenn stets nur auf wirtschaftlicher Ebene argumentiert wird.

Wir fordern Sie, die Stadtverordneten dazu auf darauf hinzuwirken, dass:

1. Eine verbindliche und gleich lautende Vereinbarung für ALLE Wohneinheiten und Bewohner gefunden wird.
2. Ein Verkauf bzw. Teilverkauf des genannten Areals zur Refinanzierung gemäß dem Stadtverordnetenversammlungs-Beschluss vom 6.11.2013 auszuschließen ist
3. Ein eindeutiges Signal der Stadtverordnetenversammlung zur Bereitschaft der Übernahme unvorhergesehener Sanierungskosten gesendet wird.

Wir appellieren an Sie, unsere gewählten Volksvertreter, den Ausverkauf von Potsdam an private Investoren zu stoppen und soziale Verantwortung für die Stadt und deren Bürger wahrzunehmen.

Auch BürgerInnen mit geringem Einkommen, aber oberhalb der Transferleistungsgrenze müssen geschützt werden, da gerade diese Gruppe der Bestandsmieter gefährdet ist verdrängt zu werden oder bei einem Verbleib in der Siedlung auf HartzIV angewiesen zu sein. Potsdam kann hier eine Vorreiterrolle als soziale Stadt einnehmen!

Wir müssen kommunale Wohnräume für eine soziale und durchmischte Stadt, in der alle sozialen Schichten dauerhaft und in allen Stadtteilen vertreten sind, erhalten, sodass auch junge Menschen die Möglichkeiten haben in Potsdam überhaupt Fuß zu fassen und das Stadtbild nachhaltig prägen zu können.

Zuletzt möchten wir noch über Geschehnisse der letzten Tage informieren.

Vier Tage vor der Konferenz am 30.5. übermittelte die Pro Potsdam der BürgerInneninitiative Behlert-Gutenberg-Karree ein neuen, nicht gemeinsam erarbeiteten und abgesprochenen Entwurf des Eckdatenpapiers. Dies ist nicht nur vom zeitlichen Rahmen her untragbar, da wir, als Interessenvertretung der Bewohner, jede Entscheidung mit diesen auch rückkoppeln müssen, sondern auch inhaltlich absolut inakzeptabel. Mit diesem Papier versucht die Pro Potsdam der Initiative den Status als Interessenvertretung abzuerkennen und in eine Form eines rechtlich bindenden Vertragspartners zu ändern. Das heißt konkret: wenn MieterInnen ihre individuellen Rechte wahrnehmen, wird die BürgerInneninitiative, etwa für ein Scheitern

des Pilotprojektes, mitverantwortlich gemacht. Dies führt nicht nur den gesamten Beteiligungsprozess ad absurdum, sondern macht auch den Entwurf der Pro Potsdam absolut inakzeptabel, da von Beginn an klar kommuniziert wurde, dass wir, als BürgerInneninitiative nicht rechtsbindend agieren können. Dies wurde auch genau so in Präambel festgehalten, indem dort festgehalten wurde, dass kein Eingriff in individuelle mietvertragliche Rechtsbeziehungen möglich ist. Auf dieser Basis ist kein kooperativer Austausch mehr möglich, was wiederum die Notwendigkeit des Einbezugs politischer Akteure unterstützt.

Zum Schluss möchten wir auf ein Zitat von Herrn Jakobs aus der Sitzung des Stadtforums (3.7.2014) verweisen, der über das Behlertkarree sagte:

„ Da wohnen vor allem jüngere Leute für einen schmalen Taler (...). Die sollen dort auch wohnen bleiben können.“

Wir möchten den Oberbürgermeister hier beim Wort nehmen und fordern, dass diesen Worten nun endlich Taten folgen müssen!

Entwurf des Eckpunktepapiers zur Zukunft des Behlert-Gutenberg-Karrees (Stand: 05.05.2015)

*Das vorliegende Papier stellt einen Zwischenstand dar, der durch die Mieter*innen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree und die ProPotsdam in den Sitzungen ihrer Arbeitsgruppe inhaltlich erarbeitet wurde.*

Es wurde zusammengefasst durch die WerkStadt für Beteiligung. Es ist ein Zwischenergebnis und stellt keinen abschließenden Stand dar.

Beide Parteien haben im Nachgang der letzten Arbeitsgruppensitzung in der 3. Prozessphase „Arbeit“ noch deutlichen Veränderungs- und damit weiteren Besprechungsbedarf angemeldet.

*Deswegen kann dieses Papier nur als Orientierung für den weiteren Dialog dienen und repräsentiert weder die abschließende Haltung der Mieter*innen-Initiative noch die der ProPotsdam.*

§1 Präambel

1. Dieses Papier dient dem Zweck, die Ergebnisse des Dialoges zwischen der Mieter*innen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree und der ProPotsdam GmbH im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Zukunft der Wohnsiedlung Behlert-Gutenberg-Karree als Eckpunkte der weiteren Kooperation festzuhalten.
2. Dabei ist klarzustellen, dass diese Vereinbarung nicht in die individuellen mietvertraglichen Rechtsbeziehungen zwischen einzelnen Mieter*innen und der ProPotsdam GmbH eingreift sondern als Absichtserklärung auf einer politischen Ebene beider Akteur*innen zu verstehen ist.

§2 Einvernehmliche Erklärungen

1. Im Einvernehmen bekunden beide Parteien ihren gemeinsamen Willen in der Wohnsiedlungen Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen zu schaffen – etwa in Form von Wohnverbundsystemen, wie sie in der LHP bereits praktiziert werden.

2. Im Einvernehmen erklären beide Parteien ihren Willen bei erfolgreicher Umsetzung des Pilotprojektes – geregelt in §5 – die Eckpunkte dieses Papiers auch auf die anderen Blöcke des Karrees zu übertragen. Dies gilt insbesondere für die in §5 Abs.10-13 geregelten Aspekte.
3. Im Einvernehmen erklären beide Parteien ihren gemeinsamen Willen, sich für dauerhafte Belegungs- und Mietpreisbindungen – wie in §5 Abs. 12 geregelt - im Behlert-Gutenberg-Karree einzusetzen.
4. Da diese Entscheidungskompetenzen aber wesentlich bei der Stadtverwaltung (Bereich Wohnen) und der Stadtverordnetenversammlung liegen, bitten beide Parteien die Zuständigen, um die Einleitung der dafür notwendigen Schritte.

§3 nicht einvernehmliche Erklärungen

1. Die Mieter*innen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree weist die Stadtverordnetenversammlung darauf hin, dass sich die ProPotsdam GmbH bei einem Scheitern des in §5 beschriebenen Pilotprojektes anderweitige Handlungsoptionen gegen den erklärten Willen der Initiative offen hält – so etwa auch einen Teilverkauf der dann noch unsanierten Wohnblöcke des Karrees. Dies würde nach Auffassung der Initiative die Erhaltung und Herstellung sozialverträglicher Mieten im Karree verunmöglichen und wertvollen kommunalen Bestand auflösen.
2. Daher fordert die Mieter*innen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree die Stadtverordnetenversammlung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die ProPotsdam GmbH für die Umsetzung des in §5 bezeichneten Pilotprojektes entsprechende Unterstützung aus dem kommunalen Haushalt erhält. So kann das Risiko eines Teilverkaufs und daraus resultierender sozial nicht verträglicher Mieten im Falle eines Scheiterns des Pilotprojektes verhindert werden.

§4 Konfliktverhütende Kommunikationsstrukturen

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Zukunft der Wohnsiedlung Behlert-Gutenberg-Karree haben sich die Initiative und die ProPotsdam GmbH auf folgende Sachverhalte verständigt.

Es wird vereinbart, dass die Mieter*innen-Initiative auch über den gegenwärtigen Beteiligungsprozess hinaus im gegenseitigen Austausch in den weiteren Sanierungsprozess einbezogen werden. Die Mieter*innen-Initiative und die ProPotsdam GmbH sichern daher zu, dass

1. auch in Zukunft die Möglichkeit für Arbeitsgruppentreffen zwischen den Akteur*innen besteht.
2. über die Email-Adresse der Initiative bei maßgeblichen Entwicklungen zu informieren - inklusive der Möglichkeit für Nachfragen seitens der Initiative. Verantwortlich seitens der ProPotsdam GmbH zeichnet dafür Frau ..., zu erreichen unter der Email-Adresse.
3. die Initiative der ProPotsdam GmbH für Anfragen und Klärung von Sachfragen via Email zur Verfügung steht.

4. Im Falle von Konflikten vorrangig der direkte Austausch zwischen den Akteur*innen gesucht wird.
5. Im Falle des Auftretens einer dritten Gruppe, die unter Umständen weiterführende oder andersgehende Interessen von Mieter*innen im Behlert-Gutenberg-Karree vertritt, ist auch diese in einen kooperativen Prozess einzubeziehen. Hierzu sollte in diesem Falle unter Hinzuziehung der WerkStadt für Beteiligung mindestens eine gemeinsame Arbeitsgruppensitzung mit Vertreter*innen der Initiativen und der ProPotsdam GmbH durchgeführt werden.

§5 kooperative Umsetzung eines Pilotprojektes

Es wird vereinbart, dass die Umsetzung des Pilotprojektes der kostenverminderten Instandsetzung der Aufgänge mit den Nummern 40a, 40b, 40c und 41 in einer engen Kooperation zwischen Mieter*innen-Initiative und der ProPotsdam GmbH erfolgen wird. Die Mieter*innen-Initiative und die ProPotsdam GmbH sichern im Rahmen des Pilotprojektes zu, dass

1. Ende Sommer 2015 die konkrete Planung des Pilotprojektes seitens der ProPotsdam GmbH in einer Arbeitsgruppe mit der Mieter*innen-Initiative vorgestellt und diskutiert wird.
2. als Zielstellung die Umsetzung des Pilotprojektes mit Beginn im November 2015 und Abschluss im Sommer 2016 angestrebt wird.
3. Als Voraussetzung wird definiert, dass erste vorbereitende Mieter*innengespräche seitens der ProPotsdam GmbH ab Juli 2015 angeboten werden und der Freizug der im Pilotprojekt inbegriffenen Wohnungen zu November 2015 komplett abgeschlossen ist.
4. im Rahmen des Pilotprojektes keine Balkone installiert werden und auf Grundrissveränderungen der Wohnung soweit möglich verzichtet wird.
5. die Mieter*innen-Initiative daraufhin wirkt, dass in der Mieter*innenschaft akzeptiert wird, dass im Rahmen der angestrebten Kostensenkungen im Pilotprojekt seitens der ProPotsdam GmbH keine Mieter*innenberatungen und keine Umzugshilfen im Zuge der notwendigen Umsetzungen erfolgen.
6. die Mieter*innen-Initiative soweit möglich Verantwortung für die nachbar*innenschaftliche Organisation der notwendigen Umzugshilfen übernimmt.
7. für die Umsetzungen durch die ProPotsdam GmbH in erster Linie Wohnungen im Behlert-Gutenberg-Karree und in zweiter Linie Wohnungen entweder in der Wohnsiedlung Brauhausberg/Einsteinstraße, der sogenannten Heidesiedlung oder auch der Großbeerenstraße/Grünstraße bereitgestellt werden. Erst in letzter Linie sollen auch andere Wohnungen aus dem Bestand der ProPotsdam GmbH zu Umsetzungszwecken angeboten werden.
8. die Mieter*innen-Initiative bei der Gestaltung der Außenanlagen in Planung und soweit möglich in die Ausführung der Arbeiten einbezogen wird und hierfür auch Verantwortung übernimmt. Hierzu soll zur Klärung des Vorgehens zumindest ein Arbeitstreffen stattfinden.

9. weitere Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Mieter*innen bei den Arbeiten der Instandsetzung geprüft und wenn möglich weitestgehend umgesetzt werden (etwa eigenständige Malerarbeiten in den Wohnungen und Ähnliches).
10. kein Verkauf der instandgesetzten Aufgänge weder vor noch während oder auch nach der Instandsetzung erfolgt.
11. der Netto-Kalt-Mietzins für Bestandsmieter*innen nach der Instandsetzung zwischen 6 und maximal 7 €UR liegen wird. Für diese Wohnungen – mindestens aber 10 – sichert die ProPotsdam GmbH eine direkte Belegungs-/Mietpreisbindung im Rahmen zwischen 6 und 7 €UR zu.
12. hinsichtlich der Regelung für Mieter*innen mit Anspruch auf Wohnberechtigungsschein und Neumieter*innen noch weitere Abstimmungen erfolgen. Wobei grundsätzlich Belegungsbindungen für WBS-Mieter*innen einzuräumen sind. Hierfür wird ein Verteilungsschlüssel der Wohnungen nach einem Drittel paritätischen Ansatz (Vermietung an mindestens ein Drittel Bestandsmieter*innen bzw. direkte Belegungs-/Mietpreisbindung wie in §3 Abs. 11 Satz 1 und 2 ausgewiesen, ein Drittel Neumieter*innen und ein Drittel WBS-Mieter*innen etwa als freiwillige Selbstverpflichtung) oder einem anderen adäquaten Modell geprüft.
13. sobald juristisch möglich, vermietbare Wohnungen seitens der ProPotsdam GmbH auch in Zwischennutzung vermietet werden.
14. nach Abschluss des Pilotprojektes eine gemeinsame Auswertung zu Ablauf, Kosten, Erfolgsbewertung und Fortsetzung des Projektes in den restlichen Aufgängen der Wohnsiedlung erfolgt.
15. im Falle einer nicht erfolgreichen Umsetzung des Pilotprojektes zum weiteren Vorgehen in Bezug auf die Wohnsiedlung erneut gemeinsame Beratungen stattfinden.

Fragen, Antworten und Diskussionsbeiträge

- Warum kann die Instandsetzung nicht stückchenweise und nacheinander erfolgen?
Durch eine Zerstückelung steigen die Baukosten, in der Tendenz um circa 25%. Zudem ist die Phase der Belastung durch Baulärm und Bauverschmutzung für die Mieter*innen vor Ort ungleich länger.
- Was genau sind die Risiken bei dem Pilotprojekt?
Bei Sanierungen im Bestand besteht immer ein Risiko, dass die Baukosten höher ausfallen als erwartet, weil sich während der Bautätigkeiten unerwartete Sachverhalte an die Bausubstanz ergeben. Zudem hat die ProPotsdam kaum Erfahrung mit dieser ungewöhnlichen Form der Instandsetzung, weswegen eine sorgfältige Auswertung sehr wichtig ist. Außerdem wird auch im Sinne einer Risikominimierung zuerst nur ein Block instandgesetzt.

- Warum wird die Wirtschaftlichkeit hier immer am Einzelobjekt fest gemacht, die ProPotsdam verfügt doch über sehr viele Wohnungen und dort wird durchaus aus „Quersubventioniert“?

Grundsätzlich ist es richtig, dass alle Einnahmen aus Mieten eingesetzt werden und es keine einzelnen Hauskonten gibt. Aber bei der Aufnahme von Krediten/Darlehen prüft das geldgebende Institut anhand der Wirtschaftlichkeit des zu finanzierenden Objektes, daher muss auf die einzelnen Objekte geschaut werden.

- Es wird die Befürchtung geäußert, dass die ProPotsdam gar nicht möchte, dass das Pilotprojekt Erfolg hat.

Dem widerspricht die ProPotsdam.

- Um welches Risiko geht es genau in Euro?

Für das Pilotprojekt geht um circa 2,5 Mio. EUR, die die ProPotsdam als Eigenmittel einsetzen muss.

- Es wird die Frage gestellt, aus welcher Position des kommunalen Haushaltes diese Mittel kommen sollten/könnten?

Diese Frage kann am Arbeitstisch nicht erörtert werden.

- Die Frage nach der Funktionalität einer Bürgschaft wird kontrovers diskutiert. Es müssen/können auch andere Möglichkeiten zu Absicherung des Risikos gefunden werden.

- Warum gibt es für das Behlert-Gutenberg-Karree keine Fördermittel?

Weil das Karree in keiner so genannten Förderkulisse liegt und es daher formal keine Grundlage für eine Förderung gibt. Das Karree liegt weder in einem Sanierungsgebiet noch ist ein Vorranggebiet Wohnen.

- Es wird angeregt, dass die Stadtverordnetenversammlung das Behlert-Gutenberg-Karree mit einer Sanierungssatzung ausstatten könnte, umso das Heranziehen von Fördermitteln zu ermöglichen.

- Werden die Wohnungen, die im Rahmen des Pilotprojektes instandgesetzt werden, auch langfristige vermietbar sein?

Ja, sie werden einen einfachen aber soliden Standard und eine vergleichsweise geringe Mietzinse haben und daher auch langfristig vermietbar sein. Darauf muss die ProPotsdam achten, da dies zum dauerhaften Erhalt kommunalen Wohnraums unerlässlich ist.

- Gibt es bundesweit Vorbilder für ein solches Pilotprojekt?

Nicht in dieser Form. Oder sie sind zumindest nicht hinreichend bekannt. Die Bedingungen für das Pilotprojekt sind sehr speziell.

- Wie würde die ProPotsdam auf eine Risikobürgschaft durch die Stadt reagieren?

Dem Konzept einer Bürgerschaft steht die ProPotsdam grundsätzlich offen gegenüber, es ist aber genau zu prüfen, wie dies funktionieren könnte. Grundsätzlich sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, einerseits das Risiko so gering wie möglich zu halten und andererseits das nicht ausschließbare Risiko so gut wie möglich abzusichern. Was im Rahmen eines solchen Projektes aber schwierig ist.

- Was können die Mieter*innen zum Gelingen des Projektes beitragen?

Siehe hierzu den Entwurf des Eckpunktepapiers zwischen der Initiative Behlert-Gutenberg-Karree und der ProPotsdam mit Stand vom 05.05.2015.

Im Kern geht es um:

- Nachbarschaftliche Organisation von Umzugshilfen
- Bereitschaft die Bauarbeiten zu akzeptieren
- Eigenverantwortliche Mitgestaltung der Außenanlagen
- Bereitschaft des Modellprojekt zu begleiten

Tisch Brauhausberg/Einsteinstraße

Zentrale Problemstellungen

- Welche Mieten entstehen nach der Sanierung und werden dadurch vor Ort Verdrängungseffekte ausgelöst? Wie lassen sich Mieten differenzieren und wie kann die Kooperation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern dabei aussehen?
- Wie lassen sie die Mieten sozialverträglich gestalten und wie werden die Belegungs- und Mietpreisbindungen vor Ort gestaltet werden?
- Wie wird mit dem Leerstand umgegangen? Und wie können diese Wohnungen schnell wieder vermietet werden?
- Wie werden die Außenanlagen gestaltet und bleiben die unversiegelten Gemeinschaftsflächen vor Ort erhalten? Wie werden die Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltungsplanung einbezogen?
- Wie lassen sich die Ergebnisse eines durch die Bewohnerinnen und Bewohner angestoßenen Projektes an der FH Potsdam in die Sanierung einbeziehen?

Entwurf des Eckpunktepapiers zur Zukunft der Wohnsiedlung Brauhausberg (Stand: 29.05.2015)

*Das vorliegende Papier stellt einen Zwischenstand dar, der durch die Mieter*innen-Initiative Brauhausberg/Einsteinstraße und die ProPotsdam in den Sitzungen ihrer Arbeitsgruppe inhaltlich erarbeitet wurde.*

Es wurde zusammengefasst durch die WerkStadt für Beteiligung. Es ist ein Zwischenergebnis und stellt keinen abschließenden Stand dar.

Beide Parteien haben im Nachgang der letzten Arbeitsgruppensitzung in der 3. Prozessphase „Arbeit“ noch deutlichen Veränderungs- und damit weiteren Besprechungsbedarf angemeldet.

*Deswegen kann dieses Papier nur als Orientierung für den weiteren Dialog dienen und repräsentiert weder die abschließende Haltung der Mieter*innen-Initiative noch die der ProPotsdam.*

§1 Präambel

3. Dieses Papier dient dem Zweck, die Ergebnisse des Dialoges zwischen der Mieter*innen-Initiative Brauhausberg/Einsteinstraße und der ProPotsdam GmbH im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Zukunft der Wohnsiedlung Brauhausberg/Einsteinstraße als Eckpunkte der weiteren Kooperation festzuhalten.
4. Dabei ist klarzustellen, dass diese Vereinbarung nicht in die individuellen mietvertraglichen Rechtsbeziehungen zwischen einzelnen Mieter*innen und der ProPotsdam GmbH eingreift sondern als Absichtserklärung auf einer politischen Ebene beider Akteur*innen zu verstehen ist.

§2 Einvernehmliche Erklärungen

1. Im Einvernehmen erklären beide Parteien auch nach dem Ende des formalen Beteiligungsprozesses weiterhin miteinander in der Frage der Planung, Umsetzung und Nachbereitung des Sanierungsprozesses der Wohnsiedlung Brauhausberg/Einsteinstraße kooperieren zu wollen. Das vorliegende Eckpunktepapier bietet hierfür den Rahmen, in dem konkrete inhaltliche Punkte, Formate und Zeiträume vereinbart werden.
2. Die ProPotsdam GmbH prüft derzeit eine Möglichkeit zur dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen zu schaffen, etwa in Form von Wohnverbundsystemen, wie sie in der LHP bereits praktiziert werden. Dafür kommt unter Umständen auch die Wohnsiedlung Brauhausberg/Einsteinstraße in Betracht. Hierzu sollen im Vorfeld einer Entscheidungsfindung Gespräche zwischen ProPotsdam und Mieter*innen stattfinden.
3. Im Einvernehmen erklären beide Parteien ihren Willen dafür Sorge zu tragen, dass
 - A. die Konditionen der Mietverträge der Bestandmieter*innen (mit Ausnahme notwendiger Anpassungen wohnflächenbezogener Mietzinse) auch nach der Sanierung Bestand haben. Dies gilt auch nach einem zwischen den jeweiligen Parteien abgestimmten Wohnungswechsel.
 - B. es für alle Bestandmieter*innen auch nach der Sanierung eine geeignete und angemessene Wohnung insbesondere bezogen auf die Höhe des Mietzinses geben wird.
 - C. es im Falle von einvernehmlich vereinbarten Umsetzungen die ProPotsdam dafür Sorge zu tragen, dass hierfür in erster Linie Wohnungen am Standort angeboten werden.
 - E. die Sanierung unter Berücksichtigung aller denkmalschutzrechtlicher Auflagen stattfindet. Zudem gilt als vereinbart, dass vor abschließender denkmalrechtlicher Klärung in baulicher Hinsicht keine unumkehrbaren Tatsachen geschaffen werden.

F. eine CO²-effiziente Heizung installiert wird.

§3 nicht einvernehmliche Erklärungen

Mieter*innen:

1. Für die Wohnsiedlung soll langfristig ein Milieuschutz sichergestellt werden. Es ist zudem darauf zu achten, dass auch zukünftig eine soziale Durchmischung in der Siedlung erhalten bleibt. Hierzu ist auch über den rechtlich geregelten Zeitraum von Belegungsbindungen hinaus seitens der Stadtverwaltung und der ProPotsdam entsprechender Wohnraum anzubieten.

2. ProPotsdam präferiert die Sanierungsvariante "Nachhaltig" - eine repräsentative Befragung (Mehrfachnennung waren möglich) der Bewohner*innen ergab jedoch:

58% der Haushalte sprechen sich für Sanierung nach „Substandard“ aus

55% der Haushalte sprechen sich für Sanierung nach „Basis“ aus

18% der Haushalte sprechen sich für Sanierung nach „Nachhaltigkeit“ aus

Damit spricht sich eine große Mehrheit der Mieter*innen gegen eine sogenannte nachhaltige Sanierung und für eine Sanierung mit Basis-Charakter oder noch niedrigerem Standard aus.

3. Die Möglichkeiten zur Erhaltung individueller Befeuerungsstelle/Kaminanschluss sollen berücksichtigt werden.

4. Nur eine Instandsetzung der Dächer und Fenster durchgeführt wird.

5. Die ProPotsdam die Wohnsiedlung weder in Gänze noch in Teilen veräußert.

6. Die ProPotsdam soll vor der Sanierung oder vor Abstimmungen mit den Mieter*innen keine unumkehrbaren Veränderungen an der Gestaltung der Außenanlagen (insbesondere Baumfällung und bauliche Umgestaltungen) vornehmen.

ProPotsdam:

1. Die Sanierung der Siedlung Albert-Einstein-Straße/Brauhausberg durch die ProPotsdam GmbH, mit Fördermitteln der ILB erfolgen wird. Voraussetzung dafür ist die Gewährung entsprechender Fördermittel sowie die Wirtschaftlichkeit der Sanierungsmaßnahme.

2. Der Mietzins für WBS-berechtigte Mieter nach der Sanierung wird den Anforderungen der zum Zeitpunkt der Beantragung gültigen Förderrichtlinie entsprechen (derzeit 5,50 €/m² nettokalt).

Für Bestandsmieter ohne Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein beträgt der Orientierungswert für die Nettokaltmiete nach derzeitigen Erkenntnissen 7,50 €/m².

3. Die ProPotsdam GmbH wird einen Vorschlag zur einkommensorientierten Differenzierung der Miete für Bestandsmieter ohne Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein erarbeiten. Gegebenenfalls ist dieser entsprechend der zum Zeitpunkt der Sanierung maßgeblichen Bau- und Fremdfinanzierungskosten anzupassen.

Sofern die Förderrichtlinie eine zweite Einkommensgruppe für mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen vorsieht, werden die Mieten entsprechend gekappt. Der Mietzins für Neumieter orientiert sich am marktüblichen Mietzins.

4. Eine Instandsetzung und Modernisierung der Dächer und Fenster durchgeführt wird.
5. Unter der Voraussetzung einer Förderung keine Veräußerung der Wohnsiedlung weder in Gänze noch in Teilen beabsichtigt ist.
6. Sollten notwendige Umsetzungen im Zuge der Sanierung innerhalb der Wohnsiedlung vor Ort nicht möglich sein, wird die ProPotsdam in zweiter Linie Wohnungen in den Siedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Heidesiedlung und / oder Großbeerenstraße / Grünstraße anbieten. Sollte auch dies nicht hinreichen, darf in dritter Linie auf Wohnungen im restlichen Bestand der ProPotsdam ausgewichen werden.

§4 Konfliktverhütende Kommunikationsstrukturen

Es wird vereinbart, dass die Mieter*innen-Initiative auch über den gegenwärtigen Beteiligungsprozess hinaus im gegenseitigen Austausch in den weiteren Sanierungsprozess einbezogen werden. Die Mieter*innen-Initiative und die ProPotsdam GmbH sichern daher zu, dass

6. auch in Zukunft die Möglichkeit für Arbeitsgruppentreffen zwischen den Akteur*innen besteht.
7. Die ProPotsdam alle Mieter*innen postalisch über maßgebliche Entwicklungen informiert.
8. Zudem sollte über die Email-Adresse der Initiative (...) bei maßgeblichen Entwicklungen zur geförderten Baumaßnahme zusätzlich informiert werden - inklusive der Möglichkeit für Nachfragen seitens der Initiative. Verantwortlich seitens der ProPotsdam zeichnet dafür Frau/Herr ..., zu erreichen unter der Email-Adresse (...).
9. die Ansprechpartner*innen der Initiative der ProPotsdam für Anfragen und Klärung von Sachfragen via Email zur Verfügung steht.
10. Im Falle von Konflikten vorrangig der direkte Austausch zwischen den Akteur*innen gesucht wird.
11. Im Falle des Auftretens weiterer Gruppen, die unter Umständen weiterführende oder andersgehende Interessen von Mieter*innen in der Wohnsiedlung Brauhausberg/Einsteinstraße vertreten, sind auch diese in einen kooperativen Prozess einzubeziehen.
Hierzu sollte in diesem Falle unter Hinzuziehung der WerkStadt für Beteiligung mindestens eine gemeinsame Arbeitsgruppensitzung mit Vertreter*innen der Initiativen und der ProPotsdam durchgeführt werden.

§5 Kooperationsprojekt mit der FH Potsdam

1. Es gilt als vereinbart, dass die ProPotsdam das Kooperationsprojekt der Initiative mit der FH Potsdam unterstützt und die Ergebnisse der Studierenden in die Diskussion und unter Umständen die eigene Planung mitaufnimmt.
2. Hierzu ist nach Abschluss des Projektes – oder sobald verarbeitbare Ergebnisse vorliegen – zumindest eine gemeinsame Arbeitsgruppensitzung mit Vertreter*innen der Initiativen, der ProPotsdam und gegebenenfalls der Studierendenschaft durchzuführen.

§6 gemeinsame Gestaltung der Außenanlagen

1. Es ist sicherzustellen, dass die Mieter* an der Gestaltung der Außenanlagen beteiligt werden und alle gesetzlichen Vorgaben bei der Gestaltung der Außenanlagen beachtet werden.
2. Hierzu gilt es als vereinbart, dass hinsichtlich der Gestaltung der Außenanlagen zu einem geeigneten Zeitpunkt im Hinblick auf die Planung und Umsetzung der Bautätigkeiten an den Außenanlagen in der Wohnsiedlung (voraussichtlich 2017-2018) seitens der ProPotsdam eine Mieter*innenversammlung zur ausführlichen diesbezüglichen Information angeboten wird.
3. Es gilt als vereinbart, dass im Nachgang der in Abs. 1 vereinbarten Mieter*innenversammlung zum Thema der gemeinsamen Gestaltung der Außenanlagen zumindest eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt aus Vertreter*innen der Initiative Brauhausberg/Einsteinstraße und der ProPotsdam stattfindet.

§7 Abstimmungen zur Fassadendämmung

1. Es gilt als vereinbart, dass hinsichtlich der Frage nach der zum Einsatz kommenden Fassadendämmung und aller damit im Zusammenhang stehender Aspekte (ökologische Gesichtspunkte, Kosten, Energieeffizienz, etc.) zu einem geeigneten Zeitpunkt im Hinblick auf die Planung und Umsetzung der Baumaßnahme zumindest eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt aus Vertreter*innen der Initiative Brauhausberg/Einsteinstraße und der ProPotsdam stattfindet.

Fragen, Antworten und Diskussionsbeiträge

- Wie entwickeln sich die Mietpreise nach der Sanierung?
 - In der Diskussion wurden einige Beispielrechnungen vorgenommen
 - Nach der Sanierung bezahlt ein Bestandsmieter ohne WBS pro Quadratmeter den Preis von 6,50€
 - Haushalte mit WBS bezahlen nach der Sanierung 5,50€ pro Quadratmeter

- Warum werden die leerstehenden Wohnungen nicht zeitweise Vermietet?
 - Die ProPotsdam möchte die Wohnungen als Umsatzwohnungen vorhalten
 - Während der Sanierung soll es dadurch die Möglichkeit geben, Mieter*innen von einem in den anderen Bauabschnitt umzusetzen
- Wie entwickeln sich die Mietpreise bei Neuvermietungen?
 - Mit der Neuvermietungen wird der günstigere Wohnraum mitfinanziert.
 - Der Quadratmeterpreis bei Neuvermietungen beträgt dann 9,50€
- Wie nehmen die Ergebnisse aus dem geplanten FH-Projekt Einfluss auf die Sanierung?
 - Die ProPotsdam wird die Planung der Sanierung unabhängig von dem FH-Projekt durchführen.
 - Von Seiten der ProPotsdam besteht jedoch Interesse an den Ergebnissen des Projekts. Gegebenenfalls können einzelne Aspekte geprüft und in die Sanierungsplanung mit aufgenommen werden.
 - In der Diskussion zum Thema wurde angemerkt, dass für das FH-Projekt ein Semester Zeit benötigt. Im Hinblick auf die Zeitschiene sollte dies in der Planung berücksichtigt werden.
- Wie kann eine Mitbestimmung bei der Gestaltung der Außenanlagen aussehen?
 - Im Zeitraum der Sanierungsplanung sollte es einen dauerhaften Austausch und Informationsfluss zwischen der ProPotsdam und der Bürgerinitiative geben.
- Wie können die Kaminanschlüsse und Öfen erhalten bleiben?
 - Es ist schwierig, die Anschlüsse zu erhalten und funktionsfähig zu lassen.
 - In den Schornsteinschächten sollen Stromkabel, Wasser und Abwasserrohre eingebracht werden
- Ist die Anbringung von Balkonen notwendig?
 - Die Anbringung von Balkonen kann nur strangweise erfolgen, Einzelanbringung von Balkonen ist nicht möglich
 - Balkone sind je nach Förderrichtlinie eine Soll-Bestimmung, sie sollten, müssen aber nicht grundsätzlich installiert werden, wenn Sachverhalte dagegen sprechen.
- Was bedeutet bezahlbar?
 - In der Diskussion konnte keine Einigkeit darüber erzeugt werden, was Bezahlbarkeit von Wohnraum konkret bedeutet.
 - Es wurde festgestellt, dass Bezahlbarkeit, gemäß der unterschiedlichen Ansprüche und Einkommensverhältnisse etwas sehr Individuelles ist.
 - In diesem Zusammenhang wurde die Thematik der sozialen Härte diskutiert, wobei nur 30% des Einkommens für die Kosten des Wohnraums aufgewendet werden sollten.
 - Weiterhin wurde als Referenzgröße für Bezahlbarkeit der Mindestlohn von 8,50€ angeführt.
 - Darüber hinaus konnten weitere Referenzgrößen, wie die Armutsgrenze und den

Hartz-4 Regelbedarf besprochen werden.

- Es wurde von Seiten der ProPotsdam darauf aufmerksam gemacht, dass bei Bestandsmietern eine Spreizung der Miete, auf Basis der Einkommenssituation vereinbart werden kann.
- Weitere Diskussionspunkte:
 - Energieeffizienz und Fernwärme
 - Höhe von Baukosten für bestimmte Sanierungsarbeiten
 - Eine Generationengerechte Sanierung
 - Die Unterbringung von Asylsuchenden
 - Wie kann der Milieuschutz und eine soziale Durchmischung gewährleistet werden?
 - Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Fassadendämmung
 - Mögliche Instandsetzung der Dächer und Fenster
 - Diskussion zur Sanierung und Bereitstellung von Fördermitteln, sowie den aktuellen Förderrichtlinien.
 - Spreizung der Miete für Bestandsmieterinnen und -Mieter ohne WBS
 - Absprachen zu Zeitschienen und Zeitdruck
 - Erhalt der Konditionen in den Mietverträgen bei Wohnungswechsel der Bestandsmieter*innen
 - Geeignete Wohnung auch nach der Sanierung am Standort für alle

Tisch Großbeerenstraße/Grünstraße

Zentrale Problemstellungen

- Welche Mieten entstehen nach der Sanierung und werden dadurch vor Ort Verdrängungseffekte ausgelöst? Wie lassen sich Mieten differenzieren und wie kann die Kooperation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern dabei aussehen?
- Wie lassen sie die Mieten sozialverträglich gestalten und wie werden die Belegungs- und Mietpreisbindungen vor Ort gestaltet werden?
- Wie wird mit dem Leerstand umgegangen? Und wie können diese Wohnungen schnell wieder vermietet werden?
- Wie werden die Außenanlagen gestaltet und bleiben die unversiegelten Gemeinschaftsflächen vor Ort erhalten? Wie werden die Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltungsplanung einbezogen?

- Frage nach aktuellem Leerstand in der Siedlung: 15 Wohnungen (24%)
- Wie lange dauert die Sanierung?
 - Etwa ein Jahr insgesamt.
- Gibt es Verkaufsabsichten seitens der ProPotsdam in Bezug auf die Grünstr./Großbeerenstr.?
 - Wenn Fördermittel für eine Sanierung bereitgestellt werden, gäbe es keine Verkaufsabsichten.
- Gibt es die Möglichkeit, die leer stehenden Wohnungen ab jetzt befristet zwischen zu vermieten?
 - Derzeit könne keine leerstehenden Wohnungen vermietet werden, weil diese als Umsetzwohnungen bereitgestellt werden sollen. Wenn die konkreten Zeitplanungen für die Siedlungen abgeschlossen sind, wird die ProPotsdam aber prüfen, inwieweit befristete Zwischenvermietungen in den leerstehenden Wohnungen möglich sind.
- Müssen sich die einzelnen Siedlungen aus sich heraus rechnen?
- Gibt es bereits eine Förderung für die Grünstr./Großbeerenstr.?
 - Die Siedlung liegt im „Vorranggebiet Wohnen“, daher sei eine Förderung möglich und die Voraussetzungen für eine Förderungen wären in der Grünstr./Großbeerenstr. erfüllt.
 - ProPotsdam hat einen Antrag gestellt
- Was ist „Grauwasser?“
 - Grauwasser ist wiederaufbereitetes Abwasser, das keine Trinkwasserqualitäten hat, jedoch im Haushalt genutzt werden kann.
 - Die ProPotsdam prüft derzeit den Einsatz von Grauwasser in der Siedlung.
- Sind die heute verhandelten 6,50 €/qm für die Bestandsmieterinnen und -Mieter auch in zwei Jahren noch verbindlich?
 - Nach heutiger Sicht der ProPotsdam seien diese auch weiterhin verbindlich.
 - Dafür müssen aber zügig die Fördermittel beantragt werden, weil bei den Kalkulationen der Miethöhe die Baukosten und die Zinsentwicklung berücksichtigt werden müssten, auf die das Unternehmen keinen Einfluss hat
 - Wie langfristig diese Regelung sein wird, ist dann im Förderbescheid geregelt, ansonsten greift die gesetzliche Regelung, nach der die Miethöhe alle 4 Jahre um 15% angehoben werden könne
- Weitere Diskussionspunkte:
 - Gestaltung der Außenanlagen
 - Balkone
 - Spreizung der Miethöhe
 - Mittelbare/flexible Belegungsbindungen
 - Erhalt der sozialen Mischung in der Siedlung
 - Verwendung von Grauwasser

- Umsetzungen während der Sanierung sollen möglichst nur 1x innerhalb der Siedlung stattfinden
 - Auch möglich: Umzug in die Heidesiedlung für Bewohnerinnen und Bewohner mit WBS
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „kein Verkauf“ sollte Gültigkeit für alle drei Siedlungen haben
 - Im besagten Beschluss wurden nur die beiden Siedlungen im Behlert-Gutenberg-Karree und am Brauhausberg benannt. In der Diskussion wurde aber durch die Politik darauf verwiesen, dass der Beschluss genauso für die Grünstr./Großbeerenstr. Gültigkeit besitze.
- Diskussion um Bezahlbarkeit von Wohnraum in Potsdam: Neubau vs. Bestand
 - Hier wurde diskutiert, ob der Schwerpunkt der Tätigkeit der ProPotsdam auf den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen im Bestand gelegt werden sollte, anstatt Neubau zu betreiben, für den meist höhere Mietpreise abgerufen werden müssten.
- Sanierungskonzept: Nachhaltigkeit
 - hier Anschluss einer Diskussion um Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit. In der Diskussion wurde die These aufgestellt, dass eine sozialverträgliche Sanierung zugleich eine nachhaltige Sanierung sei, weil bezahlbarer Wohnraum auch in Zukunft erhalten werden könne
- Bewusstsein schaffen dafür, was „Bezahlbarkeit“ von Wohnen in Potsdam bedeute.
- Diskussion alternativer Heizkonzepte
 - Verzicht auf Fernwärme als „Leistung der Bewohnerinnen und Bewohner“?
- Diskussion der Ausgestaltung der Belegungsbindungen für die Altmieterrinnen und -Mieter
- Ausbau der Möglichkeiten der Mietgestaltung durch die Bewohnerinnen und Bewohner
- Berücksichtigung individueller Bedürfnisse und finanzieller Möglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner
 - Die ProPotsdam führte hierzu an, dass bei den konkreten Planungen der Sanierungsmaßnahmen mit den einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner hierzu Gespräche geführt werden.
- Verweis auf Mindestlohn und soziale Gerechtigkeit bei Miethöhen
- Verweis darauf, dass sich Bezahlbarkeit von Miete an dem Anteil von 30% des Einkommens orientieren sollte
- Vorschlag der ProPotsdam: Differenzierung der Miete nach dem Einkommen der Bewohnerinnen und Bewohner

- Hierfür ist eine enge Kooperation der ProPotsdam mit den Bewohnerinnen und Bewohner nötig

Erörterung im Plenum

Inhaltliches Fazit der Konferenz

Stadtverordnete:

- Von allen Anwesenden wurde der Prozess und die Zwischenkonferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen als positiv bewertet. Bei allen Wortmeldungen herrschte Einigkeit darüber, dass sich die Beratungen für die Wohnobjekte auf dem Brauhausberg und der Grünstr./Großbeerenstr. auf einem guten Weg befinden. Noch offen ist, wie sich das Pilotprojekt für das Behlert-Gutenberg-Karree umsetzen lässt und wie die Interessen der Mieterinnen und Mieter und die der ProPotsdam zueinander gebracht werden können.
- In mehreren Stellungnahmen wurde auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung verwiesen, der eine Privatisierung der ehemaligen Restitutionsobjekte ausschließt und der damit Ausgangspunkt für den Prozess „Zukunft der Wohnsiedlungen“ sei.
- Darüber hinaus habe es viele interessante Vorschläge in den Arbeitsgruppen der Konferenz gegeben, die nun weiter zu prüfen seien. Die Stadtverordnetenversammlung wurde aufgerufen, an den politischen Stellschrauben zu drehen, um eine Lösung für das Behlert-Gutenberg-Karree und den Umgang mit dem Pilotprojekt zu finden

ProPotsdam:

- Der Prozess wird auch seitens der ProPotsdam als positiv wahrgenommen. Für die Grünstr./Großbeerenstr. und das Wohnobjekt am Brauhausberg seien Fördermittel in Aussicht gestellt worden, die eine sozialverträgliche Sanierung ermöglichen. Eine abgestimmte Lösung für das weitere Vorgehen im Behlert-Gutenberg-Karree sei aber noch offen. Schade sei es, dass bisher noch kein konkretes Einigungspapier erarbeitet werden konnte, um einen konkreten Fahrplan zum weiteren Vorgehen zu erstellen. Dafür gibt es aber die Bereitschaft, sich weiter in Arbeitsgruppen mit den Mieter*inneninitiativen zusammen zu setzen, um weitere Lösungsansätze zu diskutieren. Dabei wird Seitens der ProPotsdam aber auch deutlich ein gewisser Zeitdruck aufgezeigt, der unter anderem aus den nötigen planerischen und fördermittelrechtlichen Abläufen entsteht.

Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner „Miete schön“:

- Die Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen können sich die Umsetzung der dargestellten Sanierungsvarianten für die Großbeerenstraße/Grünstraße und den Brauhausberg vorstellen – wenn sie auch an vielerlei Aspekten Kritik üben. Sie bewerten den Prozess als konstruktiv. Sie verweisen auf die Notwendigkeit einer weiter reichenden Auseinandersetzung über das Thema der Sozialverträglichkeit von Mieten in Potsdam, dem sich auch weiterhin gestellt werden muss und für das langfristige Lösungen über die besprochenen Objekte hinaus gefunden werden müssen. In Bezug auf das Behlert-Gutenberg-Karree wurde deutlich gemacht, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in Bezug auf das bereits im November startende Pilotprojekt sehr unter Druck stehen. Dieses Modellprojekt werde als große Chance, aber auch als großes Risiko, dass durch die Bewohnerinnen und Bewohner getragen werden muss, wahrgenommen. Die

Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen sind sowohl mit der ProPotsdam aber nun vor Allem auch mit den Stadtverordneten zu weiteren Gesprächen bereit. Wobei insbesondere im Hinblick auf das Behlert-Gutenberg-Karree die Mitwirkung der Stadtverordneten als Voraussetzung für den weiteren Prozess hervorgehoben wird.

Stellungnahmen zum Beteiligungsprozess

Es herrscht unter allen Beteiligten Übereinstimmung, dass nun in die Abklärungsphase eingestiegen werden soll. Hierbei sollten auch die Stadtverordneten enger in den Prozess eingebunden werden. Dies ist durch das Format des Runden Tisches und den dafür angesetzten Termin am Samstag, den 04.07. bereits vorgesehen.

ProPotsdam:

- Die ProPotsdam hat bereits mit den Bauplanungen begonnen und sieht wenig Spielraum, wenn nun dem bisherigen Verhandlungsstand entgegen gesetzte Entscheidungen getroffen werden. Die ProPotsdam hofft, zeitnahe konkrete Eckpunkte mit den Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohnern vereinbaren zu können.

Stadtverordnete:

- Angebot einer Begleitung der weiteren Gespräche durch die Politik – insbesondere am Runden Tisch aber bei Wunsch auch in den Arbeitsgruppen. Verweis auf die Abschlussveranstaltung zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam, in dessen Rahmen wohnungspolitische Visionen besser diskutiert werden können, als im Rahmen eines so konkreten Beteiligungsprozesses wie dem über die Zukunft der Wohnsiedlungen.

Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner „Miete schön – Fair wohnen in Potsdam“:

- Die Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen verweisen darauf, dass unter den Bewohnerinnen und Bewohnern über die konkrete Zukunft der drei Wohnsiedlungen hinaus ein großes Interesse herrsche, über wohnungspolitische Visionen für Potsdam zu diskutieren. Die Initiativen wünschen sich, dass der Prozess weiter geht und sind bereit, sich weiter an den Diskussionen und Verhandlungen zu beteiligen. Es wird aber darauf verwiesen, dass es für das Behlert-Gutenberg-Karree nun ein politisches Votum seitens der Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf die Siedlung und das Modellprojekt geben müsse. Es wird betont, dass im Prozess Lösungen für alle Bewohnerinnen und Bewohner der drei Wohnblöcke des Karrees gefunden werden müssen und keine Teillösungen akzeptiert würden.

WerkStadt für Beteiligung:

- Der Runde Tisch ist der nächste Baustein im Prozessablauf und wird im direkten Anschluss an die Konferenz vorbereitet. Zur Diskussion der Frage der Legitimität der Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen wird betont, dass Prozessbeteiligte immer diejenigen sind, die sich einbringen und eine Initiative sich ganz selbstverständlich aus eben denjenigen Menschen zusammensetzt, die bereit sind, sich für ihre Anliegen zu engagieren. Die Frage nach Legitimation sei verständlich und müsse durchaus bedacht werden, dürfe aber im Rahmen eines informellen Verfahrens - dem also keine rechtliche Basis etwa mit Quoren

oder Negativ-Katalogen zugrunde liegt - nicht als Ausschlussargument in einem Beteiligungsprozess instrumentalisiert werden.

Wie geht es weiter?

Im Rahmen der Abschlussdiskussion ist deutlich geworden, dass der beratende Dialog fortgesetzt werden soll. Dafür wird die WerkStadt für Beteiligung die nächsten im Prozessablauf geplanten Schritte gemeinsam mit den Beteiligten einleiten. Entscheidend ist als nächster Schritt der Runden Tisch, an dem alle Beteiligten und die Stadtverordneten sowie die zuständige Fachverwaltung die anliegenden Punkte beraten können.

Die hier vorliegenden Ergebnisse der Konferenz bieten dafür die Grundlage und können vor dem Runden Tisch bei gegenseitigem Willen durch die Initiativen und die ProPotsdam im Rahmen angebotener Arbeitsgruppen gemeinsam ausgewertet und für den Runden Tisch vorbereitet werden.

Die Beteiligung in Zahlen

An der Veranstaltung haben insgesamt 68 Personen teilgenommen, darunter:

- Vertreterinnen und Vertreter der Initiative „Miete Schön“
- Vertreterinnen und Vertreter der Initiative „Miete Schön Behlert-Gutenberg-Karree“
- Vertreterinnen und Vertreter der Initiative „Miete Schön Brauhausberg/Einsteinstraße“
- Vertreterinnen und Vertreter der Initiative „Miete Schön Großbeerenstr./Grünstraße“
- Bewohnerinnen und Bewohner der drei Wohnsiedlungen
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ProPotsdam
- Vertreterinnen und Vertreter Mietervereine
- 8 Stadtverordnete
 - Pete Heuer (SPD)
 - David Kolesnyk (SPD)
 - Marcus Krause (SPD)
 - Sascha Krämer (DIE LINKE)
 - Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE)
 - Uwe Fröhlich (Grüne/B90)
 - Lutz Boede (DIE aNDERE)
 - Wolfhard Kirsch (Bürgerbündnis)
- Nils Naber (Grüner Kreisverband)

Organisiert und begleitet wurde die Veranstaltung von fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WerkStadt für Beteiligung.

Anhang 1: DS 13/SVV/0493

Anhang 2: Einladungsschreiben

Anhang 3: Präsentationen



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 56. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 06.11.2013

Sozialverträgliche Sanierungen ermöglichen
Vorlage: 13/SVV/0493

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt einen Verkauf der Wohngebäude der ProPotsdam in der Behlertstraße und am Brauhausberg ab.

Der Oberbürgermeister soll mit der ProPotsdam ein Konzept zur sozialverträglichen Sanierung der genannten Wohnobjekte erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des I. Quartals 2014 vorlegen.

Hierbei sollen die Möglichkeiten unterschiedlicher Förderinstrumente von Stadt, Land, Bund und EU und wann diese nutzbar sind, dargestellt werden. Im Konzept soll auch das Instrument einer Milieuschutzsatzung berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird ___1___ Seite beigelegt.

Potsdam, den 13. November 2013

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



**WerkStadt für
Beteiligung**
Potsdam mitgestalten



Einladung

Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen

Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße, Großbeerenstraße/Grünstraße

Samstag 30.05.2015 | 13 - 18 Uhr

FH Potsdam | Alter Markt | großer Hörsaal (2. OG)

Friedrich-Ebert-Str. 4 | 14467 Potsdam

Um eine formlose Anmeldung unter kay@mitmachen-potsdam.de wird gebeten. Getränke und Imbiss vor Ort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte die WerkStadt für Beteiligung Sie herzlich zur Zwischenkonferenz im Beteiligungsprozess zur Zukunft der Wohnsiedlungen einladen. Bereits seit Oktober 2014 begleitet die WerkStadt einen intensiven Dialogprozess zwischen der Pro Potsdam und den Mieter*innen-Initiativen vor Ort.

Dabei werden vor dem Hintergrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt in Potsdam ganz konkret die komplexen Entwicklungsszenarien für die drei Siedlungen mit insgesamt 338 Haushalten erörtert.

Die Konferenz dient dem Zweck, Ihnen in einer konstruktiven und zielorientierten Atmosphäre den bisherigen Arbeitsstand zu präsentieren, Ihnen in einem professionell moderierten Rahmen ein direktes Gespräch mit den Beteiligten anzubieten. Und vor allem Ihre Erfahrungen, Ihre stadtweite Perspektive sowie Ihre Ansichten, Vorgaben und Vorhaben zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Zukunft der Wohnsiedlungen und des damit befassten Beteiligungsprozesses einzuholen.

Die Konferenz richtet sich an alle Stadtverordneten der Landeshaupt Stadt Potsdam, die zuständigen Mitarbeiter*innen der Verwaltung und der Pro Potsdam GmbH sowie an die Gesamtheit der Mieter*innen der drei Wohnsiedlungen.

Für die Vorbereitung der Konferenz möchten wir Sie bitten, uns Ihre Teilnahme kurz formlos anzumelden, so dass wir Ihnen auf Wunsch weiteres Informationsmaterial zukommen lassen können.

Für Rückfragen und Hinweise stehen wir Ihnen sehr gern unter den angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.

Genauer Ablauf

13.00 bis 13.10	Begrüßung und Prozessvorstellung durch die WerkStadt für Beteiligung
13.10 bis 13.20	Blick auf die aktuelle Situation in Potsdam durch die zuständige Fachverwaltung
13.20 bis 13.30	Vorstellung der Initiative MIETE schön
13.30 bis 13.40	Darstellung des aktuellen Standes durch die Initiative Behlert-Gutenberg-Karree
13.40 bis 13.50	Darstellung des aktuellen Standes durch die Initiative Großbeerenstr./Grünstr.
13.50 bis 14.00	Darstellung des aktuellen Standes durch die Initiative Brauhausberg/Einsteinstr.
14.00 bis 14.30	Darstellung des aktuellen Standes mit Blick auf alle Siedlungen durch die Pro Potsdam
14.30 bis 15.00	Pause (mit Imbiss)
15.00 bis 16.30	3 mal 3 je 30-minütige Gesprächstische zu den drei Wohnsiedlungen mit Tischwechsel
16.30 bis 17.00	Pause (mit Imbiss)
17.00 bis 18.00	Gesprächsrunde für die Stadtverordneten im Innenkreis-Außenkreis-Format mit Vertreter*innen der Pro Potsdam und der Mieter*innen-Initiativen und Abschluss
18.00 bis 18.15	auf Wunsch Pressegespräche

Die Konferenz wird durchgeführt von der WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam in Kooperation mit den Mieter*innen-Initiativen: MIETE schön, Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße, Großbeerenstraße/Grünstraße sowie dem kommunalen Unternehmen Pro Potsdam GmbH.

MIETE  **schön**
Fair Wohnen in Potsdam!



PRO POTSDAM
Wohnen | Bauen | Entwickeln



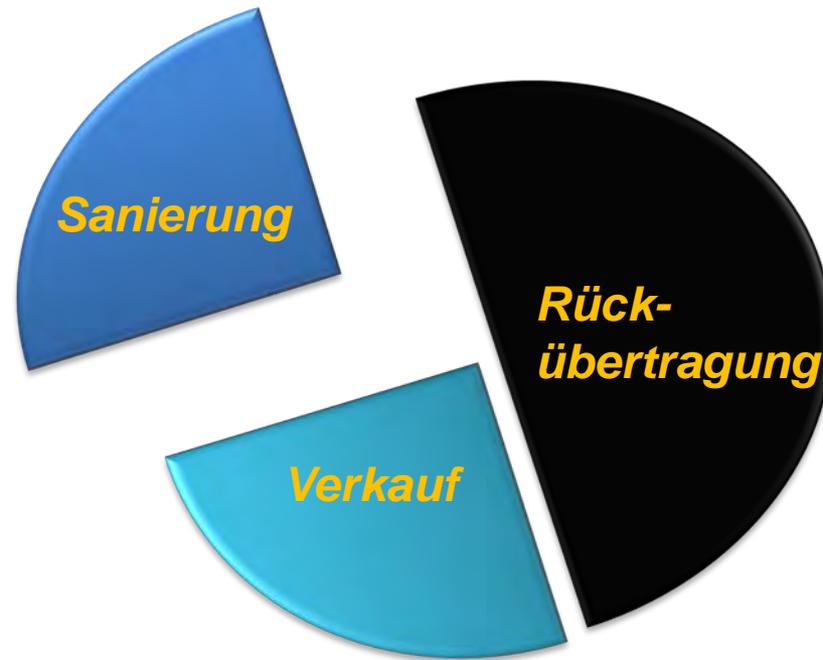
Ein Unternehmen
der Landeshauptstadt
Potsdam



**WerkStadt für
Beteiligung**
Potsdam mitgestalten

**mit
Machen e.V.**

Für Anmeldungen, Nachfragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an die WerkStadt für Beteiligung:
Kay-Uwe Kärsten | kay@mitmachen-potsdam.de | 0331 588 12 58
Nils Jonas | nils.jonas@rathaus.potsdam.de | 0331 289 1055



Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen

Darstellung des aktuellen Standes mit Blick auf alle Siedlungen

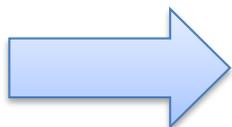
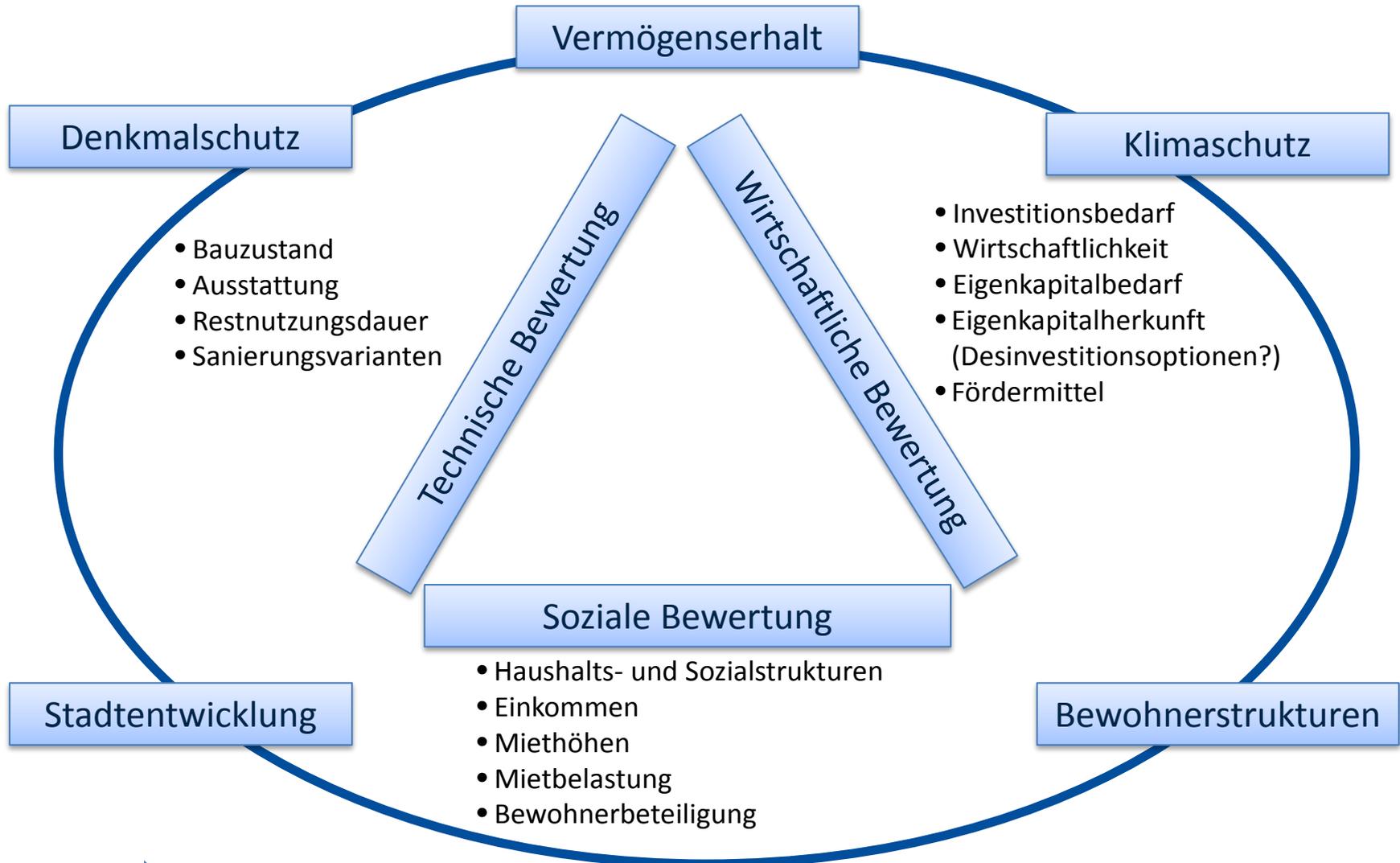
Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen (Wirtschaftsplanung, Investitionsprogramm)

Blick auf alle Siedlungen
(Beteiligungsverfahren,
Stadtverordnetenbeschlüsse)

Siedlung
(Fördermittel,
Denkmalschutz)

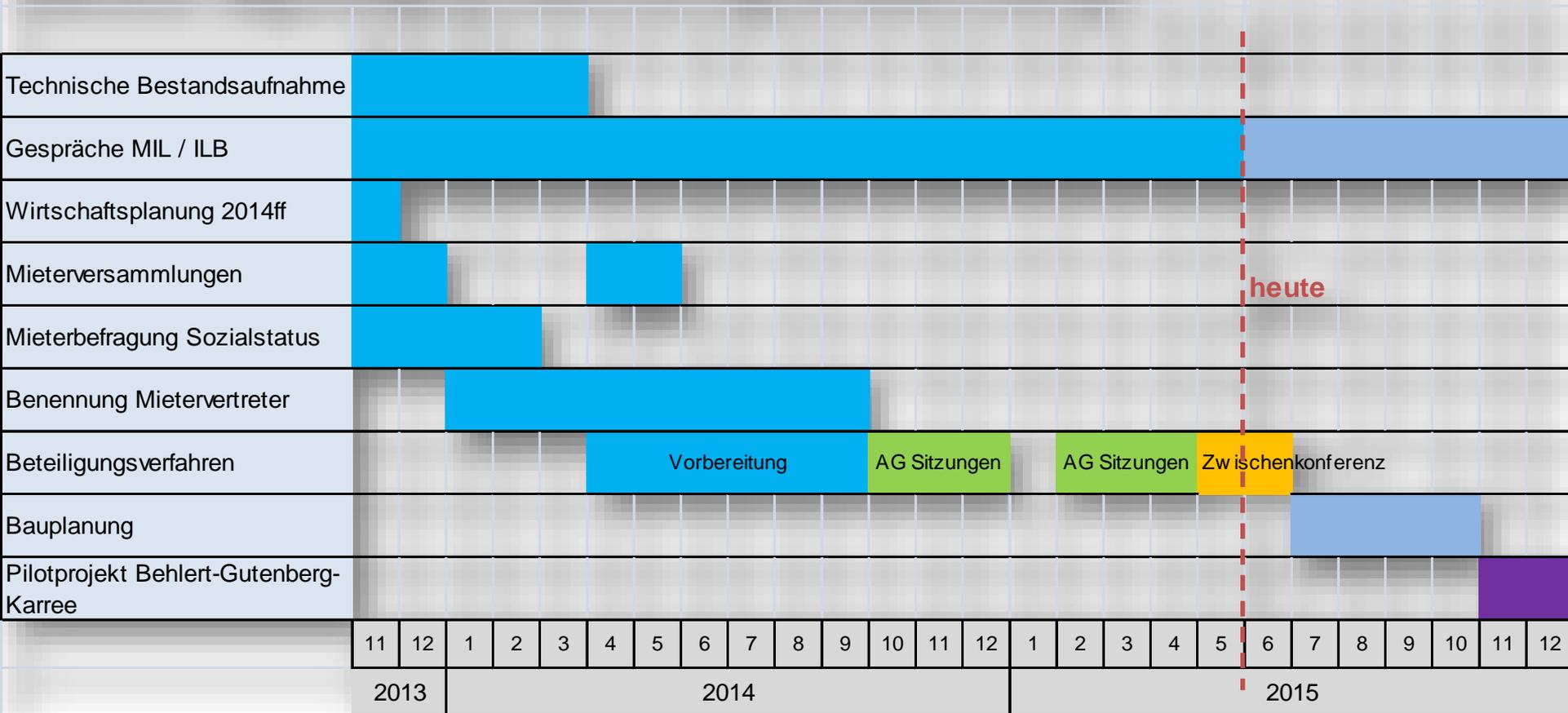
Haus
(Ausstattung)

 Wohnung
(Vertrag,
Lebens-
lage)



Priorisierung und Erarbeitung von Handlungsalternativen

Zeithorizont - Bürgerbeteiligungsverfahren ehemaliger Restitutionssiedlungen



ASUM – Angewandte Sozialforschung und Urbanes Management GmbH GmbH
Dr. Regina Jäkel / Werner Oehlert
Zeitraum: 4. Quartal 2013 – 1. Quartal 2014

Tabelle 1. Untersuchte Stichprobe - Ausschöpfungsgrad

	Großbeerenstraße / Grünstraße	Albert-Einstein-Straße / Brauhausberg	Behlertstraße / Gutenbergstraße	Insgesamt
WE abs.	60	145	131	336
leer	8	9	26	43
bewohnt	52	136	105	293
Haushalte abs.	52	136	105	293
WE	100%	100%	100%	100%
leer	10%	6%	20%	12%
bewohnt	90%	94%	80%	88%
Erreicht abs.	40	89	79	208
Befragt abs.	36	81	62	179
Ablehnung abs.	4	8	17	29
nicht erreicht abs.	12	47	26	85
leer %	13%	6%	20%	13%
bewohnt %	87%	94%	80%	87%
Erreicht %	77%	65%	75%	71%
Befragt %	69%	60%	59%	61%
Ablehnung %	8%	6%	16%	10%
nicht erreicht %	23%	35%	25%	29%

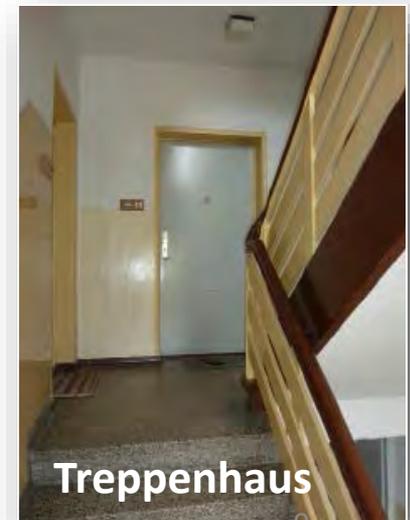
	Großbeerenstraße / Grünstraße	Albert-Einstein-Str. / Brauhausberg	Behlerstraße / Gutenbergstraße
Altersstruktur			
Durchschnittsalter / Altersmedian	43 / 41 Jahre	42 / 38 Jahre	40 / 37 Jahre
unter 18 Jahre	8%	16%	14%
18 bis 44 Jahre	58%	51%	61%
45 bis 64 Jahre	28%	16%	14%
ab 65 Jahre	6%	17%	11%
Erwerbsstruktur			
Rentner	9%	18%	8%
Studenten	5%	20%	21%
Azubis	11%	6%	12%
Erwerbstätige	40%	39%	45%
Arbeitssuchende	33%	11%	13%
Haushaltsstruktur			
Ein-Personen-HH	78%	57%	56%
ALG II-HH	34%	22%	26%
HH mit Kindern	9%	14%	14%
WBS-berechtigte HH	69%	51%	53%
Einkommensstruktur			
Mittlere Einkommen (Ø / Median)	1.000 / 900 €	1.300 / 1.200 €	1.232 / 1.040 €
Mittleres Äquivalenzeinkommen (Median)	890 €	1.020 €	820 €
Einkommensarme Haushalte	34/31/42% *	28/24/29%	38/28/43%
Wohndauer			
Mittlere Wohndauer Ø	7,7 Jahre	13,9 Jahre	12,2 Jahre
Bis zu 5 Jahre Wohndauer	53%	44%	37%
Mehr als 20 Jahre Wohndauer	6%	22%	20%



Baulicher Zustand und Besonderheiten der Sanierung

Großbeeren- / Grünstraße

- Baujahr: 1927
- 6 Aufgänge, 62 Wohnungen (davon 9 Leerwohnungen)
- Gebäude steht nicht unter Denkmalschutz und liegt nicht im Sanierungsgebiet
- Gebäude sind vollständig unterkellert
- Putz großflächig verwittert und abgeplatzt
- mangelhafter energetischer Zustand der Dachgeschosse
- sanierungsbedürftige Regenentwässerung
- Grünstr. 2-8 ist bereits an die Fernwärme angeschlossen
- überwiegend Einzelofenbeheizung in der Großbeerenstr.
- dezentrale Warmwasseraufbereitung (Durchlauferhitzer, Boiler bzw. Öfen)
- kleine und unkomfortable Bäder
- mangelhafte Bauwerksabdichtung
- Anschluss der Großbeerenstr. 155, 157 an die Fernwärme
- Art und Umfang der Baustelleneinrichtung / verkehrsrechtliche Anordnungen



Maßnahmen	Nachhaltige Variante	Basis-Variante	Sub-standard
Erneuerung Medienhausanschlüsse und Erneuerung Heizung, Lüftung, Sanitär	X	X	X
Rohbau/Ausbau – Dachausbau, Dachwohnungen	X	-	-
Fassade – Balkonanbau (46 Stück)	X	X	-
Fassadendämmung	X	X	X
Fensterarbeiten – Balkontüren	X	X	-
reduzierte Wohnfläche	-	X	X
Grundrissoptimierung	X	X	-
Austausch Schließanlage	X	X	X

Fördermittel für Nachhaltige Variante sind in Aussicht gestellt worden



Baulicher Zustand und Besonderheiten der Sanierung

Behlertstraße / Gutenbergstraße

- Baujahr 1935
- 21 Aufgänge, 131 Wohnungen, Wohnfläche 7.482 m²
- kein Denkmalschutz, Gebäude liegen nicht im Sanierungsgebiet
- Gebäude sind komplett unsaniert, teilweise desolates Bild
- Gebäude sind vollständig unterkellert
- Dächer in sehr schlechtem Zustand
- Ausstattung der Wohnungen bauzeitlich, veraltet oder abgenutzt
- diverse Heizarten (Schwerpunkt Kohlen- und Gasheizungen)
- Zwischenumsetzung aller Mieter erforderlich
- Teilung des Bauvorhabens in mehrere Bauabschnitte
- hoher Aufwand bei der Medienerschließung und Anschluss an Fernwärme
- Art und Umfang der Baustelleneinrichtung / verkehrsrechtliche Anordnungen
- sehr hoher Aufwand zur Wiederherstellung der Innenhofbereiche
- PKW-Stellplatzproblematik





Bad



Bad



Küche

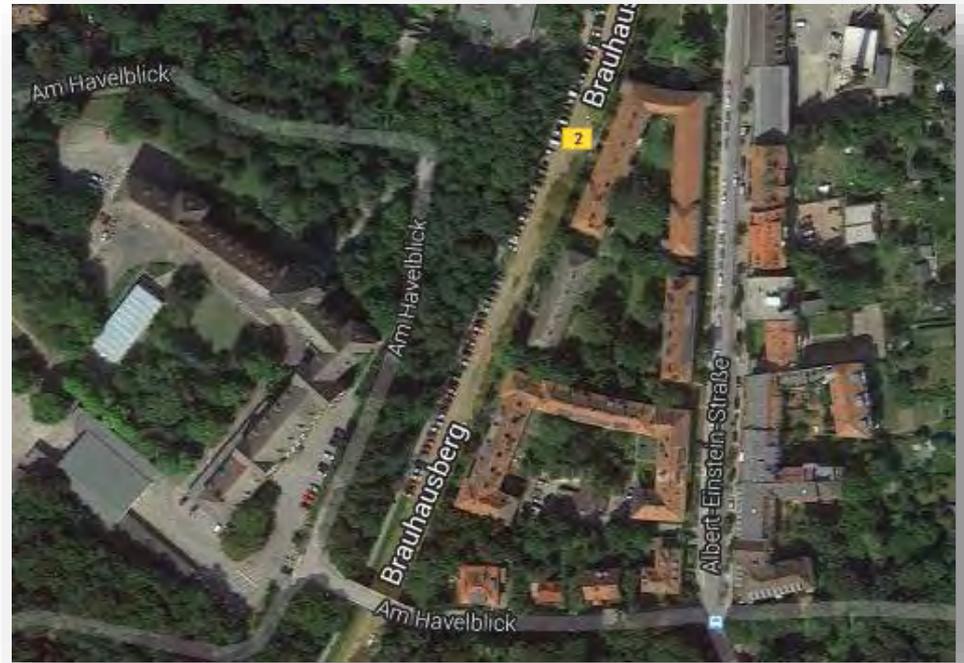


Ofenheizung



Ofenheizung

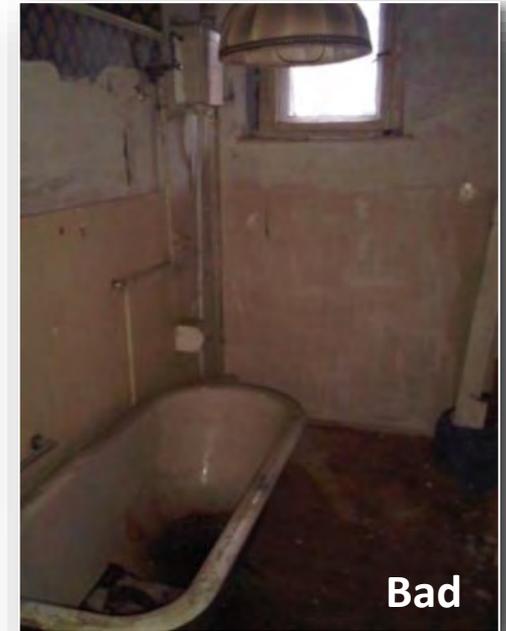
Maßnahmen im Rahmen des Pilotprojektes	
Erneuerung Medienhausanschlüsse und Erneuerung Heizung, Sanitär und Elektro, Einbau einer Abluftanlage	
Rohbau: minimale Grundrissanpassungen, wenn erforderlich, Abdichtungsarbeiten Keller und Erneuerung der Hauseingänge	Keine wesentlichen Grundrissänderungen, kein DG-Ausbau,
Reparatur Dachtragwerk, Erneuerung Dacheindeckung und Entwässerung, Dämmung der obersten Geschossdecke	
Fassadendämmung	
Erneuerung der Fenster und Wohnungseingangstüren	Keine Balkonanlagen
Erneuerung der Wand- und Bodenbeläge in den Wohnungen und im Treppenhäusern	
Fliesenarbeiten in den Bädern	
Außenanlagen: Herstellung Traufstreifen, Regenableitung, Erneuerung der Fußwege und Hauszugänge	Keine Abrissarbeiten, keine Pflanzungen, keine Herstellung von Stellplätzen, Spielplätzen o. ä.



Baulicher Zustand und Besonderheiten der Sanierung

Brauhausberg / Albert-Einstein-Str.

- Baujahr: 1930-1932
- 19 Aufgänge, 145 Wohnungen (davon 9 Leerwohnungen)
- Gebäude stehen unter Denkmalschutz
- Dachgeschoss teilweise ausgebaut und zusätzlich als Trockenboden genutzt.
- Mischheizungen: Gas-Etagenheizungen, Ofenheizung, Ölheizungen
- Zwischenumsetzung aller Mieter erforderlich
- Teilung des Bauvorhabens in mehrere Bauabschnitte
- Anschluss an die Fernwärme und hoher Aufwand bei der Medienerschließung
- Art und Umfang der Baustelleneinrichtung / verkehrsrechtliche Anordnungen
- Ämterauflagen
- PKW-Stellplatzproblematik

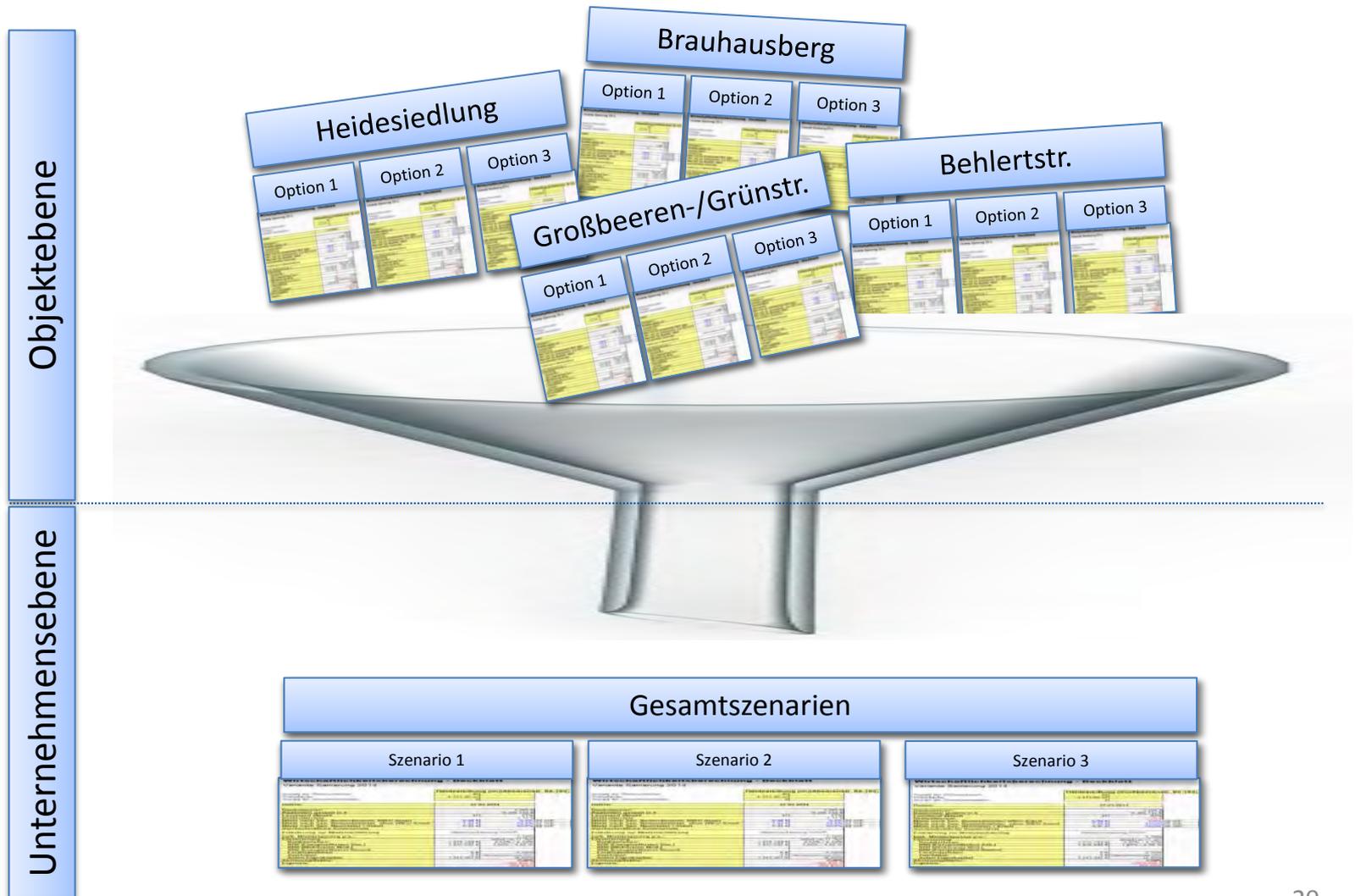


Maßnahmen	Nachhaltige Variante	Basis-Variante	Sub-standard
Erneuerung Medienhausanschlüsse und Erneuerung Heizung, Sanitär, Elektro	X	X	X
Lüftung	X	-	-
Erneuerung der Horizontal-/Vertikalsperrung	X	-	-
Dachgeschossausbau	X	-	-
Fassade – Balkonanbau	X	teilweise	-
Instandsetzung der Fassade	X	X	X
Fenstererneuerung	X	X	-
Grundrissveränderungen	X	-	-
Instandsetzung der Kellerbereiche	X	-	-
Austausch Schließanlage	X	X	X
Modernisierung der Bäder	X	X	X

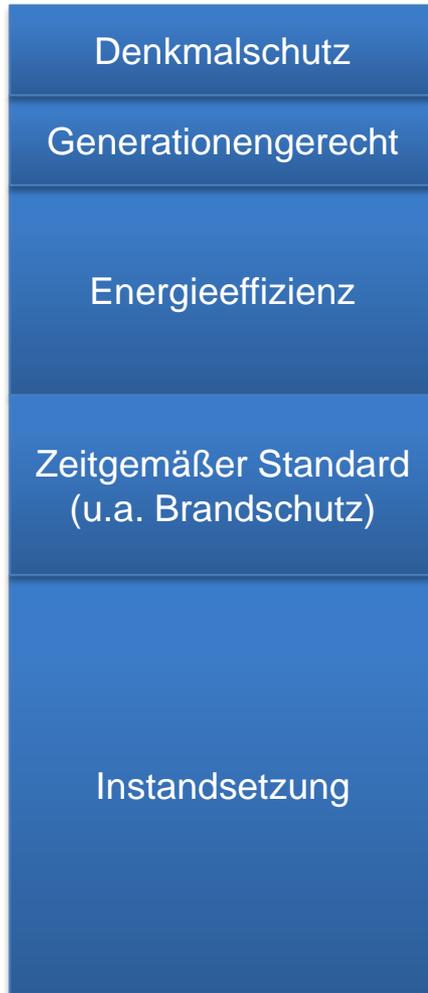
Fördermittel für Nachhaltige Variante sind in Aussicht gestellt worden

Gesamt Betrachtung

(von „Was wird gewünscht?“ zu „Was ist finanzierbar?“)



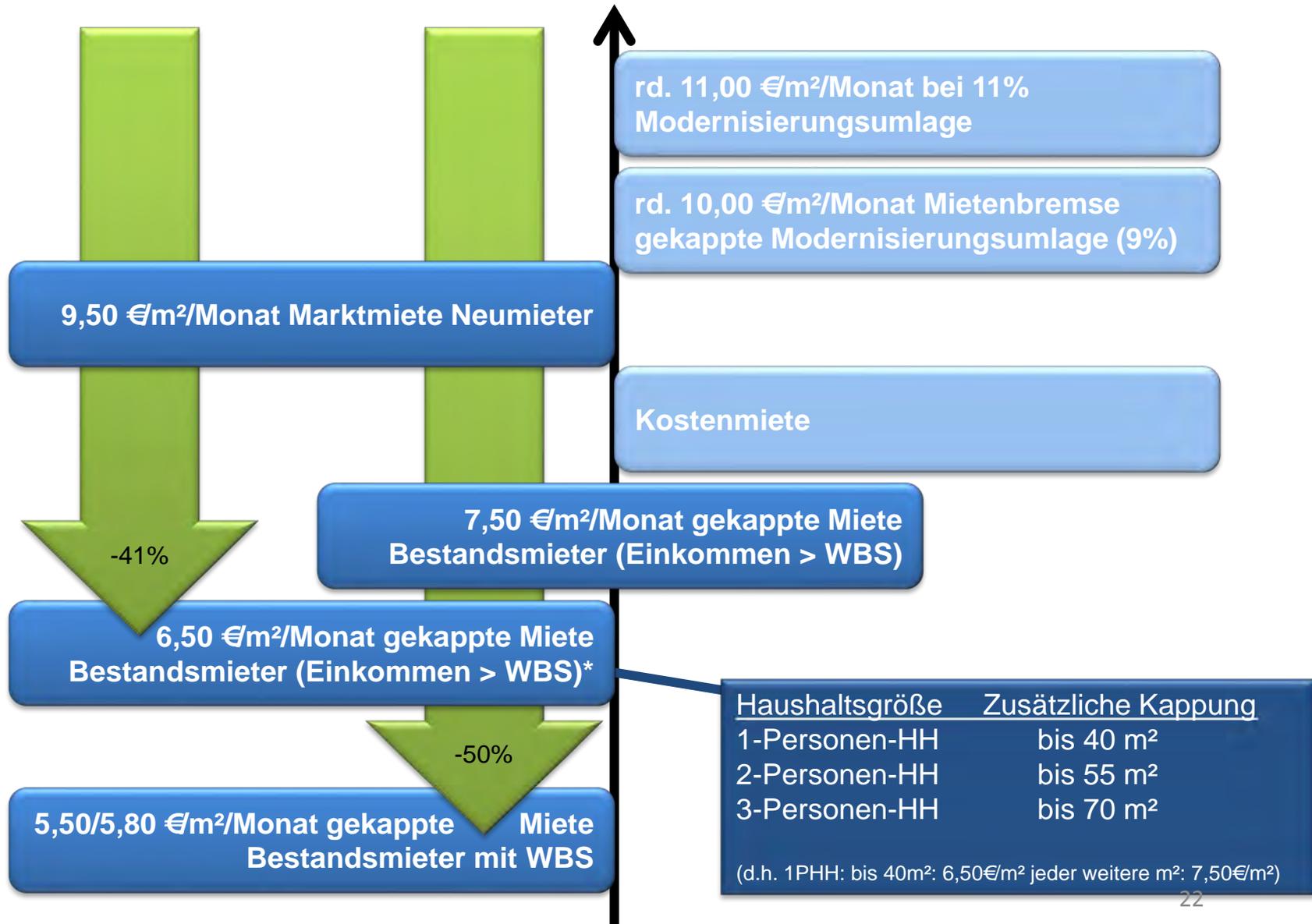
rd. 45 Mio €



rd. 32 Mio €



Sozialverträgliche Mieten durch Mietendifferenzierung





Nutzen Sie das noch immer historisch günstige Zinsniveau. Überzeugen Sie sich:



Laufzeit 1: Hoch: 2,45 %; Tief: 0,39 %; Durchschnitt: 1,54 %
 Laufzeit 2: Hoch: 1,53 %; Tief: 0,06 %; Durchschnitt: 0,74 %

Laufzeit wählen

Laufzeit 1:

Laufzeit 2:

Zeitraum wählen oder eingeben

7 T	14 T	1 M	3 M	6 M
12 M	5 J	10 J	15 J	20 J

von

bis

- *LHP Stadtverwaltung*
- *Mitarbeiter des Beteiligungsbüros / Moderatoren*
- *MietervertreterInnen*
- *Mitarbeiter der ProPotsdam*
 - *Teilnahme an Sitzungen*
 - *Vorbereitung von Lösungen*
- *Mitarbeiter der ILB und des Ministeriums (MIL),
sowie der LHP Stadtverwaltung*

Erfolgreiche Sanierung benötigt Zusammenwirken von LHP/ProPotsdam/Mietern/Land:

<i>Fördergebiete</i>	<i>Belegungsrechte</i>	<i>Außenanlagen</i>
<i>Fördermittel</i>	<i>Umzug während Sanierung</i>	<i>Zügige Sanierung</i>

 Verzögerungen erhöhen Baukosten und damit Kostenmieten.



- Sanierung mit Landes-Fördermitteln:**
- ✓ Heidesiedlung
 - ✓ Großbeerenstr./Grünstr.
 - ✓ Brauhausberg
- Sanierung ohne Fördermittel:**
- ✓ Behlertstr. (teilweise)

Bestandsmieter ohne WBS

Nettokaltmiete €/m²

*bis 40/55/70 m² je nach Haushaltstyp **6,50* / 7,50**

Bestandsmieter mit WBS

Nettokaltmiete €/m²

5,50 / 5,80

Ausblick: Die Fördermittel für Brauhausberg, Großbeeren-/Grünstr. werden angemeldet, nach Vorlage der Planungen beantragt. Das Pilotprojekt Behlertstr. ist Grundlage für weitere Gespräche mit Mietervertretung und Planungen der ProPotsdam.

Fair Wohnen in Potsdam!

MIETE



schön

Behlert-Gutenberg-Karree

Zukunft der Wohnsiedlung Behlert-Gutenberg-Karree
Eckpunktepapier I Entwurf I Stand: 05.05.2015

§3 nicht-einvernehmliche Erklärungen

1. „(...)dass sich die Pro Potsdam bei einem Scheitern des (...) beschriebenen Pilotprojektes anderweitige Handlungsoptionen gegen den erklärten Willen der Initiative offen hält – so etwa auch einen Teilverkauf der dann noch unsanierten Wohnblöcke des Karrees.“

2. „(...)fordert die Mieter*innen-Initiative Behlert-Gutenberg-Karree die Stadtverordnetenversammlung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Pro Potsdam für die Umsetzung des (...) bezeichneten Pilotprojektes entsprechende Unterstützung aus dem kommunalen Haushalt erhält.“



Fair Wohnen in Potsdam!

MIETE



schön

Behlert-Gutenberg-Karree



MIETE ▶ **schön**
Großbeerenstraße/Grünstraße

MIETE ▶ **schön**
Großbeerenstraße/Grünstraße



MIETE ▶ *schön*
Großbeerenstraße/Grünstraße



MIETE ▶ schön
Großbeerenstraße/Grünstraße





MIETE



schön

Großbeerenstraße/Grünstraße



**WerkStadt für
Beteiligung**
Potsdam mitgestalten



Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree,
Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße

Herzlich Willkommen

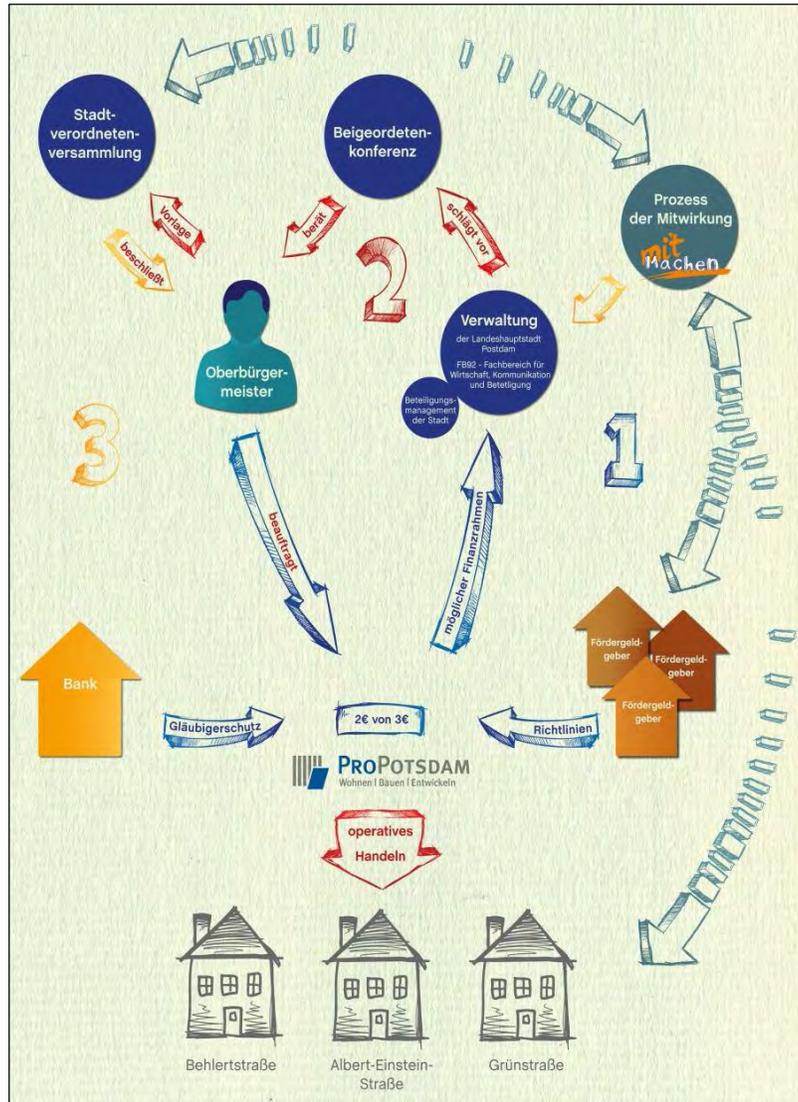
Bitte nehmen Sie Platz

Bei Fragen oder Problemen wenden Sie sich gern an das WerkStadt-Team

Ziele der Konferenz



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- Zusammenführung aller Akteur*innen
- Vorstellung aller Handlungsansätze
- Information und Diskussion
- Sammlung weiterer Vorschläge
- Vorbereitung der nächsten Prozessphase
- Vereinbarungen zum weiteren Prozess

ABLAUF

13.00 bis 14.30	Einleitung und Stellungnahmen
14.30 bis 15.00	PAUSE
15.00 bis 16.30	3 mal 3 je 30-minütige Gesprächstische
16.30 bis 17.00	PAUSE
17.00 bis 18.00	Gesprächsrunde mit den Stadtverordneten und Abschluss

Grundsätze der Beteiligung in Potsdam



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Verbindlichkeit

Frühzeitige Einbeziehung

Niedrigschwellige Information

Aktivierung von Einwohner*innen

Anerkennungskultur

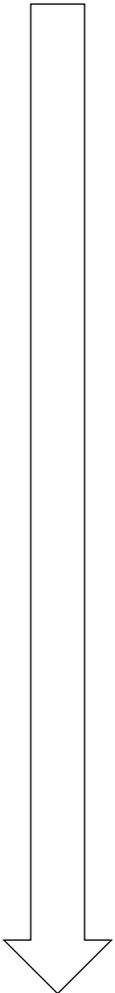
Angemessene Kommunikationskultur

Chancengleichheit

Ablauf des Mitwirkungsprozesses



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten

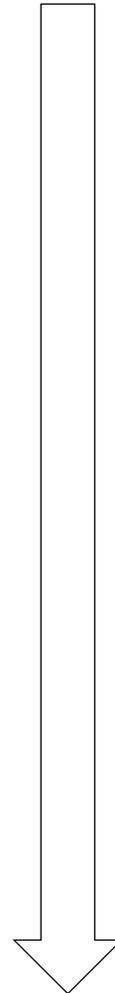


Phase 1
Vorbereitung

- Verständigung mit allen Akteur*innen
- Ausarbeitung eines Prozessentwurfs
- praktische Vorbereitung

Phase 2
Start

- Beschluss der SVV/HA zum Mitwirkungsprozess
- Tagung zur Information & zum Wissenstransfer



Phase 3
Arbeit

- nach Objekten getrennte Arbeitsgruppen
- gemeinsame Konferenz zur Zusammenführung der Handlungsansätze

Phase 4
Klärung
(Optional)

- ggf. erneute Abstimmung in den Arbeitsgruppen
- ggf. Klärung von Konflikten am Runden Tisch

Phase 5
Beschluss

- Vereinbarungen
- Beschluss der Ergebnisse durch StVV

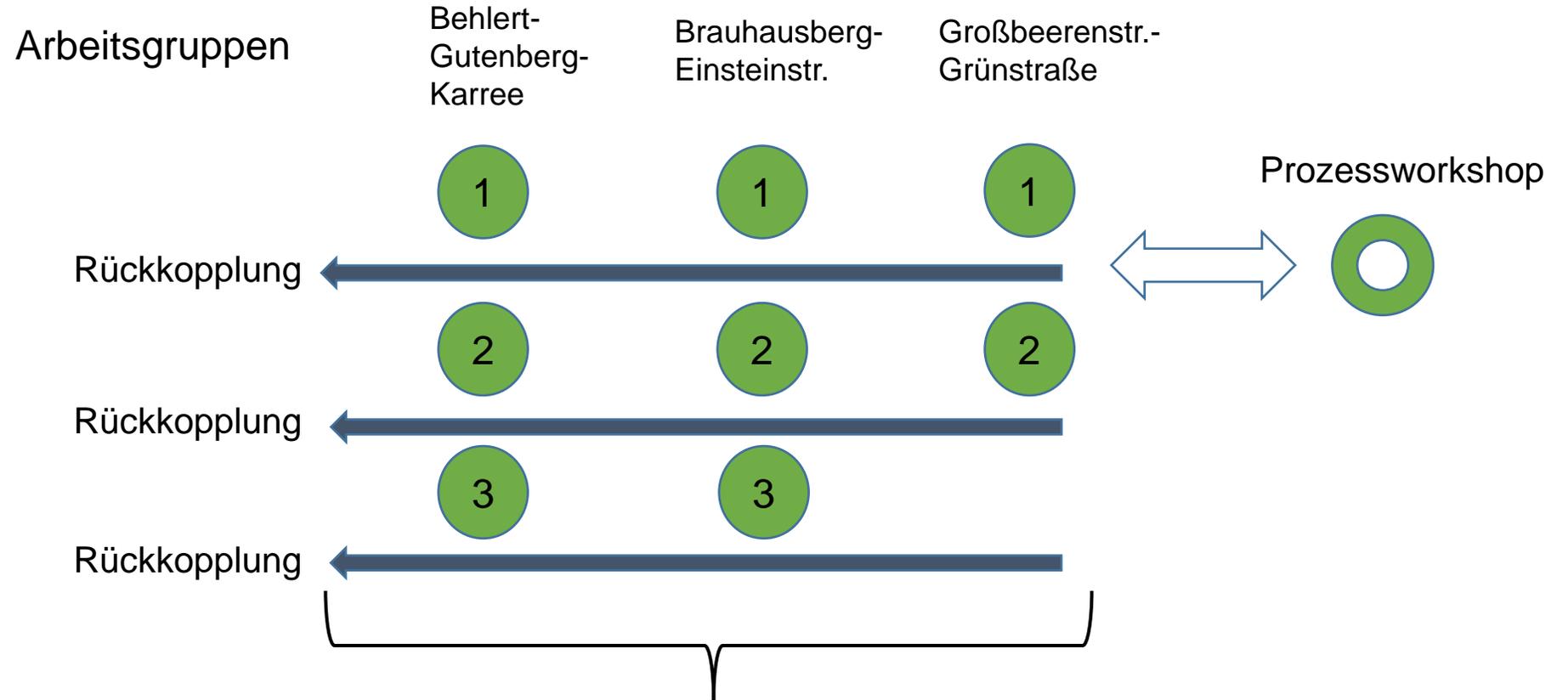
Aktueller Prozessstand



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Phase 3
Arbeit



Konferenz am 30.05.2015

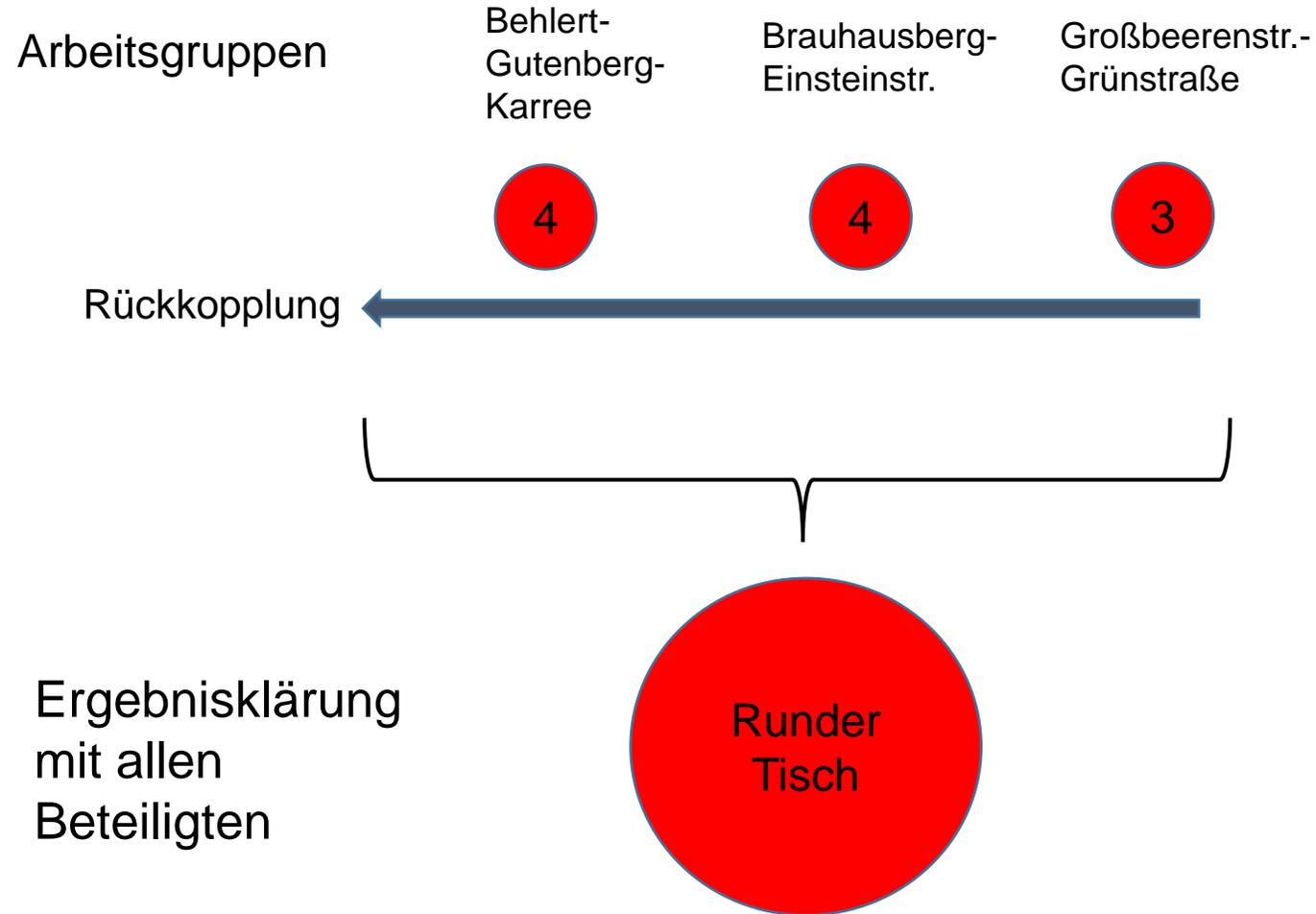
Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Phase 4
Klärung



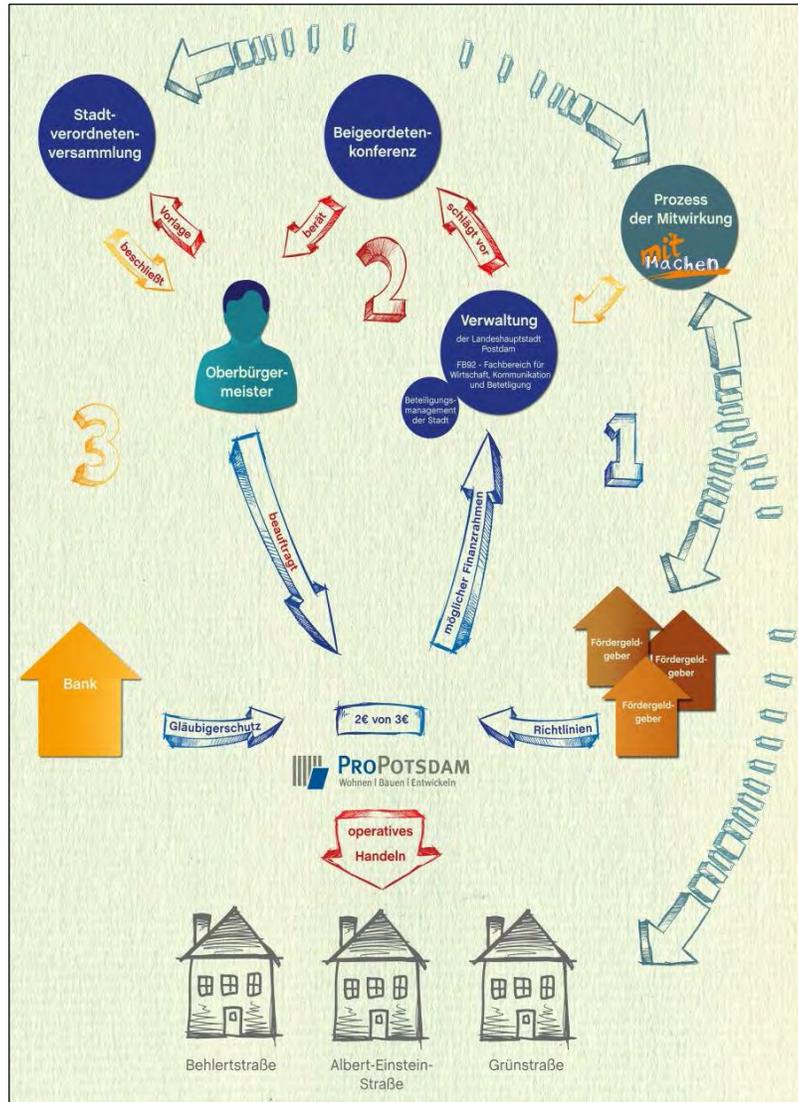
Juni 2015

Juli 2015

Ziele der Konferenz



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- Zusammenführung aller Akteur*innen
- Vorstellung aller Handlungsansätze
- Information und Diskussion
- Sammlung weiterer Vorschläge
- Vorbereitung der nächsten Prozessphase
- Vereinbarungen zum weiteren Prozess

Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



13.10 bis 13.20 - Blick auf die aktuelle Situation in Potsdam durch Fachverwaltung

13.20 bis 13.30 - Vorstellung der Initiative MIETE-*schön*

13.30 bis 13.40 - Darstellung des der Initiative Behlert-Gutenberg-Karree

13.40 bis 13.50 - Darstellung der Initiative Großbeerenstr./Grünstr.

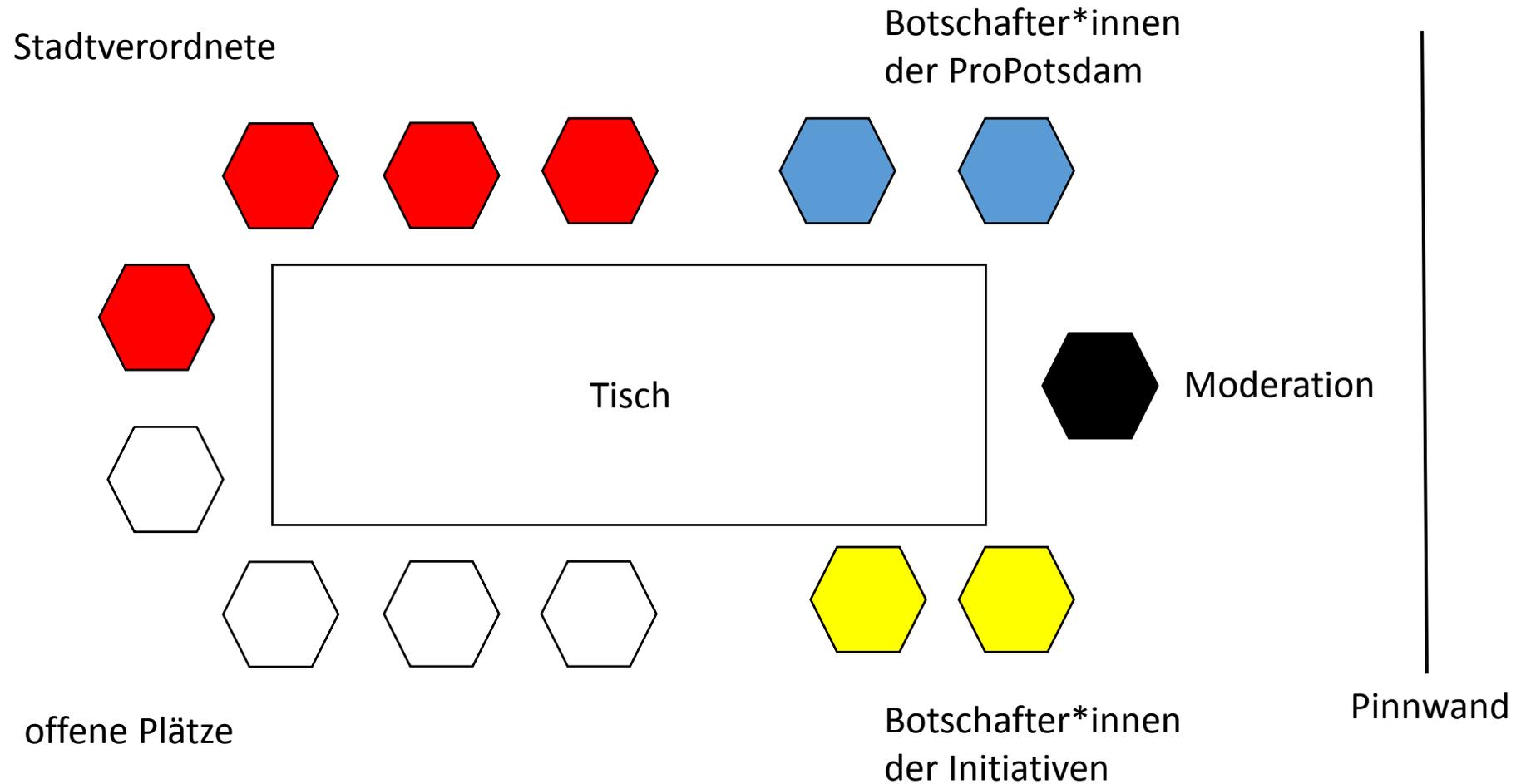
13.50 bis 14.00 - Darstellung der Initiative Brauhausberg/Einsteinstr.

14.00 bis 14.30 - Darstellung der ProPotsdam für alle drei Siedlungen

Konferenz zur Zukunft der Wohnsiedlungen



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten





**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0378

Betreff:
Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum 18.05.2015

Eingang 922: 18.05.2015

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

03.06.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Zur Umsetzung der Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 wird der Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt (Anlage).

Beschluss DS 08/SVV/0961 „Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007“



Bürgerhaushalt 2012

*Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge*

KURZFASSUNG

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2012

Erläuterungen:

Der Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam wurde in einem sechsmonatigen Partizipationsprozess aufgestellt. Es bestand die Möglichkeit, Vorschläge zu verschiedenen Themenbereichen der städtischen Haushaltsplanung einzubringen. Insgesamt wurden 617 Empfehlungen eingereicht. Anhand mehrerer Abstimmungsrunden wurde daraus die „TOP 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ erstellt. Insgesamt wurde eine deutliche Steigerung der Beteiligung verzeichnet. Es ergaben sich insgesamt rund 8800 Teilnahmen.

Diese Liste der 21 am besten bewerteten Bürgeranregungen wurde am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Fachausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 2. Mai 2012 entschied die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich über den Bürgerhaushalt 2012. Von den 21 Bürgeranregungen wurden zehn Vorschläge angenommen oder als „bereits in Umsetzung“ vermerkt, für fünf Vorschläge wurden weitergehende Prüfaufträge erteilt und sechs Bürgerideen abgelehnt.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2012 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2012. Weiterhin wurde der Ausblick für kommende Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung nach 2012 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

-  (GRÜN) > Ja, Umsetzung abgeschlossen / findet statt / in Planung. (12)
-  (GELB) > Ja zum Teil, ähnliche Maßnahmen werden unternommen. (1)
-  (ROT) > Nein, Umsetzung kann nicht realisiert werden. (8)

Zusammenfassung der Kosten für umgesetzte Vorschläge des Bürgerhaushalts 2012

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss 2012:	0 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss 2012:	12.527 Euro
Ausblick ab 2013:	
Geplante Aufwendungen aus Vorschlägen des Bürgerhaushalt 2012 in Folgejahren:	1.592.060 Euro

Nr.	Be- schluss der StVV	Titel	Ergebnis Ertrag 2012	Ergebnis Aufwand 2012	KOSTEN- PLANUNG Aufwand ab 2013 GESAMT
			0 EUR	12.527 EUR	1.592.060 EUR
1	Ablehnung	Tierheim endlich bauen	0	0	0
2	Zur Kennt- nis ge- nommen	Brauhausberg: Sanierung Schwimmhalle	0	0	0
3	Ablehnung	Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"	0	0	250.000
4	Annahme	Konzept zur Schaffung von bezahl- barem Wohnraum	0	0	80.000
5	Prüfauftrag	Mehr Sauberkeit in der Stadt	0	0	0
6	Annahme	Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	0	0	0
7	Ablehnung	Besserer Kita-Betreuungsschlüssel	0	0	0
8	Annahme	100% Strom aus erneuerbaren Energien / Neubau von Anlagen	0	0	0
9	Prüfauftrag	Buslinie 693 wieder durchgängig bis Joh.-Kepler-Platz	0	0	0
10	Annahme	Kostenloser Nahverkehr bei Ausflü- gen von Schulen und Kitas	0	5.613	14.474
11	Bereits in Umsetzung	Kulturstandort "ARCHIV" erhalten (Brandschutz / Nutzungsverträge)	0	0	588.000
12	Annahme	Staudenhof erhalten und pflegen	0	3.500	3.000 / Jahr
13	Annahme	Radweg zw. Wetzlarer Straße und Stern erneuern	0	3.414	356.586
14	Prüfauftrag	Drei- bzw. Sechsmontatskarten für Nahverkehr anbieten	0	0	0
15	Prüfauftrag	Fußballplatz für Potsdamer Norden	0	0	0
16	Ablehnung	Vier autofreie Sonntage im Jahr	0	0	0
17	Bereits in Umsetzung	Sicherheit am Überweg Geschwis- ter-Scholl-Str. (Kita Tausendfüßler)	0	0	0
18	Geändert beschlossen	Privatisierung Groß Glienicker See- hälfte verhindern	0	0	0
19	Prüfauftrag	Sicheren Schulweg zur Regenbo- genschule Fahrland einrichten	0	0	0
20	Ablehnung	Einführung vegetarischer Wochentag	0	0	0
21	Bereits in Umsetzung	WESTKURVE - Als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Str. planen	0	0	300.000

LBB-Nr. 1 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● GELB - Tierheim endlich bauen

Kurzfassung:

Es macht mich sehr wütend, dass Potsdam immer noch nicht fähig ist, ein Tierheim zu bauen. Es befand sich in einer der besten...

> Ausblick / Aktueller Stand:

Die Verhandlungen mit dem Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) zum Verkauf des Sago-Geländes hatten zum Ergebnis, dass der TSV im November 2014 den Kaufvertrag für das Grundstück zum Bau einer Tierbetreuungseinrichtung und eines Tierheims notariell beurkundet hat. Dieser steht noch unter Vorbehalt der kommunalrechtlichen Genehmigung. Damit sind für den TSV die Voraussetzungen geschaffen, einen Bauantrag stellen zu können. Die Betreuung der Potsdamer Fund- und Verwahrtiere als Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt derzeit im „Pfötchenhotel“ in Beelitz. Durch die Insolvenz des Betriebes in Beelitz organisiert die Landeshauptstadt für die Zeit vom 1.12.2014 bis 31.12.2015 eine interimswise Tierunterbringung. Um die Betreuung der Fund- und Verwahrtiere weiterhin ab 1.1.2016 erfüllen zu können, wird 2015 eine europaweite Ausschreibung der Fund- und Verwahrtiere-Betreuung erfolgen. Dabei soll diese Aufgabe möglichst in Potsdam bzw. in Potsdams engerer Umgebung erfüllt werden. Eine Beteiligung an einer solchen Ausschreibung ist dem TSV möglich.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4088>

LBB-Nr. 2 (Beschluss StVV: Zur Kenntnis genommen)

●●● ROT - Brauhausberg: Sanierung Schwimmhalle

Kurzfassung:

Statt eines Neubaus sollte das Bad am Brauhausberg saniert werden. Das spart viele Millionen. Das Bad bleibt dann im Zentrum und ist...

> Durch die Stadtverordnetenversammlung als „erledigt“ zur Kenntnis genommen. Grund: Badbefragung hat Vorschlag hinfällig gemacht, da diese Option nicht zur Auswahl stand.

> Ausblick / Aktueller Stand:

Das neue Sport- und Freizeitbad entsteht am Brauhausberg und soll Ende 2016 eröffnen. In einer Bürgerbefragung im Jahr 2012 hat sich die Mehrheit der Teilnehmer für diesen Standort entschieden. Die Stadtverordnetenversammlung hat daraufhin die entsprechenden Beschlüsse angepasst. Das neue Bad ist inzwischen im Bau. Die alte Schwimmhalle wird bis zur Eröffnung des neuen Bades weiter betrieben und dann abgerissen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4230>

LBB-Nr. 3 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● GRÜN - Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"

Kurzfassung:

Die Stadt Potsdam soll im Haushalt 2012 die Mittel zur Verfügung stellen, um zwischen Park Babelsberg und Nutheschnellstraße die ...

> Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Der aktuelle Vorschlag geht deutlich über einen bereits bestätigten aus dem Vorjahr hinaus. Eine zusätzliche Finanzierung über die bisher geplanten 250.000 Euro zur Einrichtung eines Bolzplatzes wird nicht befürwortet.

> Ausblick / Aktueller Stand:

Für den Fußballplatz soll ein vereinfachter Bodenaufbau in Anlehnung an die DIN mit vergleichbaren Eigenschaften realisiert werden. Ab Mai 2016 soll der Platz voraussichtlich bespielbar sein.

Ausblick ab 2013: 250.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4125>

LBB-Nr. 4 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Kurzfassung:

Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Angesichts der stetig steigenden Mieten in Potsdam wäre ein Konzept der Stadt für bezahlbaren Wohnraum dringend notwendig. Es kann nicht sein, ...

> Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Derzeit wird ein neues Wohnungspolitisches Konzept erarbeitet, das auch zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen dient. Wohnungspolitische Zielsetzungen, die im Zuge der Konzepterstellung bereits formuliert wurden, sollen nach Handlungsfeldern differenziert mit Maßnahmen, Umsetzungsschritten und Verantwortlichkeiten unterlegt werden und dergestalt Eingang in eine Beschlussvorlage zur Stadtverordnetenversammlung finden, die im September 2015 vorliegen wird.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: Für die externen Begleitung bei der Erstellung des Konzepts wurden 80.000 EUR in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 bereit gestellt, die jeweils hälftig von den Geschäftsbereichen 3 und 4 getragen werden.

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4089>

LBB-Nr. 5 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Mehr Sauberkeit in der Stadt (Abfallbehälter)
Kurzfassung:

Es wird vorgeschlagen, mehr Papierkörbe oder andere Abfallentsorgungsmöglichkeiten in der Stadt zu schaffen.

> Ergebnis der Prüfung:

Der Ausbau der Standorte von Abfallbehältern wäre nur über eine Erhöhung des Aufwendungsansatzes möglich. Bei der Aufstellung zusätzlicher Papierkörbe im öffentlichen Raum handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe. Da die Landeshauptstadt Potsdam das Ziel hat, 2015/2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, ist an die Übernahme zusätzlicher freiwilliger Leistungen ein enger Maßstab anzulegen. Auf der Grundlage dieser Zielstellung kann der Ausweitung derzeit nicht vorgenommen werden. Die Verwaltung prüft kontinuierlich im Rahmen des vorhandenen Budgets und einer effektiven Bewirtschaftung die vorhandenen und ggf. neu anzuschaffenden Abfallbehälter.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4106>

LBB-Nr. 6 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche
Kurzfassung:

Meiner Meinung nach sollten keine städtischen Gelder für den Wiederaufbau der Garnisonkirche ausgegeben werden. Der gesamte Umbau...

> Aktueller Sachstand:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2008 (Beitritt zur Stiftung Garnisonkirche Potsdam) stellt die Landeshauptstadt keine finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung. Dies wurde auch noch einmal mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (12/SVV/0759) aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2013/2014 bekräftigt.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/3340>

LBB-Nr. 7 (Beschluss StVV: Ablehnung)
●●● ROT - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas
Kurzfassung:

Ich schlage eine Veränderung des Betreuungsschlüssels vor, so dass die Zeit die ein/e Erzieher/in mit pflegerischen und versorgenden...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Novellierung des Betreuungsschlüssels bereits 2010 durch die Landesregierung erfolgt, Vorschlag betrifft zum Teil Landesmittel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4143>

LBB-Nr. 8 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - 100% Strom aus erneuerbaren Energien / Neubau von Anlagen

Kurzfassung:

100% erneuerbare Energien bis 2050 für ganz Deutschland. Wie es geht hat Greenpeace gezeigt. Potsdam sollte als Landeshauptstadt Vorbild...

> Aktueller Sachstand:

Das Auswahlverfahren zur Anmietung von Dachflächen für die Installation von Photovoltaikanlagen wurde abgeschlossen. Insgesamt gab es 12 Interessenten von denen der KIS sechs für die Anmietung der veröffentlichten Dachflächen ausgewählt hat. Weitere Dachflächen zur Belegung mit Photovoltaikanlagen stehen derzeit nicht zur Verfügung.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4091>

LBB-Nr. 9 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Buslinie 693 wieder durchgängig bis Joh.-Kepler-Platz

Kurzfassung:

Es wird vorgeschlagen, die Buslinie 693 wieder durchgängig bis zum Johannes-Kepler-Platz über das Stern-Center ins Liniennetz...

> Ergebnis der Prüfung:

Im Rahmen eines im 2. Halbjahr 2012 erarbeiteten Buskonzeptes wurden durch das beauftragte externe Planungsbüro Verbesserungsmöglichkeiten geprüft, aber Veränderungen nicht empfohlen. Entsprechend ergeben sich zur Linie 693 keine Veränderungen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4105>

LBB-Nr. 10 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Kurzfassung:

Der kostenlose Nahverkehr soll bei Kita-Gruppen für alle Kinder gelten. Also auch für die Kinder, die schon das 6. Lebensjahr...

> Aktueller Sachstand:

Im Rahmen der Fahrtkostenerstattung wurden für eintägige Ausflüge beim Sozialamt über das Bildungs- und Teilhabepaket für Sozialleistungsempfänger in den Jahren 2012 bis 2014 die folgend aufgeführten Kosten in Anspruch genommen:

	eintägige Kitaausflüge	eintägige Schulausflüge	Gesamt
2012:	848,90	4.764,05	5.612,95
2013:	1.102,50	5.514,18	6.616,68
2014:	2.175,10	5.681,61	7.856,71

Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die kompletten Kosten für eintägige Ausflüge. Die Fahrkosten sind nicht gesondert abgebildet.

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 5.613 EUR

Ausblick ab 2013 (bis 2014): 14.474 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/3326>

LBB-Nr. 11 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Kulturstandort "ARCHIV" erhalten (Brandschutz / Nutzungsverträge)
Kurzfassung:

Dem Kulturstandort "ARCHIV", in der Leipziger Straße 60, die Brandschutzssanierung bezahlen und den Kommunalen Immobilien Service...

> Aktueller Sachstand:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam werden für die brandschutz-technische Sanierung des Gebäudes 625.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsergebnis 2010 wurden davon rund 27.000 Euro, in 2011 rund 10.000 Euro bereitgestellt. In 2012 wurden keine Mittel abgerufen. Für die Jahre ab 2013 stehen insgesamt noch rund 588.000 Euro zur Verfügung. Im Jahr 2013 wurden rund 41.000 Euro verwendet. Der Verein prüft verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung durch weitere Fördermittel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 11.400 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 588.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2245>

LBB-Nr. 12 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Staudenhof erhalten und pflegen

Kurzfassung:

Der einstmals sehr gelungene Staudenhof sollte wieder in Ordnung gebracht, richtig gepflegt und erhalten werden. Die Anlage...

> Ausblick zur Realisierung:

Die Pflege der Grünanlage wurde intensiviert, umfangreiche Schnittmaßnahmen in den Strauchpflanzungen durchgeführt und Nachpflanzungen im Herbst 2012 und Frühjahr 2013 vorgenommen. Ab Herbst 2014 werden im Rahmen des ‚Projektes Staudengarten‘ weitere Verschönerungsarbeiten in Zusammenarbeit mit Bewohnern, freiwilligen Helfern und Flüchtlingen im Areal organisiert.

Kostenplanung 2012: Aufwand: ca. 1.000 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: ca. 3.500 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: ca. 3.000 EUR pro Jahr

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2810>

LBB-Nr. 13 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Radweg zw. Wetzlarer Straße und Stern erneuern

Kurzfassung:

Der Radweg entlang der Autobahnbrücke zwischen Stern und Schlaatz müsste dringend verbessert werden. Dieser Radweg...

> Ausblick zur Realisierung:

Mit den Planungsleistungen für das Teilstück wurde im Mai 2012 begonnen. Mit einem Abschluss der Vorplanungen rechnet die Landeshauptstadt Potsdam im 3. Quartal 2015. Für eine Realisierung des Vorhabens werden insgesamt sind 360.000 EUR veranschlagt.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 3.500 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 3.414 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 356.586 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4092>

LBB-Nr. 14 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Drei- bzw. Sechsmonatskarten für Nahverkehr anbieten

Kurzfassung:

Als Ergänzung zum Fahrradkonzept der Stadt Potsdam, wäre es sinnvoll für die Wintermonate ein ÖPNV-Abo mit 3 bzw. 6 Monaten Laufzeit...

> Aktueller Sachstand:

Der Prüfauftrag zur Einführung von vorgenannten Winterabonnements wurde an die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) weitergeleitet und wird dort aktuell innerhalb der Gremien der Verbundgesellschaft und mit den beteiligten Verkehrs-

unternehmen diskutiert. Aufgrund nicht abschätzbarer wirtschaftlicher Auswirkungen u.a. durch Wanderungseffekte aus bereits bestehenden Abonnements, wurde der Prüfauftrag in die Arbeitsgruppe Tarifweiterentwicklung integriert. Die weitere Befassung erfolgt nach dem Vorliegen einer Modellstudie zu den Effekten der Produkteinführung in den Städten Cottbus, Frankfurt Oder und Brandenburg an der Havel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4094>

LBB-Nr. 15 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

ROT - Fußballplatz im Potsdamer Norden schaffen

Kurzfassung:

Die Bedingungen für den organisierten Breitensport im Potsdamer Norden, insbesondere im Bornstedter Feld, sind unzureichend...

> Aktueller Sachstand:

Mit dem Naturrasenfußballfeld in Neu Fahrland konnte eine leichte Entlastung erreicht werden, wobei diese Anlage den Fehlbedarf nicht kompensieren kann und die Entfernung insbesondere für den jüngeren Nachwuchs von den Vereinen als nachteilig angesehen wird. Die Stadt wird weitere Standorte prüfen, um die Sportstätten-situation im Potsdamer Norden langfristig zu verbessern. Durch die Umsetzung des Schulentwicklungsplans werden im Potsdamer Norden weitere Schulstandorte geschaffen, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen werden. Dies wird im Bereich der Sporthallen für Entlastung sorgen, nicht bei den Sportfreianlagen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4102>

LBB-Nr. 16 (Beschluss StVV: Ablehnung)

ROT - Vier autofreie Sonntage im Jahr (je 8-21 Uhr)

Kurzfassung:

Es sollte vier autofreie Sonntage im Jahr, je von 8 bis 21 Uhr geben. Dies könnte für Strassenfeste und -aktionen und auch für touristische...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt:Keine Mehrheit im Finanzausschuss vorhanden.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4131>

LBB-Nr. 17 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Sicherheit Überweg Geschwister-Scholl-Str. (Nähe Kita Tausendfüßler)

Kurzfassung:

Die AWO-Kita Tausendfüßler liegt an der Geschwister-Scholl-Straße 52a, etwas abseits der Straße. In Höhe des Eingangs zur Kita gibt es einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) und für diesen Bereich ist eine Tempo-30-Zone...

> Aktueller Sachstand:

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen sind ausgeschöpft. Das Anliegen wurde beziehungsweise auf die Einschätzung der Verwaltung von der Stadtverordnetenversammlung als "bereits durch Verwaltungshandeln erledigt" beschlossen. Über die konkrete Umsetzung wurde erneut im November 2012 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4087>

LBB-Nr. 18 (Beschluss StVV: Geändert beschlossen)

●●● GRÜN - Privatisierung der Groß Glienicker Seehälfte verhindern

Kurzfassung:

Die sich im Besitz der BlmA befindlichen Seehälfte des Groß Glienicker See ist durch die Stadt zu erwerben...

> **Beschlusstext:** „Die Landeshauptstadt Potsdam wird alles unternehmen, um eine Privatisierung der zu Potsdam gehörenden Seehälfte des Groß Glienicker Sees zu verhindern.“

> Aktueller Sachstand:

Inzwischen hat das Land Brandenburg mit Vermögenszuordnungsvereinbarung vom 09./11.12.2014 den Potsdamer Teil des Groß Glienicker Sees von der BlmA übernommen. Es besteht aktuell keine unmittelbare Gefahr, dass die Seehälfte privatisiert wird. Die Landeshauptstadt Potsdam prüft derzeit, ob eine Weiterübertragung des Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees vom Land auf die Landeshauptstadt Potsdam erfolgen soll.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4096>

LBB-Nr. 19 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Sicherer Schulweg zur Regenbogenschule Fahrland einrichten

Kurzfassung:

Von den Wohngebieten "Eisbergstücke" und "Am Königsweg" in Fahrland fehlt ein sicherer Schulweg zur Regenbogenschule. Entweder...

> Aktueller Stand der Prüfung:

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) ist die Errichtung bzw. Unterbringung eines entsprechenden Geh- und Radweges vorgesehen. Der

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde am 05.12.2012 gefasst. Zum jetzigen Zeitpunkt ist im städtebaulichen Konzept zu diesem Bebauungsplan eine fußläufige und sichere Verbindung zur Regenbogenschule Fahrland vorgesehen. Weitere Festsetzungen und detaillierte Aussagen, werden im Zuge des anstehenden Bebauungsplanverfahrens erarbeitet.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4109>

LBB-Nr. 20 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● ROT - Einführung eines vegetarischen Wochentages

Kurzfassung:

Ich schlage vor, in Potsdam einen vegetarischen Wochentag einzuführen. An diesem Tag sollte in den Verpflegungseinrichtungen städtischer ...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Keine Mehrheit im Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung vorhanden.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4133>

LBB-Nr. 21 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - WESTKURVE - Als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Str. planen

Kurzfassung:

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird mit einem modernen TENNENBELAG saniert. Die Pflege und Wartung...

> Ausblick zur zukünftigen Realisierung:

Die Art des Belages für den Platz ist einvernehmlich mit allen Nutzern geklärt. Die Finanzierung ist gesichert. Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurde mit der benachbarten Wohnungsgesellschaft ein unterschriftsreifer Entwurf einer Vereinbarung zum notwendigen Wege- und Leitungsrecht für den Sportplatz erarbeitet bzw. verhandelt. Der Beginn der Maßnahme kann aber erst erfolgen, wenn die Situation abschließend geregelt ist. Sobald der Vertrag rechtskräftig geworden ist, wird der Kommunale Immobilien Service mit der Planung und Umsetzung der Maßnahme fortfahren.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 300.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4117>



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
Redaktionsschluss: 20.04.2015
Strategische Steuerung
Friedrich-Ebert-Straße 79-81 | 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289-1120 | Fax: 0331 289-841120
Email: buergerkommune@rathaus.potsdam.de

www.potsdam.de/buergerhaushalt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 5. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 28.01.2009

Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007
Vorlage: 08/SVV/0961

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss des betreffenden Haushaltsjahres der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Es soll dargestellt werden

- **welche der beschlossenen Vorschläge ganz oder teilweise umgesetzt wurden**
- **welche Maßnahmen dazu getätigt wurden**
- **welche Kosten dafür jeweils entstanden sind.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**
bei 1 Stimmenthaltung.

Gemäß § 22 der Kommunalverfassung waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird ___1___ Seite beigelegt.

Potsdam, den 04. Februar 2009

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0508

Betreff:
Bericht zur Korruptionsprävention 2014

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 29.06.2015

Eingang 922: 29.06.2015

Einreicher: Rechnungsprüfungsamt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

08.07.2015	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Bericht zur Korruptionsprävention der Antikorruptionsbeauftragten und der Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam 2014 gemäß Anlage.

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Keine

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage

Bericht



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Bericht zur Korruptionsprävention 2014 der Antikorruptionsbeauftragten und der Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	S. 3
II.	Maßnahmen der Korruptionsprävention	S. 3
	Antikorruptionsbeauftragte	S. 3
	Ombudsstelle	S. 4
	Arbeitskreis Antikorruption	S. 4
	Projekt „Zentrale Vergabestelle – Optimierung der Vergabeprozesse“	S. 5
III.	Regularien der städtischen Beteiligungen	S. 6
IV.	Regularien für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung	S. 6
V.	Korporative Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland e.V.	S. 7
VI.	Eingegangene Hinweise wegen Korruptionsverdacht	S. 8
VII.	Handlungsschwerpunkte 2015	S. 9
VIII.	Resümee	S. 10

I. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht wird die Arbeit der Korruptionsprävention in 2014 der Landeshauptstadt Potsdam vorgestellt. Der Bericht schreibt die Berichte der Vorjahre der Antikorruptionsbeauftragten und der Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam fort und bildet die wesentliche Informationsgrundlage über die Arbeit der Korruptionsprävention.

II. Maßnahmen der Korruptionsprävention

Das wichtigste Instrument zur Antikorruptionsarbeit bildet nach wie vor die Dienstanweisung zur Korruptionsprävention der Landeshauptstadt Potsdam.

Aus unserer Erfahrung heraus hat sich auch in 2014 die Einrichtung der Stelle einer/eines Antikorruptionsbeauftragten, einer Ombudsstelle und eines die Arbeiten unterstützenden Arbeitskreises als ein sehr gut geeignetes Instrumentarium der Arbeiten zur Korruptionsprävention bewiesen.

Zum einen folgt dies aus der Stellung der Antikorruptionsbeauftragten als weisungsunabhängige Mitarbeiterin im Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Potsdam, zum anderen aus der Stellung der Ombudsfrau als Rechtsanwältin.

Dadurch, dass die **Antikorruptionsbeauftragte** weisungsunabhängig, nur dem Oberbürgermeister unterstellt, arbeitet, kann Vertrauen zu den Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut und kann Zugriff auf wichtige Unterlagen ohne Einhaltung des Dienstweges genommen werden. Gleichfalls können Beschäftigte zur Aufklärung von Sachverhalten ohne Einhaltung des Dienstweges hinzugezogen werden. Umgekehrt können sich auch alle Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam nach der Dienstanweisung zur Korruptionsprävention an die Antikorruptionsbeauftragte ohne Einhaltung des Dienstweges wenden. Bürgerinnen und Bürger finden über die angegebenen Medien gleichfalls direkten Zugang zu der Antikorruptionsbeauftragten.

Auch in 2014 hat sich gezeigt, dass dies ein wesentlicher Baustein einer guten Antikorruptionsarbeit ist. Mehrere Beschäftigte wie Bürgerinnen und Bürger haben hier direkt Kontakt zu der Antikorruptionsbeauftragten zur Klärung von Sachverhalten aufgenommen und ihre Fragen herangetragen.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeiten zur Korruptionsprävention ist die Einrichtung der **Ombudsstelle**. Dies hat seinen Grund vor allen Dingen darin, dass diese Stelle nach dem Verständnis der Landeshauptstadt Potsdam mit einer Rechtsanwältin/einem Rechtsanwalt zu besetzen ist. Hierdurch wird möglichen Hinweisgebern zu Korruptionsverdachtsfällen größtmöglicher Hinweisgeberschutz garantiert und damit, sofern es von den Hinweisgebern gewünscht wird größtmögliche Anonymität ihrer Person. Dies betrifft nicht nur Bürgerinnen und Bürger sondern gleichfalls alle Beschäftigte der Landeshauptstadt Potsdam.

Auch von dieser Möglichkeit - Geben eines Hinweises bei Wahrung der Anonymität bzw. Ausschluss der Weitergabe von persönlichen Daten an die Landeshauptstadt Potsdam - ist in 2014 Gebrauch gemacht worden. Dies zeigt, wie wichtig es ist, diese Möglichkeit Jedermann anzubieten. Ganz Wesentlich trägt diese Möglichkeit dazu bei, das Vertrauen in die Arbeit der Landeshauptstadt Potsdam zur Korruptionsprävention zu stärken. Für viele Hinweisgebende ist auch von besonderer Bedeutung, dass hier eine Ansprechpartnerin außerhalb der Verwaltung Hinweise aufnimmt.

Mit Beschluss des Hauptausschusses vom 10.12.2014 wurde die Ombudsstelle auf Grund des Ausscheidens der langjährigen Ombudsfrau, Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer, der Landeshauptstadt Potsdam in 2015 neu besetzt. Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens wurde der Zuschlag an Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartmut A. Grams erteilt.

Die Landeshauptstadt Potsdam geht davon aus, dass mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Grams die bisherige erfolgreiche Arbeit der Korruptionsprävention von Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer weitergeführt wird. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam hat Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer für ihre seit 2009 geleistete Arbeit anlässlich ihres Ausscheidens als Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam seinen besonderen Dank ausgesprochen und ihr viel Erfolg für ihre weitere Tätigkeit gewünscht.

Der **Arbeitskreis Antikorruption** konnte in 2014 um zwei Mitglieder des Geschäftsbereichs 1, Zentrale Steuerung und Finanzen, erweitert werden. Damit ist erreicht, dass jeder Geschäftsbereich mindestens einen Vertreter in den Arbeitskreis entsendet. Dies gewährleistet, dass die Arbeit der Korruptionsprävention auch in die Geschäftsbereiche hinein getragen werden kann, die nach der Dienstanweisung zur Korruptionsprävention verantwortlich für die Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung als auch der Aufdeckung von korrupten Praktiken sind. Geschäftsbereiche sollen so die Antikorruptionsarbeit unmittelbar mitgestalten und mittragen.

Der Arbeitskreis hat sich in 2014 zu vier Treffen zusammen gefunden. Wesentliche Tagesordnungspunkte bildeten hierbei Abstimmungen zu der Erarbeitung des Gefährdungsatlas der Landeshauptstadt Potsdam und der Überarbeitung der Dienstanweisung, hier wiederum insbesondere zu dem Umgang mit der Annahme von Einladungen und Geschenken.

Hier ist festzustellen, dass ein gesteigertes Bewusstsein bei den Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam besteht, welche Einladungen und Geschenke im Rahmen des sozial Adäquaten angenommen werden können bzw. welche Einladungen und Geschenke abzulehnen sind. Entsprechende Vorschläge wurden in dem Arbeitskreis erarbeitet und werden in die Neufassung der Dienstanweisung zur Korruptionsprävention unter Einbeziehung der Beschäftigten einfließen.

Das **Projekt „Zentrale Vergabestelle – Optimierung der Vergabeprozesse“** kann auf ein erstes Arbeitsjahr 2014 zurücksehen, da mit In-Kraft-Treten der Dienstanweisung zur Struktur und den Zuständigkeiten im Vergabeprozess der Landeshauptstadt Potsdam zum 01.01.2014 die Vergabeprozesse neu geordnet wurden.

Neben der Steigerung der Rechtssicherheit der Auftragsvergabe war ein weiteres Ziel der Prozessoptimierung die Einführung weiterer Maßnahmen zur Korruptionsprävention. Dieses Ziel wird durch die Aufgabenteilung unterstützt. Während die Bedarfsplanung und die zu beschaffenden Leistungen in den Bereichen und Fachbereichen (Bedarfsstellen) erfolgt, achten die neu eingerichteten Vergabestellen bei der Durchführung des Vergabeverfahrens auf die Einhaltung der vergaberechtlichen Vorgaben, insbesondere auf die Einhaltung der Vergabegrundsätze wie das Wettbewerbsverbot, das Diskriminierungsverbot und den Transparenzgrundsatz. Die Begleitung der Auftragsdurchführung obliegt nach erfolgten Vergabeverfahren der Bedarfsstelle.

Des Weiteren konnte erfolgreich die **Sensibilisierungsschulung** für Auszubildende durchgeführt werden. Diese soll in 2015 fortgeführt werden und um neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Potsdam ergänzt werden. Hierdurch sollen bereits zu Beginn der Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses die Grundlagen der Antikorruptionsarbeit der Landeshauptstadt Potsdam vermittelt und die Akteure als Ansprechpartner vorgestellt werden.

Auch in 2014 wurde eine vietnamesische Delegation durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Müller, empfangen. Diese gab wichtige Einblicke in das politische Leben der Landeshauptstadt Potsdam und deren Geschichte. Fachvorträge wurden durch Herrn Rechtsanwalt Queling, Büro Rechtsanwältin Elke Schaefer, Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam, und die Antikorruptionsbeauftragte, Frau Reinert, gehalten. Die anschließende Diskussion zeigte noch einmal, wie wichtig dieses Thema ist und wie sehr es interessiert und zu Nachfragen mit Diskussion anregt.

III. Regularien städtischer Beteiligungen

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Transparenzkommission wurden in der Landeshauptstadt Potsdam bisher:

- Sponsoring- und Compliance-Richtlinien,
- eine Richtlinie zur Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen,
- ein Handlungskatalog für Aufsichtsratsmitglieder,
- eine Satzung gemäß § 97 Abs. 8 Brandenburgische Kommunalverfassung, eine Vergütungsleitlinie und
- ein überarbeiteter Mustergesellschaftsvertrag

erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Diese Richtlinien bzw. Beschlüsse werden umgesetzt.

Die Gesellschaftsverträge der Holdinggesellschaften Pro Potsdam GmbH, Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH wurden an den Mustergesellschaftsvertrag angepasst und sind von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH wurde ebenfalls an den Mustergesellschaftsvertrag angepasst. Die weiteren städtischen Beteiligungen wurden bzw. werden sukzessive an den Mustergesellschaftsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam angepasst.

Die Überarbeitung der durch die Stadtverordnetenversammlung 2008 beschlossenen Leitlinien guter Unternehmensführung für die Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam – Public Corporate Governance Kodex – ist fast vollständig abgeschlossen. Die Einbringung der überarbeiteten Fassung in die Stadtverordnetenversammlung ist in 2015 vorgesehen.

IV. Regularien für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung wurde den Mitgliedern der in 2014 neu gewählten Stadtverordnetenversammlung, den Ortsbeiräten und den sachkundigen Einwohnern der Ehrenkodex der Landeshauptstadt Potsdam zur Unterzeichnung vorgelegt.

Der Ehrenkodex wurde bis auf zwei gewählte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung unterzeichnet. Zwei wiedergewählte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben die Erklärung nicht erneuert.

Ebenso haben neun Mitglieder der sachkundigen Einwohner und sechzehn Mitglieder der Ortsbeiräte diesen nicht unterzeichnet beziehungsweise nicht an das Büro der Stadtverordnetenversammlung zurück geschickt.

Gleichfalls wurden durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung die neu gebildeten Fraktionen nach der Kommunalwahl 2014 gebeten, jeweils ein Mitglied für den Ehrenrat der Stadtverordnetenversammlung zu benennen und in diesen zu entsenden. Sechs Fraktionen haben bereits hiervon Gebrauch gemacht.

V. Korporative Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland e.V.

Die korporativen Mitglieder von Transparency International Deutschland e.V. trafen sich Anfang 2014 in Bonn als Ausrichterstadt zum jährlichen kommunalen Austausch der Städte Bonn, Halle, Hilden, Leipzig, Potsdam sowie dem Ministerium des Innern des Landes Schleswig-Holstein.

Im Juni fand die Mitgliederversammlung von Transparency Deutschland e.V. in Köln statt. Vorgeschaltet war das Treffen der korporativen Mitglieder. Herr Dr. Brocke wurde in diesem wieder zum Leiter der Arbeitsgruppe Kommunen gewählt. Die Sitzung endete mit Berichten über aktuelle Themen und Entwicklungen bei den öffentlichen korporativen Mitgliedern. Eine wichtige Grundsatzfrage wurde in der Mitgliederversammlung gestellt. Dies betraf die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung von Transparency International Deutschland e.V.. Will man sich weiter öffnen und auch verstärkt wie zum Beispiel in Gremien wie dem ADAC operativ tätig sein, oder soll es bei der bisherigen Ausrichtung von Transparency International Deutschland e.V. als unabhängige Stimme in Sachen Transparenz und Korruptionsprävention verbleiben?

Des Weiteren war es der Landeshauptstadt Potsdam möglich, an verschiedenen Treffen der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg teilzunehmen.

In 2014 war Transparency International Deutschland e.V. in diversen Sachverhalten Ansprechpartner für die Landeshauptstadt Potsdam, so dass beispielsweise Fragen der Ausschreibung und Neubesetzung der Ombudsstelle ab 2015 erörtert werden konnten. Umkehrt gab es darüber hinaus Nachfragen von Transparency International Deutschland e.V. zu Sachverhalten, die die Landeshauptstadt Potsdam betrafen.

VI. Hinweise

Lfd. Nr.	Stelle	GB	Status
1/2014	OF	GB 1	offen
2/2014	OF	GB 3	erledigt
3/2014	AKB	GB 4	erledigt
4/2014	AKB	GB 4	erledigt
5/2014	OF	GB 4	offen
6/2014	AKB	GB 4	erledigt
7/2014	OF	Unternehmen/GB 9	offen
8/2014	OF	GB 9	erledigt
9/2014	OF	allgemeiner Hinweis	offen
10/2014	AKB	GB 3	erledigt
11/2014	AKB	GB 9	erledigt
12/2014	AKB	GB 3	erledigt

AKB: Antikorruptionsbeauftragte
 OF: Ombudsfrau

Die Hinweise bezogen sich auf Sachverhalte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam betrafen. Es wurde in 2014 kein Sachverhalt an die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Neuruppin gemeldet. In Fällen, welche als erledigt gekennzeichnet sind, haben sich Verdachtsmomente nicht bestätigt. In Fällen, welche als offen geführt werden, sind die Recherchemaßnahmen noch nicht abgeschlossen. Nach Kenntnis der Landeshauptstadt Potsdam wurden 2014 gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Ermittlungen von Staatsanwaltschaften aufgenommen. In 2014 erwirkte die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Neuruppin eine Hausdurchsuchung auf dem Gelände der Stadtverwaltung. Hierbei handelt es sich um ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Neuruppin aus dem Jahr 2012. Das Verfahren war Ende 2014 noch nicht abgeschlossen.

VII. Handlungsschwerpunkte

Handlungsschwerpunkte in 2015 werden in der Durchführung von Schulungen und Seminaren gesehen. Vorgesehen sind die Wiederholung von Führungskräftebildungen und ein Seminarangebot an Auszubildende und neu in der Landeshauptstadt Potsdam eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bereits nach den Regelungen der Dienstanweisung zur Korruptionsprävention der Landeshauptstadt Potsdam kommt Führungskräften eine wesentliche Bedeutung in Sachen Korruptionsprävention zu. Gegenüber den Auszubildenden und den neu eingestellten Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam gilt es, das Thema Korruptionsprävention erstmalig darzustellen, für die Risiken zu sensibilisieren und die Akteure zu benennen.

Auf Grund des Ausscheidens der Ombudsfrau wurde in 2014 davon abgesehen, ein Seminar über die Neureglung des § 108 e des Strafgesetzbuches für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anzubieten. Dies wird in 2015 nachgeholt und eröffnet den Stadtverordneten zudem die Möglichkeit, mit dem neuen Ombudsmann, Herrn Dr. Grams, in einen Gedankenaustausch einzutreten.

Von besonderer Bedeutung wird in diesem Rahmen auch die Beleuchtung der Stellung des Ehrenkodex für das Selbstverständnis der Mitglieder der Stadtverordneten, der Ortsbeiräte und der sachkundigen Einwohner sein.

Daneben sollen in 2015 verstärkt verwaltungsinterne Fragen der Korruptionsprävention zusammen mit dem Ombudsmann erörtert werden. Formale wird es um die Gestaltung von Verwaltungsabläufen und die Herstellung von mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen gehen.

Inhaltlicher Schwerpunkt wird die weitere Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Durchführung von Vergaben der Landeshauptstadt Potsdam sein. Angestrebt wird die konsequente Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz von Bietern bei Vergabeprozessen.

Des Weiteren wird der Umsetzung der in den Geschäftsbereichen erarbeiteten Gefährdungsatlanen eine große Bedeutung zukommen, um eine breite Basis und Akzeptanz in der Mitarbeiterschaft der Landeshauptstadt Potsdam zu finden.

VIII. Resümee

Mit der Neubesetzung der Ombudsstelle im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Grams hat die Landeshauptstadt Potsdam wiederholt deutlich gemacht, dass dem Thema Korruptionsprävention in ihrer Verwaltung eine wesentliche Rolle zukommt.

Neben der Einrichtung der Antikorruptionsbeauftragten und des Arbeitskreises Korruptionsprävention geht von der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam als korporatives Mitglied bei Transparency International Deutschland e.V. ein starkes Signal an die Beschäftigten, Bürgerinnen und Bürger aus. Nicht umsonst wird der Landeshauptstadt Potsdam daher oftmals eine Vorreiterrolle in Sachen Korruptionsprävention zugesprochen und verstärkt Anfragen anderer Kommunen an sie gerichtet.

Potsdam, den 08.06.2015

Gez.

Gez.

Reinert
Antikorruptionsbeauftragte

Schaefer
Ombudsfrau



Niederschrift

21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 08.07.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	ab 18:35 Uhr
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüller	Grüne/B90	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten/BVB	
	Freie Wähler	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	bis 18:35 Uhr
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.06.2015
- 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung
des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Vorlage: 15/SVV/0468
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4 Förderung Extavium
Vorlage: 15/SVV/0498
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die
Ortslage Marquardt
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
+ MV ProPotsdam
- 6.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen
Vorlage: 14/SVV/0896
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
- 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-
Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079
Fraktion DIE LINKE
- 6.5 Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0223
Fraktion CDU/ANW
- 6.6 Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen
Potenzialflächen
Vorlage: 15/SVV/0388
Fraktion CDU/ANW, SPD

- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Evaluierung Luftschiffhafen
Vorlage: 15/SVV/0481
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 7.2 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte
- 7.3 Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree,
Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum
aktuellen Sachstand
Vorlage: 15/SVV/0502
Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung
- 7.4 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule
gemäß Beschluss: 14/SVV/0922
halbjährliche Berichterstattung
- 7.5 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 7.6 Bericht zur Korruptionsprävention 2014
Vorlage: 15/SVV/0508
Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte

8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 24.06.2015
- 10 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen in der
Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden (Gemarkung Potsdam, Flur 8,
Flurstücke 83, 54, 71) in 14478 Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0497
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 11 Ausschreibung Tourismusdienstleistungen
Vorlage: 15/SVV/0516
Oberbürgermeister, Bereich Recht und Versicherungen
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Berichterstattung über Vergabe von Gutachten und Untersuchungen 2013
Vorlage: 15/SVV/0409
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

- 12.2 Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen
Vorlage: 15/SVV/0479
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 12.3 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 15/SVV/0509
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 12.4 Angelegenheiten der KUBUS gGmbH
- 12.5 Sachstand WagenHausBurg Hermannswerder
aus HA 11.03.2015
- 13 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Finken eröffnet die Sitzung und verweist darauf, dass sich der Oberbürgermeister im Urlaub befindet und die heutige Sitzung nicht leiten könne.

Gemäß § 56 Abs. 1 und 2 BbgKVerf nimmt der Erste Beigeordnete als der allgemeine Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters im Falle der Verhinderung alle Aufgaben des hauptamtlichen Bürgermeisters wahr. Dies betreffe auch das Stimmrecht des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss, da er qua Gesetz Mitglied im Hauptausschuss ist.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt Herr Finken folgende Änderungen vor:

Zum Tagesordnungspunkt

5 - überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110 KV-Leitung um die Ortslage Marquardt - liegt die entsprechende Beschlussvorlage noch nicht vor und wird zur Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorgelegt.

Die Tagesordnung soll im Weiteren um eine Berichterstattung der „Kommission zum Umgang mit vertraulichen Sachverhalten“ erweitert werden.

Darüber hinaus liegt ein Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 6.4 – DS 14/SVV/1079 – Mieterinitiative Großbeerenstraße - von Frau Petri als

Vertreterin der Mieterinitiative vor.

Dieses Rederecht soll im öffentlichen Teil gewährt; der Antrag selbst müsse im nicht öffentlichen Teil aufgerufen werden, da vertragliche und finanzielle Dinge zu besprechen seien.

Frau Müller schlägt vor, den Punkt weitestgehend öffentlich zu behandeln. Herr Kirsch plädiert für eine nicht öffentliche Beratung, da er konkrete Nachfragen habe und spricht sich dafür aus, beide Seiten im nicht öffentlichen Teil zu hören.

Herr Exner betont, dass nicht beide Seiten im nicht öffentlichen Teil anwesend sein können. Der Gesellschafter habe hier einen anderen Stellenwert als die potenziellen Käufer.

Im Ergebnis der Diskussion wird dahingehend Einigung erzielt, dass ein Vertreter der Mieterinitiative für Rückfragen zur Verfügung steht.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 24.06.2015 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Anschließend erhält Frau Petri das Rederecht und berichtet über den aktuellen Sachstand aus Sicht der Mieterinitiative. Sie verweist auf die erhöhten Sanierungskosten und die am 25.06.2015 an die Pro Potsdam gerichtete Bitte um einen Gesprächstermin. Diese habe auf Grund der erbetenen Kaufpreisminimierung das Veräußerungsangebot zurückgezogen. Dies bedauere die Mieterinitiative sehr und hoffe auf eine gemeinsame Lösungsfindung.

Sie bittet um einen weiteren Terminaufschub und schlägt vor, die weiteren Gespräche mit Begleitung/Unterstützung von einem oder zwei Hauptausschussmitgliedern zu führen.

zu 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Vorlage: 15/SVV/0468

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch nach den Erfolgchancen der Verfassungsbeschwerde entgegnet sie, dass eine rechtliche Prüfung erfolgt sei, sie aber keine Prognose abgeben könne.

Anschließend wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Landeshauptstadt Potsdam legt spätestens bis zum 11.07.2015 Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 10.07.2014 (GVBl. I. Nr. 29) ein.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Förderung Extavium

Vorlage: 15/SVV/0498

Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein.

Das Extavium solle mit einer Einmalzahlung in Höhe von 100.000 € gefördert werden. Diese stehen aus nicht benötigten finanziellen Mitteln für den Umzug des Potsdam-Museums zur Verfügung.

Herr Schultheiß merkt dazu an, dass es sich um eine relativ hohe Summe handle, die auch für andere evtl. dringendere Vorhaben verwendet werden könnten.

Frau Dr. Schröter betont, dass es sich hierbei um eine dringende Angelegenheit handle und fragt nach, was nach der einmaligen Förderung passiere.

Herr Schubert verweist darauf, dass sich eine große Mehrheit für eine vernünftige Finanzierung des Extaviums ausgesprochen habe und darüber hinaus langfristig finanzierbare Lösungen gefunden werden müssten.

Herr Schüler führt aus, dass diese besondere Situation eine Einmalförderung angeraten erscheinen lasse. Gleichzeitig hoffe er, dass Partner gefunden werden, die sich an der Finanzierung beteiligen. Heute sollte dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden, da es um eine existenzielle Frage für das Extavium gehe.

Die Beantwortung der Nachfrage von Herrn Boede, wie viel Mittel durch den Wegfall des Umzugs des Potsdam-Museums darüber hinaus noch zur Verfügung stehen, wird Frau Dr. Magdowski nachreichen.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Das Extavium wird 2015 einmalig in Höhe von 100.000,00 € gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die Ortslage Marquardt

zurückgestellt

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

Nach Behandlung der Mitteilungsvorlage – 15/SVV/0509 – im nicht öffentlichen

Teil, wird der Antrag von Herrn Boede namens der Antragstellerin **zurückgezogen.**

zu 6.2 **Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen**

Vorlage: 14/SVV/0896

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

Herr Finken erläutert das Anliegen und bittet im Beschlusstext in der 2. Zeile – folgende Zeile zu streichen: „... möglichst bis zum Fahrplanwechsel im Frühjahr 2015, am Werderpark in Werder ...“

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie die Verwaltung zu diesem Anliegen Stellung nehme, antwortet Herr Klipp und verweist darauf, dass die Erarbeitung eines Park & Ride-Konzeptes abgeschlossen und auch mit Werder abgestimmt sei. Die in Rede stehende Fläche in Werder sei im Flächennutzungsplan als Sport- und Freizeitfläche ausgewiesen und stehe auch deshalb nicht zur Verfügung, weil es eine Privatfläche sei.

Dem Anliegen des Antrags könnte mit der im September vorzulegenden Beschlussvorlage Rechnung getragen oder in einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit Potsdam-Mittelmark besprochen werden.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot vorgelegt werden sollte und fragt nach, ob es ein solches gebe.

Die Verhandlungen dazu – insbesondere zur Taktverdichtung - werden, so Herr Klipp, weiter verfolgt. Das Ergebnis werde aber nicht in der o. g. Beschlussvorlage zu finden sein – dies laufe parallel.

Auch hierzu, so Herr Exner, gebe es Gesprächsbedarf mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und seien trotz Einigung auf eine gemeinsame „Marschrichtung“ noch einige Fragen offen.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass somit der zweite Teil des Antrags zur Terminstellung im Januar 2016 noch nicht erfüllt sei. Worauf Herr Finken entgegnet, dass es dann dazu einen Zwischenbericht geben werde.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Stellen im Landkreis Potsdam Mittelmark Gespräche zu führen, um zu prüfen, ob kurzfristig, ~~möglichst bis zum Fahrplanwechsel im Frühjahr 2015, am Werderpark in Werder~~ ein ggf. nur temporärer und provisorischer Park & Ride Parkplatz eingerichtet werden und zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot angeboten **werden** kann.

Dem Hauptausschuss ist im Januar zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Herr Finken verweist auf die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfohlene geänderte Fassung des Antrags, die Herr Schüler anschließend zur Beschlussfassung empfiehlt.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark zu prüfen. Dazu sollen Vorteile und Nachteile für beide Partner sowie gemeinsame finanzielle und verkehrspolitische Synergieeffekte aufgelistet werden. ~~Mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark sind Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.~~

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2015 Bericht zu erstatten.~~

Dazu sind im Anschluss an die derzeit laufende Umstrukturierungsmaßnahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Potsdam-Mittelmark, mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.

Über den Fortgang der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im April 2016 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt bis zum 30.09.2015

zu 6.5 Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0223

Fraktion CDU/ANW
Wirtschaftsrat

Diesem Antrag hat der Wirtschaftsrat zugestimmt.
Herr Finken bringt die Vorlage ein und verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte ergänzte Fassung des Beschlusstextes:

Nach dem ersten Satz ist einzufügen:

Dabei sind auch die Sichtweisen und Meinungen aus dem universitären, kulturellen und touristischen Umfeld einzubeziehen.

Herr Kirsch fragt nach, was sich die Antragstellerin von dem Antrag verspreche, da sich 90 % der betroffenen Flächen in Privatbesitz befinden und was die Wirtschaftsförderung der Stadt anders machen solle als bisher.

Herr Finken entgegnet, dass der Bereich Wirtschaftsförderung Empfehlungen an Neugründer geben soll, welche Geschäfte in der Innenstadt eine Chance haben, um der aktuell starken Fluktuation von Einzelhändlern in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass dies das Grundgeschäft des Bereiches Wirtschaftsförderung sei und fragt, ob die Antragstellerin davon ausgehe, dass der Bereich nicht Willens oder in der Lage sei, das zu tun, was hier abverlangt werde.

Herr Schüler betont, dass der Antrag darauf abziele, Antworten zu finden, was man anderes tun müsse, um die Fluktuation zu minimieren. Diese, so Frau Müller, liege wohl eher an den hohen Mieten.

Auf die Nachfrage von Herrn Boede nach den entstehenden Kosten, erklärt Herr Jetschmanegg, dass noch keine diesbezüglichen Angebote eingeholt wurden. Wenn dieser Beschluss gefasst werde, müsse sich der Bereich Wirtschaftsförderung Gedanken bezüglich der Umsetzung machen. Daraufhin kritisiert Frau Müller, dass sonst zu jedem Antrag die Darlegung der finanziellen Auswirkungen verlangt werde, das sollte bei dieser Vorlage nicht anders sein.

Darauf Bezug nehmend beantragt Herr Kirsch, dieses Anliegen als Prüfauftrag zu beschließen. Herr Finken übernimmt namens der Antragstellerin diese Änderung.

Der so geänderte Antrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** für den zentralen Versorgungsbereich Innenstadt (Bereiche Luisenplatz, Hegelallee, Holländisches Viertel und Charlottenstraße) eine spezifische Erhebung des Einzelhandels, getrennt nach Branchen, durchzuführen, die Ursachen für die häufigen Wechsel zu analysieren und eine Expertenempfehlung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden, Arbeitsgruppen und Kammern für einen gesunden Händlermix in der Innenstadt zu erstellen.

Dabei sind auch die Sichtweisen und Meinungen aus dem universitären, kulturellen und touristischen Umfeld einzubeziehen.

Erste Ergebnisse sind spätestens im IV. Quartal 2015 im Hauptausschuss und Wirtschaftsrat vorzustellen. Spätestens im I. Quartal 2016 ist der Auftrag abzuschließen und dem Hauptausschuss sowie dem Wirtschaftsrat zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**

Ablehnung: 4
Stimmhaltung: 1

zu 6.6 **Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen**

Vorlage: 15/SVV/0388

Fraktion CDU/ANW, SPD

Wirtschaftsrat: 23.06.2015

Herr Finken bringt die Vorlage ein und verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Wirtschaftsrates.

Herr Schüler, Herr Schubert und Frau Dr. Schröter stellen klar, dass solche Anträge in dieser oder ähnlicher Form bereits beschlossen worden seien und Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung im Hauptausschuss dazu berichtet habe.

Herr Schubert plädiert trotzdem für eine Zustimmung, weil in jedem dieser Berichte die Probleme zwar benannt, aber kein Maßnahmenpaket vorgelegt wurde.

Der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen zu erstellen und vor allem Möglichkeiten - auch unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen - zur prüfen, finanzielle Mittel (Investitionen) für die Entwicklung und Aktivierung von Gewerbeflächen einsetzen zu können.

Dem Hauptausschuss ist bis Ende 2015 zu berichten, der Wirtschaftsrat ist einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 3

zu 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 7.1 **Evaluierung Luftschiffhafen**

Vorlage: 15/SVV/0481

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Herr Jetschmanegg verweist eingangs darauf, dass der Oberbürgermeister ihn mit der Begleitung der Evaluierung beauftragt habe. Er schlägt vor, dass Frau Rademacher zum Projektverlauf und Herr Dr. Schuster sowie Herr Isegrei von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Projektstatus berichten.

Frau Rademacher erläutert die Aufteilung der Evaluierung in 8

Leistungsbausteine. Aufgrund der Erweiterung der Aufgabenstellung, des Vergabeverfahrens und der Vertragsverhandlungen sei bereits vor dem eigentlichen Start des Vorhabens eine zweimonatige Verzögerung entstanden. Die Komplexität der Aufgabenstellung und die Vielzahl der Beteiligten haben darüber hinaus eine umfassende Anforderungsliste von Dokumenten verursacht. Jetzt sei die Evaluierung auf gutem Weg und werde es am 07.10.2015 eine erneute Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung geben.

Herr Dr. Schuster und Herr Isegrei erläutern mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Gesamtübersicht der acht Leistungsbausteine und beantworten anschließend gemeinsam mit Frau Rademacher die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

So von Frau Dr. Schröter zur Vollständigkeit der benötigten Unterlagen, die laut Herrn Dr. Schuster mittlerweile vollständig vorliegen. Für die Evaluierung habe es eine grobe Vorstellung gegeben, die nach und nach verfeinert wurde und somit weitere Unterlagen erforderlich machte.

Frau Dr. Müller fragt, ob ein Vorher-Nachher-Vergleich über die Funktionalität des Luftschiffhafens möglich sei. Herr Dr. Schuster verweist darauf, dass sich das Areal erheblich verändert habe, was diesen Vergleich beeinflusse – trotzdem werde es aber Aussagen dazu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Unterkunft in der David-Gilly-Straße derzeit belegt werde und die in Groß Glienicke bis zum 18.08.2015 ebenfalls belegt sein soll.

zu 7.3 Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum aktuellen Sachstand

Vorlage: 15/SVV/0502

Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung

Herr Jetschmanegg informiert, dass der angekündigte Runde Tisch am 04.07.2015 stattgefunden habe. Die Ergebnisse liegen vor, seien aber noch nicht abschließend aufbereitet, so dass er einen ausführlichen Bericht in der Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorschlägt.

Frau Dr. Schröter bittet darum, wenigstens die wichtigsten Ergebnisse zu benennen.

Herr Jetschmanegg bittet Herrn Kärsten über Ergebnisse zu berichten, ohne den Anspruch auf ein Ranking zu erheben.

Herr Kärsten erläutert, dass für das Behlert-Gutenberg-Karree und für den Brauhausberg/Einsteinstraße Ergebnisse in Form von Eckpunktepapieren zusammengefasst wurden; diese seien aber noch nicht endgültig. Im Behlert-Gutenberg-Karree solle ein Pilotprojekt zur Sanierung eines Gebäudes zusammen mit den Mietern umgesetzt werden. Bei den Wohnsiedlungen

Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße werde von Fördermöglichkeiten ausgegangen.

Herr Heuer betont, dass die Gespräche in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geführt wurden und keiner der noch vorhandenen „Knoten“ unlösbar sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zu Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule gemäß Beschluss: 14/SVV/0922
halbjährliche Berichterstattung

Herr Klipp informiert, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur auf Nachfrage am 06.07.2015 erklärt habe, dass alle Baumaßnahmen planmäßig verlaufen und die Fertigstellungs- und Übergabetermine „stehen“. Die zweimonatige Verzögerung am Haus 5 gefährde den Zeitplan insgesamt nicht.

zu 7.5 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Frau Dr. Müller macht auf einen Widerspruch aufmerksam, der sich aus der dargestellten „Ampelschaltung“ für die Erfüllung der Bürgerhaushaltsvorschläge ergebe. Für die Verwaltung werde ein Auftrag als erfüllt angesehen, wenn dieser in die Haushaltsplanung aufgenommen sei. Für die Bürger ergebe es erst dann einen Sinn, wenn diese tatsächlich umgesetzt seien. Sie bittet, dies als Anregung mitzunehmen und in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt zu besprechen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Bericht zur Korruptionsprävention 2014
Vorlage: 15/SVV/0508

Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte

Frau Reinert bringt die Mitteilungsvorlage ein, die auch mit der Ombudsfrau abgestimmt sei.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Boede an, dass auch über die Fraktionen anonyme Hinweise gegeben werden, zu denen sie als „Hinweisgeber“ nicht nachvollziehen könne, ob diese in die Statistik einfließen oder nicht.

Herr Kirsch fragt nach dem Verfahren mit unbegründeten Hinweisen und Frau Müller nach dem Verfahren mit anonymen Hinweisen.

Grundsätzlich, so Frau Reinert, werde der Hinweisgeber informiert. Herr Dr. Erdmann verweist auf ein dazu festgelegtes Prozedere und informiert im Weiteren über die Gefährdungsatlanen der einzelnen Geschäftsbereiche, die nunmehr vorliegen. Er plädiert für die von Herrn Schüler vorgeschlagene Beauftragung des Rechnungsprüfungsausschusses, die Gefährdungsatlanen dort vorzustellen und zu beraten.

Er informiert im Weiteren darüber, dass der derzeitige Ombudsmann, Herr Dr. Grams, seine anwaltliche Lizenz zurückgebe und damit eine der Ausschreibungskriterien nicht mehr erfülle.

Möglich sei, den in der Ausschreibung zweitplatzierten Herrn Dr. Schulze-Pätzold, der bei der Pro Potsdam tätig sei, nachzubersetzen. Herr Dr. Grams könnte bis dahin die Funktion weiterführen.

Frau Müller bittet eventuelle Interessenskonflikte zu prüfen und eventuell die Funktion neu auszuschreiben.

Herr Dr. Erdmann entgegnet, dass mit der Staatsanwaltschaft und Transparency International eine Rücksprache erfolgt sei und beide keine Probleme mit diesem Verfahren hätten. Ansonsten würde es über einen längeren Zeitraum keine neutrale Person gebe, die ansprechbar ist.

Herr Kirsch spricht sich für den Verbleib von Herrn Dr. Grams aus, Herr Schüler und Herr Boede für eine Neuausschreibung der Stelle. Herr Boede wünscht sich darüber hinaus eine stärkere Einbeziehung der Stadtverordneten und bittet, die Referenzen höher zu bewerten als die Kosten.

Herr Exner betont, dass er unter Abwägung aller Sachverhalte ebenfalls dazu neige, über die Sommerpause ohne eine Ombudsperson auszukommen.

Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Boede betont Herr Dr. Erdmann, dass es sich hier um ein nicht förmliches Verfahren handele und das Vergabeverfahren ordentlich gelaufen sei; das Rechnungsprüfungsamt habe insbesondere hierzu einer Vorbildfunktion.

Herr Kirsch stellt den Antrag, Herrn Dr. Grams so lange im Amt zu belassen, bis ein Nachfolger gefunden wurde. Damit gebe es weiterhin einen Ansprechpartner und entstehe kein Vakuum.

Herr Finken erklärt, dass erstens kein Antrag vorliege und es sich hier um eine Mitteilung der Verwaltung handele. Insofern sei eine Abstimmung dazu nicht möglich, sondern maximal eine Meinungsbildabfrage. Die Nachfrage, ob Herr Dr. Grams überhaupt zur Verfügung stehe, bejaht Herr Dr. Erdmann, macht aber nochmals darauf aufmerksam, dass die anwaltliche Lizenz ein Bestandteil der Ausschreibung gewesen sei.

Im Ergebnis sprechen sich 6 Mitglieder für den Vorschlag von Herrn Kirsch aus und 10 dagegen; zwei enthalten sich der Stimme.

Anschließend wird ein Meinungsbild zur Neuausschreibung eingeholt. Der Hauptausschuss spricht sich für eine Neuausschreibung aus.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Berichterstattung der Kommission zum Umgang mit vertraulichen Sachverhalten

Herr Finken bittet Herrn Dr. Erdmann um die Darstellung des Sachverhalts; er macht gleichzeitig darauf aufmerksam, dass eine rechtliche Würdigung dessen noch nicht erfolgen könne.

Herr Dr. Erdmann erläutert, dass die Beratung über einen Grundstücksverkauf im Rahmen einer Aufsichtsratssitzung der Pro Potsdam am 18. Februar 2014

Ausgangspunkt gewesen sei. Das Mitglied im Aufsichtsrat Andreas Menzel habe dazu Fragen vorgetragen, konnte aber auf Grund eines Rückenleidens nicht bis zum Schluss an dieser Sitzung teilnehmen. Herr Menzel habe sich zu diesem Grundstücksverkauf nicht informiert gefühlt und aus seiner Sicht seien die Fragen nicht beantwortet worden.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. April 2014 beabsichtigte Herr Menzel im nicht öffentlichen Teil der Sitzung eine persönliche Erklärung dazu abzugeben, die er im Vorfeld bei der stellvertretenden Vorsitzenden vorgelegen habe. Frau Birgit Müller habe im Vorfeld Herrn Menzel darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Inhalte der persönlichen Erklärung für problematisch halte. Der Niederschrift dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist der weitere Verlauf zu entnehmen.

Am 03. April 2014 habe eine Gesellschafterversammlung der Pro Potsdam stattgefunden, in der die Handlung des Herrn Menzel thematisiert und verabredet wurde, einen Auszug aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu erbitten. Diese Verabredung sei nicht Bestandteil des Protokolls der Sitzung der Gesellschafterversammlung, lasse sich aber aus dem dazu vorliegenden Mailverkehr ableiten.

Der genannte Auszug wurde über das Beteiligungsmanagement angefordert und am 11. April 2014 dieser zugesandt.

Auf Grund der von der Pro Potsdam veranlassten Anzeige hat das LKA am 14.10.2014 die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung um Unterstützung gebeten und am 23.10.2014 wurden die vom LKA erbetenen Unterlagen, einschließlich des Auszugs aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung übersandt. Herr Dr. Erdmann verweist darauf, dass Aufsichtsratssitzungen nicht öffentlich seien und nach § 85 GmbH-Gesetz derjenige bestraft werde, der ein Geheimnis der Gesellschaft, ... das ihm in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer, Mitglied des Aufsichtsrats oder Liquidator bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart. Diese Tat werde nur auf Antrag der Gesellschaft verfolgt.

Darüber hinaus seien Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich öffentlich – nicht öffentlich nur dann, wenn Belange des öffentlichen Wohls betroffen seien. Sinn dieser Regelung sei der Schutz Interessen Dritter – nicht der Schutz der Stadtverordneten. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung sei verpflichtet gewesen, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Wenn es den Auszug nicht gegeben hätte, so wäre jeder einzelne Stadtverordnete dazu als Zeuge vernommen worden.

Die Pro Potsdam sei darüber hinaus beauftragt, die Interessen der Gesellschaft zu wahren und somit in der Pflicht, den Vorgang weiter zu verfolgen.

Eine rechtliche Bewertung der Vorgänge werde die Kommission zur Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorlegen.

Herr Schüler betont, dass der Mitschnitt der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nur einem Zweck diene, nämlich die Fertigung der Niederschrift zu unterstützen. Daraus sei nun ein wörtlicher Auszug an die Pro Potsdam gegangen und das sei kritikwürdig.

Herr Heuer fragt nach, ob es denkbar gewesen wäre, dass die Gesellschaft die Stadtverordnetenversammlung befragt und um Zustimmung zu diesem Auszug bittet. Wenn es diese Zustimmung gegeben hätte, wäre das weitere Vorgehen nicht zu kritisieren.

Herr Boede betont, dass der Auszug kein offizielles Dokument der Stadtverordnetenversammlung sei und die Frage, ob die Stadtverordnetenversammlung dies hätte entscheiden oder genehmigen müssen,

aufzuklären ist. Ebenso sei zu erklären, über wen dieser Auszug angefordert wurde, ob Bedienstete angesprochen und Dienststellungen dafür genutzt wurden.

Herr Schultheiß führt aus, dass er wissen wolle, ob es seitens des Gesellschaftsvertreters eine Weisung oder einen Antrag an die Vorsitzende gegeben habe und der Dienstweg eingehalten wurde.

Herr Finken verweist darauf, dass Herr Dr. Erdmann hier nicht alle Fragen beantworten könne; sie aber zur Prüfung und späteren Berichterstattung mit aufnehmen werde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies die letzte Sitzung vor der Sommerpause sei und er geklärt habe möchte, was geklärt werden könne. Dies sei ein außergewöhnlicher Vorgang, der nicht ohne Nachvollziehbarkeit geschehen ist.

Herr Schüler betont, dass er zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung selbst nicht in Potsdam gewesen sei. Am 11.04.2014 – dem Tag der Übergabe des Auszuges – jedoch sei er in Potsdam gewesen, so dass man ihn hätte fragen können. Das sei nach seiner Erinnerung aber nicht geschehen.

Herr Schubert betont, dass die Stadtverordneten derzeit nur auf Grundlage der Medienberichterstattung informiert seien und fragt nach, welche Unterlagen das LKA am 14.10.2014 angefordert habe und ob die Verwaltung die Urteilsbegründung zum Sachverhalt kenne.

Herr Dr. Erdmann entgegnet, dass das LKA das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 02.04.2014, die schriftliche Erklärung des Herrn Menzels und den Tonbandauszug aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung angefordert habe. Die Ermittlungen auf Grund der Anzeige von Herrn Menzel gegen Unbekannt sei eingestellt worden – aber auch das wisse er nur aus den Medien.

Der eigentliche Ausgangspunkt, so Herr Exner, sei ein Straftatverdacht. In der betreffenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung waren sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende als auch der Gesellschaftervertreter anwesend, so dass für sie die Frage stehe, wie sie damit weiter umgehen sollen. Natürlich könne in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung eingefordert werden, aber sie sei in ihrer Entscheidung auch nicht frei und habe die Ermittlungsbehörden zu unterstützen. Wenn zum Schaden der Gesellschaft etwas passiere, müsse dem nachgegangen werden, auch wenn das dann folgende Prozedere nicht richtig ist. Andererseits spreche die Aufnahme von Ermittlungen für die Weitergabe der Informationen.

Trotzdem, so Herr Heuer, sei die Frage zu klären, ob die Stadtverordnetenversammlung hätte um Erlaubnis gefragt werden müssen und wie mit dem Auskunftersuchen umgegangen worden sei.

Das Protokoll, so Herr Schultheiß, sei ein Beweismittel. Wenn es unzulässig ist, müsse dies auch festzustellen sein. Er empfiehlt, zukünftig mit der Weitergabe eventueller Beweise auf eine richterliche Anordnung zu warten.

Herr Schüler verweist darauf, dass die persönliche Erklärung im Wortlaut vorlag und es des Auszuges aus dem Tonbandmitschnitt gar nicht bedurft hätte. Deshalb sollte auch geprüft werden, ob es zukünftig nicht richtiger ist, auf die Zeugenaussagen zu verweisen.

Er, so Herr Boede, sei überrascht, dass die Angelegenheit mit dem Straftatverdacht gerechtfertigt werde. Allein die Aufforderung der Ermittlungsbehörden reiche auch nicht aus – hier müsse schon die Staatsanwaltschaft aktiv werden. Wenn jeder in das Büro der Stadtverordnetenversammlung kommen und Wortprotokolle fordern dürfe, mache er das zukünftig auch so.

Herr Dr. Erdmann erwidert, dass das LKA im Auftrag der Staatsanwaltschaft in einem laufenden Ermittlungsverfahren tätig geworden ist

Frau Müller weist dies entschieden zurück und betont, dass das Büro der Stadtverordnetenversammlung äußerst zuverlässig sei und entgegen der Behauptung von Herrn Boede sensibel mit Informationen umgehe.

Herr Schubert bittet in die weitere Prüfung auch mit einzubeziehen, unter welchen Bedingungen die Weitergabe von Informationen an Dritte – und das sei hier auch die Pro Potsdam – möglich sei.

Herr Kirsch stimmt Herrn Schubert zu und stellt den Geschäftsordnungsantrag „Ende der Rednerliste“, der mit Stimmenmehrheit angenommen wird.

Herr Finken fasst zusammen, dass der Sachverhalt weiter durch die Kommission geprüft und mit einer rechtlichen Würdigung spätestens in der Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 ein Bericht vorgelegt werde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, die Ergebnisse zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen; spätestens am 02.09.2015, so dass sich auch frühestmöglich abschließend damit beschäftigt werden könne.

zu 8 Sonstiges

Herr Goetzmann führt aus, dass die Schreiben an die Beteiligten mit der terminierten Aufforderung zum 08.07.2015 die öffentliche Zugänglichkeit des Parks zu gewährleisten, ergangen seien. Daraufhin habe es eine Rückmeldung durch die anwaltliche Vertretung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten mit der Bitte um Fristverlängerung gegeben. Diese wurde bis zum 15.08.2015 gewährt.

Der Oberbürgermeister habe mit einem Schreiben vom 03.07.2015 die Bitte an Herrn Döpfner gerichtet, möglichst kurzfristig eine einvernehmliche Lösung zu finden. Das Schreiben nebst Skizze wird den Hauptausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Nach seiner vorsichtig optimistischen Einschätzung, so Herr Goetzmann, könne es auf Grund dessen zu einer Einigung kommen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob sich diese Skizze von der Zeichnung im B-Plan unterscheide, erklärt Herr Goetzmann, dass diese Skizze leichte Abweichungen zum B-Plan beinhalte.